

ERSTER REFERENTENENTWURF

DES KULTUSMINISTERIUMS

ZUM

HOCHSCHULGESAMTPLAN II

Stand 10.12.1971

Teil I: Die regionale Gliederung der Hochschulen in
Baden-Württemberg

Teil II: Quantitative Perspektiven

DIE REGIONALE GLIEDERUNG DER HOCHSCHULEN IN
BADEN-WÜRTTEMBERG

Erster Entwurf
zum Hochschulgesamtplan II
Stand 10.12.1971

	<u>Seite</u>
1. Allgemeines	1
2. Einzelne Gesamthochschulregionen	20
2.1 Freiburg	20
2.2 Heidelberg	33
2.3 Karlsruhe	45
2.4 Konstanz/Oberschwaben	56
2.5 Mannheim	68
2.6 Gesamthochschulregionen im Raum Stuttgart	78
2.7 Tübingen	100
2.8 Ulm/Ostwürttemberg	112

Die regionale Gliederung der Hochschulen in Baden-Württemberg

1. Allgemeines

1.1 Die gegenwärtige Hochschullandschaft

Baden-Württemberg ist mit 9 Universitäten und 48 anderen Hochschuleinrichtungen (Kunst- und Musikhochschulen, Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen, Studienseminare) eines der hochschulreichsten Länder der Bundesrepublik und umfaßt eine sehr differenzierte Hochschullandschaft:

Die 9 Universitäten sind mit Ausnahme der Neugründung in Konstanz und Ulm unabhängig vom Gesichtspunkt regionaler Versorgung entstanden; aber auch die Universitäten Konstanz und Ulm tragen diesem Gesichtspunkt nur bedingt Rechnung. Dasselbe gilt für die Kunst- und Musikhochschulen. Dagegen entsprechen die Standorte der Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen eher den Forderungen regionaler Versorgung mit Studienplätzen.

Allerdings bringt es die Entwicklung der bisherigen Ingenieur- und Höheren Fachschulen zu Fachhochschulen, d.h. die Überleitung in den Gesamthochschulbereich mit sich, daß deren Standorte daraufhin überprüft werden müssen, ob sie den höheren Anforderungen gerecht werden können. Dies ist bei Oberzentren in jedem Fall zu bejahen. Mittelzentren kommen dagegen, wie es auch im Landesentwicklungsplan vorgesehen ist, nur in Betracht, wenn sie geeignet sind. Voraussetzung dafür ist, daß die Hochschuleinrichtungen in ein modernes, auf interdisziplinäre Studien und Forschung gerichtetes Hochschulsystem einbezogen werden können. Die Seminare für Studienreferendare sind gegenwärtig recht ungleichmäßig gestreut: zur einen Hälfte sind sie im Raum Stuttgart (mit Tübingen) konzentriert; die andere Hälfte ist auf den Westen des Landes verteilt.

Insgesamt ist die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg nach dem gegenwärtigen Stand gekennzeichnet durch eine außerordentliche Konzentration von Hochschuleinrichtungen im Großraum Stuttgart-Tübingen-Reutlingen sowie entlang der dem Rhein parallel laufenden großen Entwicklungsachse von Lörrach über Offenburg, Konstanz und Karlsruhe bis Heidelberg und Mannheim. Dem stehen zwei große, stark unterversorgte Gebiete gegenüber: der Nordosten des Landes, der sich im wesentlichen mit der Verwaltungsregion Franken deckt, und im Südwesten und Süden des Landes ein Gebiet, das vom Kreis Freudenstadt über die Verwaltungsregion Schwarzwald-Baar-Heuberg mit Landkreis Waldshut bis zum Landkreis Sigmaringen reicht.

Neben die regionale Ungleichverteilung tritt als weiteres kennzeichnendes Merkmal vor allem bei den Universitäten eine ausgeprägte fachliche Schwerpunktbildung. Nur die drei alten Universitäten in Freiburg, Heidelberg und Tübingen bieten den vollständigen Fächerkanon einer klassischen Universität. Die Universitäten Karlsruhe und Stuttgart haben - entsprechend ihrer Entwicklung aus Technischen Hochschulen - ausgeprägte Schwerpunkte auf den Gebieten der Ingenieur- und Naturwissenschaften; erst in jüngster Zeit wurden an ihnen auch die Kultur- und die Sozialwissenschaften ausgebaut. Auch die Universitäten Hohenheim und Mannheim sind noch heute durch ihre Entstehung aus einer landwirtschaftlichen bzw. wirtschaftswissenschaftlichen Hochschule gekennzeichnet. Die Universität Konstanz verfügt demgegenüber zwar nicht über ein vollständiges, aber immerhin große Teile der Kultur-, Sozial- und Naturwissenschaften umfassendes Studienangebot, das insgesamt als verhältnismäßig ausgeglichen bezeichnet werden kann. Die Universität Ulm bietet neben dem Schwerpunkt Medizin bislang nur einige naturwissenschaftliche Disziplinen an. Während in den künstlerischen Disziplinen schon aus quantitativen Gründen an wenigen Orten Schwerpunkte gebildet wurden und ein weitgestreutes Angebot auch künftig ausgeschlossen ist, ist das fachliche Angebot der Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen - abgesehen von einigen wenigen Schwerpunkten wie etwa Berufspäd. Hochschule Stuttgart, Fachhochschule Pforzheim (Wirtschaft), Fachhochschule Stuttgart (Druck) und Fachhochschule Furtwangen - im wesentlichen ausgeglichen.

1.2 Die künftige regionale Gliederung

Das vom Landtag in seinem Beschluß vom 8. Juli 1970 (Drucksache V 2910) gesetzte Ziel, in Baden-Württemberg Gesamthochschulen zu bilden, kann nur erreicht werden, wenn die vorhandenen Hochschuleinrichtungen enger als bisher zusammenwirken, um ihre Aktivitäten aufeinander abzustimmen und die Grundlagen für neue Studienstrukturen zu schaffen. Ein erster Schritt für die Bildung von Gesamthochschulen ist daher die regionale Gliederung und Zuordnung der Einrichtungen. Dabei ist an die schon bestehende Regionalkommissionen anzuknüpfen.

Der HGP II geht davon aus, daß die Gesamthochschulen jeweils einen universitären Kern haben sollen, dem die übrigen Hochschuleinrichtungen nach den im folgenden beschriebenen Gesichtspunkten zuzuordnen sind (vgl. Ziff. 1.21 bis 1.29).

Diese regionale Gliederung schließt nicht aus, daß in bestimmten Gesamthochschulregionen Teilbereiche, denen keine Universität angehört, soweit entwickelt werden, daß sie später bei Bedarf zu selbständigen Gesamthochschulen ausgebaut werden könnten. Obgleich konkrete Möglichkeiten dafür sich noch nicht abzeichnen, muß doch die weitere Planung an den dafür in Betracht kommenden Stellen, nämlich Heilbronn, Aalen/Schwäbisch Gmünd, Ravensburg/Weingarten und Schwarzwald-Baar-Heuberg immer auch unter diesem Aspekt gesehen werden.

1.2 Die künftige regionale Gliederung

Das vom Landtag in seinem Beschluß vom 8. Juli 1970 (Drucksache V-2910) gesetzte Ziel, in Baden-Württemberg Gesamthochschulen zu bilden, kann nur erreicht werden, wenn die vorhandenen Hochschuleinrichtungen regional so gegliedert und einander zugeordnet werden, daß dadurch ein zunächst ziemlich lockerer Rahmen für die Entwicklung zu (wie auch immer gearteten) Gesamthochschulen entsteht. Denn schon vor der Bildung von Gesamthochschulen müssen die Hochschuleinrichtungen enger als bisher zusammenwirken, damit dort, wo die Grundlagen für neue Studienstrukturen vorhanden sind oder geschaffen werden können, die Aktivitäten der einzelnen Hochschuleinrichtungen aufeinander abgestimmt oder entsprechende Aktivitäten koordiniert angeregt werden. Zu diesem Zweck sind die Hochschuleinrichtungen - gewissermaßen in einer Vorstufe - in Gesamthochschulregionen zu gliedern; dabei ist an die schon bestehenden Regionalkommissionen anzuknüpfen, deren Abgrenzungen jedoch im Einzelfall zu überprüfen sind. Ausgangspunkt für die Bildung von Gesamthochschulregionen sind die Universitäten, weil aus den bestehenden Hochschuleinrichtungen keine Gesamthochschule ohne einen universitären Kern aufgebaut werden soll (vgl. unten Ziff. ...). Daher ist um jede Universität eine Gesamthochschulregion zu bilden, der die übrigen Hochschuleinrichtungen nach den im folgenden beschriebenen Gesichtspunkten (vgl. Ziff. 1.21 bis 1.29) zuzuordnen sind.

Diese regionale Gliederung schließt nicht aus, daß in bestimmten Gesamthochschulregionen Teilbereiche, denen keine Universität angehört, soweit entwickelt werden, daß sie später bei Bedarf zu selbständigen Gesamthochschulen ausgebaut werden könnten. Obgleich konkrete Möglichkeiten dafür sich noch nicht abzeichnen, muß doch die breitere Planung an den dafür in Betracht kommenden Stellen, nämlich Heilbronn, Aalen/Schwäbisch Gmünd, Ravensburg/Weingarten und Schwarzwald-Baar-Heuberg immer auch unter diesem Aspekt gesehen werden.

Zunächst sollen in Baden-Württemberg folgende Gesamthochschulregionen gebildet werden (vgl. Anlage).

Freiburg mit den in Freiburg, Lörrach, Offenburg und (später) Kehl befindlichen Hochschuleinrichtungen;

Heidelberg mit den in Heidelberg und Heilbronn befindlichen Hochschuleinrichtungen;

Karlsruhe mit den in Karlsruhe und Pforzheim befindlichen Hochschuleinrichtungen;

Konstanz-Oberschwaben mit den in Konstanz, Ravensburg und Weingarten befindlichen Hochschuleinrichtungen;

Mannheim mit den dort befindlichen Hochschuleinrichtungen;

Tübingen mit den in Tübingen, Reutlingen, Rottweil, Trossingen und Furtwangen befindlichen Hochschuleinrichtungen;

Ulm-Ostwürttemberg mit den in Ulm, Biberach, Aalen und Schwäbisch Gmünd befindlichen Hochschuleinrichtungen.

Im Raum Stuttgart sollen wenigstens 2 Gesamthochschulregionen gebildet werden, deren eine aus der Universität Stuttgart-Hohenheim und den Fachhochschulen Nürtingen und Sigmaringen bestehen soll, möglicherweise jedoch zu erweitern ist; über die regionale Gliederung und Zuordnung im übrigen wird erst später zu entscheiden sein.

Die für die regionale Gliederung im einzelnen maßgebenden Gesichtspunkte sind mannigfacher Art. Im konkreten Fall können sie zu Forderungen führen, die einander widersprechen. Sie müssen dann sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.

1.21 Hochschulgesamtplan und Landesentwicklungsplan

Der Landesentwicklungsplan erfaßt zwar nicht alle Bereiche der Staats-tätigkeit, sondern er beschränkt sich - dem Wesen der Landesplanung entsprechend - auf raumbeanspruchende und raumbeeinflussende Maßnahmen (Einleitung zur Begründung des LEP1).

Soweit die Hochschulplanung - insbesondere bei strukturellen Neu-entwicklungen- dieses Gebiet nicht berührt, sind Überschneidungen mit dem Landesentwicklungsplan nicht zu befürchten. Der Ausbau von Hochschuleinrichtungen und (gegebenenfalls) der Neubau einer Gesamt-hochschule sind dagegen landesplanerisch von hoher Bedeutung: einer-seits beanspruchen sie Raum, andererseits beeinflussen sie durch Schaffung neuer Arbeitsplätze und die anregende Wirkung auf das wirt-schaftliche und kulturelle Leben die Entwicklung des Standortes und der umliegenden Region, ganz abgesehen davon, daß ein gut ausgebautes Bildungssystem eine wichtige Grundlage für die Landesentwicklung ist; das gilt insbesondere auch für das Hochschulsystem. Darum muß der Hoch-schulgesamtplan dem Landesentwicklungsplan, insbesondere aber den in dessen Ziffer 2.8 festgelegten Grundsätzen entsprechen. Das bedeutet für den gegenwärtigen Stand der Planung vor allem, daß Hochschulein-richtungen in Räumen, die landesplanerisch eine Einheit sind, möglichst einer Gesamthochschulregion zuzuordnen sind. Diesem Gesichtspunkt kommt besondere Bedeutung bei der Zuordnung der Hochschuleinrichtungen im Raum Schwarzwald-Baar-Heuberg und im Raum Schwäbisch Gmünd-Aalen zu.

Bei der Bildung der Gesamthochschulregionen ist auf die Gliederung der Verwaltungsregionen, soweit möglich, Rücksicht zu nehmen. In einzelnen Fällen ist es jedoch notwendig, zur Schaffung funktionsfähiger Gesamt-hochschulen eine davon abweichende Zuordnung vorzuschlagen.

1.21 Hochschulgesamtplan und Landesentwicklungsplan

Der Landesentwicklungsplan erfaßt zwar nicht alle Bereiche der Staats-tätigkeit, sondern er beschränkt sich - dem Wesen der Landesplanung entsprechend - auf raumbeanspruchende und raumbeeinflussende Maßnahmen (Einleitung zur Begründung des LEPl).

Soweit die Hochschulplanung - insbesondere bei strukturellen Neu-entwicklungen- dieses Gebiet nicht berührt, sind Überschneidungen mit dem Landesentwicklungsplan nicht zu befürchten. Der Ausbau von Hochschuleinrichtungen und (gegebenenfalls) der Neubau einer Gesamt-hochschule sind dagegen landesplanerisch von hoher Bedeutung: einer-seits beanspruchen sie Raum, andererseits beeinflussen sie durch Schaffung neuer Arbeitsplätze und die anregende Wirkung auf das wirt-schaftliche und kulturelle Leben die Entwicklung des Standortes und der umliegenden Region, ganz abgesehen davon, daß ein gut ausgebautes Bildungssystem eine wichtige Grundlage für die Landesentwicklung ist; das gilt insbesondere auch für das Hochschulsystem. Darum muß der Hoch-schulgesamtplan dem Landesentwicklungsplan, insbesondere aber den in dessen Ziffer 2.8 festgelegten Grundsätzen entsprechen. Das bedeutet für den gegenwärtigen Stand der Planung vor allem, daß Hochschulein-richtungen in Räumen, die landesplanerisch eine Einheit sind, möglichst einer Gesamthochschulregion zuzuordnen sind. Diesem Gesichtspunkt kommt besondere Bedeutung bei der Zuordnung der Hochschuleinrichtungen im Raum Schwarzwald-Baar-Heuberg und im Raum Schwäbisch Gmünd-Aalen zu. Dagegen brauchen die Gesamthochschulregionen mit den Gebieten der Verwaltungsregionen, obwohl es grundsätzlich wünschenswert wäre und auch weitgehend angestrebt wird nicht notwendig übereinzustimmen. Denn zum einen ist die Zuständigkeit der Regionalverbände darauf be-schränkt, bei der Landesplanung mitzuwirken, wogegen der Schwerpunkt der Hochschulgesamtplanung auf anderen Gebieten liegt, und zum anderen

Schließlich soll die regionale Zuordnung den geplanten Entwicklungsachsen entsprechen. Damit wird einerseits der landesplanerischen Forderung Rechnung getragen, die Standortvoraussetzungen für nicht landwirtschaftliche Arbeitsplätze hauptsächlich im Zuge der Entwicklungsachsen zu verbessern (vgl. LEPl. Ziff. 1.61), zum anderen werden nur auf diese Weise die für eine enge Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander notwendigen guten Verkehrsverbindungen ermöglicht.

1.22 Fachliche Verbindungen

Grundlage des Zusammenwirkens zwischen verschiedenen Hochschuleinrichtungen in Lehre und Forschung sind fachliche Verbindungen zwischen ihnen. Nur wo diese vorhanden sind oder bei der Herstellung eines in sich ausgewogenen Studienangebotes geschaffen werden können, kommen organisatorische Formen gegenseitiger Durchlässigkeit oder gemeinsame Studiengänge als Grundlage für die Entwicklung einer Gesamthochschule in Betracht. Als fachliche Verbindung gelten dabei nur solche Beziehungen, die Ausdruck regelmäßiger und quantitativ für den Betrieb von Forschung und Lehre erheblicher Wechselwirkungen sind. Bestehen keine fachlichen Verbindungen in diesem Sinne, so muß sich das Zusammenwirken auf fachneutrale Gebiete, wie z.B. Verwaltung oder Studentenwohnheime, beschränken. In diesem Falle ist besonders sorgfältig zu prüfen, ob der Ertrag der Zusammenarbeit den organisatorischen Aufwand und die durch die notwendige gegenseitige Abstimmung bedingte geringere Handlungsfreiheit der einzelnen Hochschuleinrichtung

unterstehen die Hochschuleinrichtungen sowie später etwa die Gesamthochschulen unmittelbar dem Kultusministerium, so daß sichergestellt ist, daß auch die einzelnen Verwaltungsregionen übergreifenden Planungsgesichtspunkte berücksichtigt werden können.

Schließlich soll die regionale Zuordnung den geplanten Entwicklungsachsen entsprechen. Damit wird einerseits der landesplanerischen Forderung Rechnung getragen, die Standortvoraussetzungen für nicht landwirtschaftliche Arbeitsplätze hauptsächlich im Zuge der Entwicklungsachsen zu verbessern (vgl. LEPl. Ziff. 1.61), zum anderen werden nur auf diese Weise die für eine enge Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander notwendigen guten Verkehrsverbindungen ermöglicht.

1.22 Fachliche Verbindungen

Grundlage des Zusammenwirkens zwischen verschiedenen Hochschuleinrichtungen in Lehre und Forschung sind fachliche Verbindungen zwischen ihnen. Nur wo diese vorhanden sind oder bei der Herstellung eines in sich ausgewogenen Studienangebotes geschaffen werden können, kommen organisatorische Formen gegenseitiger Durchlässigkeit oder gemeinsame Studiengänge als Grundlage für die Entwicklung einer Gesamthochschule in Betracht. Als fachliche Verbindung gelten dabei nur solche Beziehungen, die Ausdruck regelmäßiger und quantitativ für den Betrieb von Forschung und Lehre erheblicher Wechselwirkungen sind. Bestehen keine fachlichen Verbindungen in diesem Sinne, so muß sich das Zusammenwirken auf fachneutrale Gebiete, wie z.B. Verwaltung oder Studentenwohnheime, beschränken. In diesem Falle ist besonders sorgfältig zu prüfen, ob der Ertrag der Zusammenarbeit den organisatorischen Aufwand und die durch die notwendige gegenseitige Abstimmung bedingte geringere Handlungsfreiheit der einzelnen Hochschuleinrichtung

rechtfertigt oder ob nicht im Einzelfall auf die Dauer von einer regionalen Zusammenfassung abzusehen ist.

Bei der regionalen Zuordnung sollten die fachlichen Verbindungen zwischen den Hochschuleinrichtungen insbesondere dann den Ausschlag geben, wenn die Verkehrsverbindungen (vgl. Ziff. 1.2.3) zu der einen oder anderen in Betracht kommenden Region praktisch gleichwertig sind und nicht andere, übergeordnete, landesplanerische Gesichtspunkte entscheiden.

1.23 Verkehrsverhältnisse

Von grundlegender Bedeutung für das Zusammenwirken von Hochschuleinrichtungen sind die Verkehrsverbindungen zwischen ihnen. Denn Hochschuleinrichtungen können in Forschung, Lehre und den verschiedenen Dienstleistungen (Verwaltung, Bibliotheken usw.) nur dann sinnvoll, d.h. bei einem vernünftigen Verhältnis von Aufwand und Ertrag zusammenwirken und später in einer Gesamthochschule zusammengefaßt werden, wenn zwischen ihnen gute Verkehrsverbindungen bestehen. Je besser die Verkehrsverbindungen sind, um so enger und fruchtbarer kann das Zusammenwirken zwischen Hochschulen sein. Dabei ist zu beachten, daß nicht nur die Verkehrsverbindungen zwischen den Städten, in denen die Hochschuleinrichtungen ihren Standort haben, gut sind, sondern daß auch die innerstädtischen Verkehrsverbindungen den durch das Zusammenwirken von Hochschuleinrichtungen bedingten Ansprüchen genügen. Gegebenenfalls muß die Verkehrsplanung unter Abwägung mit anderen für sie erheblichen Faktoren diesen Ansprüchen angepaßt werden.

1.24 Größe von Gesamthochschulregionen

Die anzustrebende Größe einer Gesamthochschulregion ist für die regionale Gliederung von entscheidender Bedeutung. Jedoch kann dafür, wie groß eine Gesamthochschulregion oder eine Gesamthochschule im

günstigsten Fall zu sein hat, kein allgemeiner Maßstab angegeben werden. Es lassen sich nur gewisse Grenzwerte nennen.

Bis zu einer gewissen Größenordnung kann angenommen werden, daß - in Analogie zu betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen - auch für Hochschuleinrichtungen, Gesamthochschulregionen und Gesamthochschulen die Regel gilt, daß die vorhandenen Personal- und Sachmittel um so rationeller eingesetzt werden können, je größer die Zahl von Studenten ist. Unabhängig davon, ^{aber} wo diese Analogie ihre Grenzen findet, ist deutlich zu erkennen, daß die größten Universitäten in der Bundesrepublik die Studentenzahlen schon überschritten haben, die sich, zusammen mit einem entsprechenden Lehrkörper, im Wege der Selbstverwaltung als akademische Körperschaft organisieren lassen. Wenn also eine Hochschule oder eine Gesamthochschulregion mehr als etwa 20 000 Studenten und einen dementsprechend großen Lehrkörper hat, verliert sie diejenige Überschaubarkeit, die notwendig ist, um die für Forschung und Lehre unentbehrlichen Kontakte zwischen ^{ihren} Mitgliedern, insbesondere auch über die Fachgrenzen hinaus, gedeihen zu lassen. Organisationsformen der akademischen Selbstverwaltung, welche diese Nachteile bei größeren Hochschulen vermeiden, sind nicht bekannt.

Damit ist nicht gesagt, daß diese unerwünschten Erscheinungen nicht schon bei geringeren Studentenzahlen und kleinerem Lehrkörper auftreten können. Dies ist durchaus möglich, wenn die Organisationsform ungenügend ist oder etwa ein Fachbereich das Erscheinungsbild einer Hochschule beherrscht.

Die Größe einer Hochschuleinrichtung oder einer Gesamthochschule findet im konkreten Fall ferner ihre Grenze in der infrastrukturellen Leistungsfähigkeit des Standorts. Dies wird vor allem daran deutlich, daß beim Aufbau einer Hochschule nicht nur für deren Studenten, sondern auch für den Lehrkörper und alle übrigen Mitglieder mit Angehörigen zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden muß. Ferner muß genügend Baugelände für die Hochschulbauten zur Verfügung stehen. Auch an das Verkehrswesen werden durch eine Hochschule besondere Anforderungen gestellt. Schließlich kann sich eine Hochschule nur dann entwickeln, wenn auch das übrige kulturelle Angebot am Ort so reich ist, daß Lehrkörper und Studenten angezogen werden; wenngleich eine neue Hochschule hierbei befruchtend wirken kann, kann sie doch ohne eine gewisse Grundsubstanz nicht auskommen.

Die Mindestgröße einer Gesamthochschulregion oder einer Gesamthochschule wird zunächst einmal dadurch bestimmt, daß die wichtigsten wissenschaftlichen Disziplinen in Forschung und Lehre so vollständig vertreten sind, daß ausreichende Möglichkeiten der Kombination von Studienfächern sowie der interdisziplinären Zusammenarbeit geboten werden können (vgl. Ziff. 1.27). Die Minimalgröße wird ferner dadurch bestimmt, daß in einem Fach Forschung und Lehre nur dann wirksam betrieben werden können, wenn personell und materiall eine gewisse, von der Studentenzahl unabhängige Mindestausstattung vorhanden und die für einen rationellen Studienbetrieb notwendige Mindestzahl von Studenten gesichert ist. Bislang sind darüber nur Vermutungen möglich; es wäre daher Aufgabe einer hochschuldidaktischen Untersuchung oder eines Gesamthochschulversuches, konkrete Werte für die Mindestgröße solcher "Betriebeinheiten" in Forschung und Lehre zu entwickeln. Zwischen den Grenzen der durch die zuvor beschriebenen Kriterien

bestimmten Minimal- und Maximalgröße liegt ein Bereich optimaler Größe, der im konkreten Einzelfall unter Berücksichtigung aller übrigen Gesichtspunkte der regionalen Gliederung herauszufinden ist.

1.25 Abhängigkeit des Ausbaus der Region vom Organisationsmodell

Der Ausbau der Gesamthochschulregionen muß (im Anschluß an den vorhandenen Bestand) daran ausgerichtet werden, ob in der Region eine kooperative, eine integrierte oder eine Gesamthochschule gemischten Typs (z.B. integrierter Kern mit einem Ring kooperierender Einrichtungen; zwei integrierte, untereinander kooperierende Kerne) errichtet werden soll. Es liegt auf der Hand, daß das kooperative Modell einen weit stärker dezentralisierten Ausbau zuläßt als das integrierte. Die Entscheidung für eines der genannten Modelle wirkt sich nicht nur auf die Verteilung der Studienplätze innerhalb der Region aus, sondern auch auf bauliche Einzelentscheidungen. Umgekehrt hängt aber auch die Entscheidung über das in der einzelnen Region zu realisierende Gesamthochschulmodell von der vorhandenen Bausubstanz und deren Aus- oder Umbaufähigkeit ab. Solange also keine Entscheidung darüber getroffen ist, welches Modell in einer Region verwirklicht werden soll, sind alle Entscheidungen über den Ausbau in den Regionen so zu treffen, daß die Freiheit der Entscheidung über das Organisationsmodell so wenig wie möglich beeinträchtigt wird.

Regionales Studienangebot

In Art. 11 Abs. 1 der Landesverfassung ist der Grundsatz der Gleichheit der Bildungschancen verankert. Um diesen auch vom Gesamthochschulrat betonten Grundsatz zu verwirklichen, sieht schon der Landesentwicklungsplan vor, "daß in allen Landesteilen jedem einzelnen die seiner Begabung entsprechenden Bildungsmöglichkeiten in zumutbarer Entfernung geboten werden" (vgl. Ziff. 2.811 des LEPl).

Da angenommen werden kann, daß zu der Verteilung der Begabungen zwischen den einzelnen Landesteilen grundsätzlich keine Unterschiede bestehen, würde dieses Planziel - für sich betrachtet - bedeuten, daß regional entsprechend der Bevölkerungsdichte ein gleichmäßiges Studienangebot gesichert werden soll.

Diesem Grundsatz kann jedoch nur beschränkt entsprochen werden, weil einerseits das in der historischen Entwicklung ungleich gewachsene Studienangebot nur durch einen sehr langfristigen und zusätzliche hohe Investitionen erfordernden Umbau über das ganze Land hin ausgeglichen werden könnte und weil insbesondere keine Hochschule ein allumfassendes Studienangebot bieten kann, sondern vielmehr Schwerpunkte gebildet werden müssen (vgl. Ziff. 1.27). Der Grundsatz des regional gleichmäßigen Studienangebots kann daher nicht streng durchgehalten werden. Dies wäre ferner auch deswegen nicht zweckmäßig, weil ein erheblicher Teil der Studierenden von dem Recht auf akademische Freizügigkeit innerhalb des Landes und über die Landesgrenze hinaus Gebrauch macht und machen wird. Da die Faktoren, welche die einzelnen Studenten dazu bewegen, nicht an der nächstgelegenen Hochschuleinrichtung zu studieren (erwünschter Studienabschluß, Fächerangebote, Qualität des Studienangebotes, Freizeitwert usw.), so komplex sind, daß sie sich genauer Analyse entziehen und daher als Planungsdaten nicht greifbar sind, muß man sich darauf beschränken, die Wanderungsbewegung festzustellen und aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen zu extrapolieren. Andererseits ist erwiesen, daß die Existenz einer Bildungseinrichtung des tertiären Bereichs in unmittelbarer Nachbarschaft des Wohnsitzes die Studienberechtigten weitgehend dahin bestimmt, gerade an dieser Einrichtung zu studieren. Darin kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß die früher bei den Studenten weitgehend als Selbstverständlichkeit vorausgesetzte Mobilität einer immer stärkeren Immobilität gewichen ist. Dies beruht vor allem auf

der weiteren Öffnung der Hochschulen, durch die neue, noch weniger mobile Schichten an die Hochschulen herangeführt werden. Außerdem aber sind die Lebenskosten (insbesondere für die Wohnung) für einen Studenten an einem Hochschulort, der nicht vom Elternhaus erreicht werden kann, so hoch, daß sie trotz Studienförderung oft nicht mehr getragen werden können.

Soweit aber ein regional gleichmäßiges, an der regionalen Nachfrage nach Studienplätzen orientiertes Studienangebot geschaffen werden soll, muß es sich hauptsächlich an der Zahl der Abgänger des Sekundarschulbereichs orientieren; dabei ist jedoch zu beachten, daß die regionale Nachfrage an der Landesgrenze von dieser weitgehend unbeeinflußt ist (z.B. Anziehungskraft der Universitäten Mannheim und Heidelberg auf die benachbarten linksrheinischen Gebiete; Abwanderung von Studenten vor allem aus den Kreisen Tauberbischofsheim und Bad Mergentheim zur nahe gelegenen Universität Würzburg).

Wenn und soweit es dagegen nicht möglich oder nicht zweckmäßig ist, die Nachfrage nach Studienplätzen regional gleichmäßig zu befriedigen, wenn aber trotzdem gleiche Bildungschancen geboten werden sollen, so muß dem durch einen verstärkten Bau von Studentenwohnheimen und eine entsprechende Ausgestaltung der Studienförderung abgeholfen werden. Dabei wird es vor allem eine Überlegung der Wirtschaftlichkeit sein, ob es rationeller ist, in bisher unterversorgten Gebieten neue Hochschuleinrichtungen oder Gesamthochschulen zu schaffen oder in anderen Regionen Wohnheime zur Aufnahme von Studenten aus diesen Gebieten zu bauen. Ferner wird es notwendig sein, durch sorgfältige Studieninformation und -beratung, notfalls auch durch einen regionalen numerus clausus die Nachfrage dorthin zu lenken, wo sie durch freie Kapazitäten befriedigt werden kann. Es ist nicht Inhalt von Art. 12 GG, Jedermann an dem von ihm gewünschten Ort einen Studienplatz zu garantieren.

1.27 Ausgewogenheit des Studienangebotes

Die Gesamthochschulregionen sind so zu gliedern und auszubauen, daß ihr Lehrangebot jeweils in sich ausgewogen ist.

Das bedeutet zunächst, daß in jeder Gesamthochschulregion für einen in sich zusammenhängenden und wesentlichen Teil der traditionellen Hauptdisziplinen unter Außerachtlassung von Sonderforschungsbereichen alle begründeten Ansprüche von Forschung und Lehre erfüllt werden. Jede Gesamthochschulregion muß also auf einem nicht zu schmalen Gebiet einen universitären Kern haben; ohne ihn fehlt ihr der Maßstab hoher wissenschaftlicher Qualität. Weil dieser Kern aber bei der heute zu beobachtenden und künftig sich noch verstärkenden Spezialisierung der Wissenschaftsdisziplinen nicht mehr alle Fächer umfassen kann, müssen auf der Ebene des Landes, das als übergeordnete Einheit zu gelten hat, regionale Unausgewogenheiten ausgeglichen werden:

Den Lücken im Angebot auf der einen Seite müssen auf der anderen Seite Schwerpunkte gegenüber stehen. Denn soweit in einem Fach für das ganze Land nicht so viel Studienplätze vorzusehen sind, daß in jeder Gesamthochschulregion jedes Fach rationell gelehrt werden kann (wie z.B. Medizin, Ingenieurwissenschaften, Künstlerische Disziplinen), müssen die notwendigen Studienplätze an einigen wenigen Orten konzentriert werden; entsprechendes gilt für die Forschung.

Gliederung und Ausbau jeder einzelnen Gesamthochschulregion müssen ferner in sich so abgestimmt werden, daß den neuen Strukturen der Studiengänge möglichst Rechnung getragen werden kann. Da diese Strukturen (z.B. Stufenlehrerausbildung, Y- oder Konsekutivmodell der Ingenieurausbildung) noch nicht festliegen, muß die regionale Gliederung fortlaufend daraufhin überprüft werden, ob sie den neu entwickelten Strukturen gerecht wird.

Die Abstimmung der regionalen Gliederung und des Ausbaus auf die neuen Strukturen der Studiengänge muß ferner gewährleisten, daß in jeder GHS-Region jedes angebotene Fach in mindestens einem Studiengang bis zu einem berufsqualifizierenden Abschluß durchlaufen werden kann. Nur so ist gesichert, daß jeder, der in einer Gesamthochschulregion ein Studium beginnt, dieses auch in derselben mit einem sinnvollen Abschluß beenden kann. Daraus folgt jedoch nicht notwendig, daß in jedem vertretenen Fach jeder Studienabschluß (P_1 -, S_1 - und S_2 -Lehramt, Magister, Diplom, Promotion) möglich sein muß. Diese Möglichkeit würde zwar dem Grundsatz der regionalen Versorgung entsprechen, ist aber wirtschaftlich nicht realisierbar und widerspricht auch einer vernünftigen Schwerpunktbildung. Dies sei am Beispiel der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg erläutert: Auf absehbare Zeit ist es unrealistisch, dort sowohl in allen an der Päd. Hochschule Schwäbisch Gmünd vertretenen geisteswissenschaftlichen Disziplinen als auch in allen an den Fachhochschulen Aalen, Biberach und Ulm vertretenen Fächern Möglichkeiten zum Abschluß für das S_2 -Lehramt, für das Diplom und für die Promotion zu schaffen. Zu diesem Zweck müßten sämtliche in der Gesamthochschulregion vertretenen wissenschaftlichen Disziplinen bis zum höchsten wissenschaftlichen Niveau ausgebaut werden; eine mit einem so umfassenden Studienangebot ausgestattete Gesamthochschule widerspricht jedoch allen Grundsätzen vernünftiger Schwerpunktbildung.

Aus der Unmöglichkeit, die Gesamthochschulregion so zu gliedern und auszubauen, daß jedes Fach bis zum höchsten Abschluß studiert werden kann, folgt die Notwendigkeit, Garantien dafür zu schaffen, daß ein Studium, das in einer Gesamthochschulregion nur bis zu einem bestimmten Abschluß durchgeführt, in einer anderen Gesamthochschulregion ohne Zeitverlust mit dem höchsten Abschluß beendet werden kann. Zu diesem Zweck müssen Prüfungsordnungen und Studienpläne über die einzelne Gesamthochschulregion hinaus aufeinander abgestimmt werden.

1.28 Entlastung überlasteter Gesamthochschulregionen

Bei der regionalen Gliederung und vor allem beim Ausbau der Gesamthochschulregionen ist zu prüfen, inwieweit es notwendig ist, überlastete Gesamthochschulregionen (hierbei ist vor allem an den Großraum Stuttgart zu denken) durch den stärkeren Ausbau an anderer Stelle zu entlasten. Auch in diesem Fall kann es sich als notwendig erweisen, daß der Grundsatz des regional gleichmäßigen Bildungsangebotes hinter übergeordneten Gesichtspunkten der Landes- und Regionalplanung zurücktreten muß. Sollen trotzdem gleiche Bildungschancen geboten werden, so müßte dementsprechend der Bau von Studentenwohnheimen sowie die Studienförderung in einer Weise verbessert werden, daß die durch den Zwang zum Studium fern vom Elternhaus entstehenden Nachteile ausgeglichen werden (vgl. Ziff. 1.26).

Unter welchen Umständen eine Region als überlastet anzusehen ist, ist vor allem unter dem Gesichtspunkt der infrastrukturellen Leistungsfähigkeit der in der Region als Hochschulstandorte in Betracht kommenden Städte zu beurteilen (vgl. Ziff. 1.24).

1.29 Faktoren außerhalb des Hochschulbereiches

Gliederung und Ausbau der Gesamthochschulregion sollen ferner eine Reihe von Faktoren berücksichtigen, die außerhalb des eigentlichen Hochschulbereiches liegen. Beispielhaft seien hier nur genannt:

- Verfügbarkeit von genügend Ausbildungsschulen für die Schulpraxis
- Verbindungen zu Wirtschaft und Industrie bei der Ausbildung an Fachhochschulen (Industriesemester)
- Abstimmung von Forschungseinrichtungen des Hochschulbereichs auf Forschungsinstitute überregionaler Institutionen (z.B. Max-Planck-Gesellschaft)
- Zusammenarbeit zwischen Kunsthochschulen, Theatern und Museen.

Für die Bewertung solcher Faktoren können keine allgemeinen Regeln aufgestellt werden, sie muß vielmehr für den Einzelfall im Zusammenhang mit den allgemein gültigen Kriterien vorgenommen werden.

117

Regionale Zuordnung der Einrichtungen des
Gesamthochschulbereichs
(Stand: Dezember 1971)

1. Gesamthochschulregion Freiburg

Universität Freiburg
Staatliche Hochschule für Musik Freiburg
Pädagogische Hochschule Freiburg
Pädagogische Hochschule Lörrach
Fachhochschule Offenburg
(Höhere Verwaltungsfachschule Kehl)
Seminar für Studienreferendare Freiburg

2. Gesamthochschulregion Heidelberg

Universität Heidelberg
Pädagogische Hochschule Heidelberg
Fachhochschule Heilbronn
Seminar für Studienreferendare Heidelberg

Die Zuordnung der Staatlichen Musikhochschule Heidelberg-Mannheim ist noch offen.

3. Gesamthochschulregion Karlsruhe

Universität Karlsruhe
Staatl. Akademie der bildenden Künste Karlsruhe
Staatl. Hochschule für Musik Karlsruhe
Pädagogische Hochschule Karlsruhe
Fachhochschule Karlsruhe
Fachhochschule Pforzheim (Wirtschaft)
Fachhochschule Pforzheim (Gestaltung)
Seminar für Studienreferendare an Gymnasien Karlsruhe
Seminar für Studienreferendare an berufl. Schulen Karlsruhe

4. Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben

Universität Konstanz
Pädagogische Hochschule Weingarten
Fachhochschule Konstanz
Fachhochschule Ravensburg

5. Gesamthochschulregion Mannheim

Universität Mannheim
 Fachhochschule Mannheim (Ingenieurwesen)
 Fachhochschule Mannheim (Sozialwesen)

6. RAUM STUTTGART

6.1 Gesamthochschulregion Stuttgart

Universität Stuttgart
 Staatl. Hochschule für Musik und darstellende Kunst Stuttgart
 Staatl. Akademie der bildenden Künste Stuttgart
 Pädagogische Hochschule Esslingen
 Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
 Berufspädagogische Hochschule Stuttgart
 Fachhochschule Stuttgart (Bauwesen)
 Fachhochschule Stuttgart (Druck)
 Fachhochschule Stuttgart (Sozialwesen)
 Fachhochschule Stuttgart (Bibliothekswesen)
 Fachhochschule Esslingen
 (Höhere Verwaltungsfachschule Stuttgart)
 Seminar für Studienreferendare Stuttgart I
 Seminar für Studienreferendare Stuttgart II
 Seminar für Studienreferendare Esslingen
 Seminar für Studienreferendare an berufl. Schulen Stuttgart

6.2 Gesamthochschulregion Stuttgart-Hohenheim

Universität Hohenheim
 Fachhochschule Nürtingen
 Fachhochschule Sigmaringen

7. Gesamthochschulregion Tübingen

Universität Tübingen
 Staatliche Hochschule für Musikerziehung Trossingen
 Pädagogische Hochschule Reutlingen
 Fachhochschule Reutlingen
 Fachhochschule Furtwangen
 Seminar für Studienreferendare Tübingen
 Seminar für Studienreferendare Rottweil

8. Gesamthochschulhochregion Ulm-Ostwürttemberg

Universität Ulm

Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd

Fachhochschule Ulm

Fachhochschule Aalen

Fachhochschule Biberach

Fachhochschule Schwäbisch Gmünd

2.1 Gesamthochschulregion Freiburg

1. Zusammensetzung

Der Gesamthochschulregion Freiburg sollen angehören:

die Universität Freiburg
die Staatl. Hochschule für Musik Freiburg
die Päd. Hochschule Freiburg
das Seminar für Studienreferendare Freiburg
die Fachhochschule Offenburg
die Päd. Hochschule Lörrach

sowie nach der Überleitung in den Status einer Fachhochschule

die Höhere Verwaltungsfachschule Kehl.

Die in Freiburg befindlichen Hochschuleinrichtungen, insbesondere die Universität, bilden aufgrund der Studentenzahlen und der örtlichen Konzentration den Schwerpunkt der Gesamthochschulregion Freiburg.

Auch die Fachhochschule Offenburg ist der Gesamthochschulregion Freiburg zuzuordnen. Zwar fände die Fachhochschule Offenburg in der Universität Karlsruhe und der Fachhochschule Karlsruhe, an denen im Gegensatz zu den in Freiburg bestehenden Hochschuleinrichtungen die ingenieurwissenschaftlichen Fächer in ganzer Breite vertreten sind, fachliche Entsprechungen, die in Freiburg nicht möglich sind; die Fachhochschule Offenburg ist jedoch für die Gesamthochschulregion Freiburg eine unentbehrliche Ergänzung des Fächerangebotes. Die zunächst auftretende Befürchtung, daß das Fehlen der ingenieurwissenschaftlichen Fächer an den übrigen Einrichtungen der Gesamthochschulregion Freiburg zur fachlichen Isolierung der Fachhochschule Offenburg führen könnte, erscheint nicht begründet, da die Zuordnung zu einer Gesamthochschulregion

den wissenschaftlichen Kontakt und die Durchlässigkeit zu Hochschuleinrichtungen einer benachbarten Gesamthochschulregion nicht ausschließt; immerhin müssen aber doch organisatorische Vorkehrungen getroffen werden, die diesen Kontakt und die Durchlässigkeit zu fördern geeignet sind. Die Gefahr der fachlichen Isolierung wird außerdem auch mit zunehmendem Ausbau der Fachhochschule Offenburg, für die im Endausbau 2 500 Studienplätze vorgesehen werden sollen, immer geringer, da sie dann genügend groß sein wird, um ein breites Fächerspektrum in sich zu vereinen. Die Zuordnung der Fachhochschule Offenburg, die wie Freiburg im Gebiet der Verwaltungsregion südlicher Oberrhein liegt, entspricht schließlich auch der Forderung der Regionalplanung, daß die regionale Gliederung der Hochschuleinrichtungen nicht ohne Zwang der Abgrenzung der Verwaltungsregionen widersprechen soll.

Die nicht weit von Offenburg gelegene Höhere Verwaltungsfachschule Kehl soll gleichfalls der Gesamthochschulregion Freiburg zugeordnet werden, sobald sie den Status einer Fachhochschule verliehen erhält. Die fachliche Zusammenarbeit mit den sozialwissenschaftlichen Disziplinen der Universität Freiburg und später auch der Fachhochschule Offenburg kann sich in breitem Umfang entwickeln. Die Fachhochschule Furtwangen soll dagegen, abweichend von ihrer bisherigen Zugehörigkeit zur Regionalkommission Freiburg und entgegen deren Vorschlag zusammen mit den anderen in der Verwaltungsregion Schwarzwald-Baar-Heuberg liegenden Hochschuleinrichtungen (Seminar für Studienreferendare Rottweil, Hochschule für Musikerziehung Trossingen) der Gesamthochschulregion Tübingen zugeordnet werden (vgl. Abschn. 2.7).

Die Päd. Hochschule Lörrach bleibt unverändert der Gesamthochschulregion Freiburg zugeordnet, da ein Zusammenwirken mit der in derselben Verwaltungsregion Hochrhein liegenden Universität Konstanz praktisch

unmöglich ist (vgl. Abschn. 2.4).

2. Standortfragen

Auch auf lange Sicht ist Lörrach als Hochschulstandort beizubehalten, damit auch für den südlichen Schwarzwald und am Hochrhein genügend Studienplätze angeboten und die dort vorhandenen Bildungsreserven erschlossen werden können. Trotz der Entfernung nach Lörrach zeichnen sich schon jetzt zahlreiche Möglichkeiten der Kooperation und Arbeitsteilung insbesondere zwischen der Universität, der Pädagogischen Hochschule und dem Studienseminar Freiburg einerseits und der Pädagogischen Hochschule Lörrach andererseits ab, aus denen sich die funktionale Zuordnung zu einer künftigen Gesamthochschule Freiburg ergibt, die der Planungsausschuß für den Hochschulbau als Voraussetzung für die endgültige Aufnahme der Pädagogischen Hochschule Lörrach in die Liste der nach dem HDBG zu fördernden Einrichtungen nennt. Daher besteht kein

Grund, den unter dem Gesichtspunkt der regionalen Versorgung mit Studienplätzen wichtigen Hochschulstandort Lörrach aufzugeben. Überdies wäre es wegen der ohnehin schon starken Konzentration von Studenten in Freiburg stadtplanerisch nicht wünschenswert und baulich auch kaum möglich, die für Lörrach vorgesehenen 2 000 Studienplätze zusätzlich in der Stadt Freiburg zu schaffen, was unter dem Aspekt der regionalen Versorgung allein als Alternative in Frage käme.

unmöglich ist (vgl. Abschn. 2.4).

2. Standortfragen

Auch auf lange Sicht ist Lörrach als Hochschulstandort beizubehalten, damit auch für den südlichen Schwarzwald und am Hochrhein genügend Studienplätze angeboten und die dort vorhandenen Bildungsreserven erschlossen werden können. Zwar bereiten die Entfernung nach Freiburg und die nicht sehr günstigen Verkehrsverhältnisse Schwierigkeiten für eine funktionale Zuordnung zu einer künftigen Gesamthochschule Freiburg, die der Planungsausschuß für den Hochschulbau als Voraussetzung für die endgültige Aufnahme in die Reihe der nach dem HBEFG zu fördernden Hochschuleinrichtungen nennt. Da sich aber schon jetzt zahlreiche Möglichkeiten der Kooperation und Arbeitsteilung insbesondere zwischen Universität, Päd. Hochschule und Studienseminar Freiburg einerseits und Päd. Hochschule Lörrach andererseits auf dem Gebiet der Lehrerbildung abzeichnen, die auch unter schwierigen örtlichen Verhältnissen in einer Gesamthochschulregion realisiert werden können, besteht kein Grund, den unter dem Gesichtspunkt der regionalen Versorgung mit Studienplätzen wichtigen Hochschulstandort Lörrach aufzugeben. Überdies wäre es wegen der ohnehin schon starken Konzentration von Studenten in Freiburg stadtplanerisch nicht wünschenswert und baulich auch kaum möglich, die für Lörrach vorgesehenen 2 000 Studienplätze zusätzlich in der Stadt Freiburg zu schaffen, was unter dem Aspekt der regionalen Versorgung allein als Alternative in Frage käme.

Tabelle 1

HS-Einrichtung	Studenten WS 70/71	Lehrpersonal 1970
Universität Freiburg (FR)	12 371	997
PH FR	1 874	107
PH Lörrach	590	46
MHS Freiburg	304	48
Seminar für Studien- referendare	223	22
HVw FS Kehl		
SIS Offenburg	349	29

Institutionen Fächergruppen Fächer		Univ. Freiburg	MIS Freiburg	PH Freiburg	SS Freiburg	PH Lörrach	FHS Offenb.	Hw 13 Kehl
Kulturwissenschaften	Evang.Theologie			X		X		
	Kath. Theologie	X		X	X	X		
	Philosophie	X		X		X		
	Sprach- u. Literaturwiss.	X		X	X	X		
	Geschichte	X		X	X	X		
	Archäologie	X						
	Volks- u. Völkerkunde	X						
	Kunst	X		X				
	Musik	X	X	X	X	X		
Sozialwissenschaften	Leibeserziehung	X		X	X	X		
	Rechtswissenschaft	X						X
	Wirtschaftswiss.	X						X
	Politik/Soziologie	X		X	X	X		
Medizin	Psychologie/Pädagogik	X		X	X	X		
	Humane Medizin	X						
Naturwissenschaften	Zahnmedizin	X						
	Mathematik	X		X	X	X		
	Informatik							
	Physik	X		X	X	X		
	Chemie/Biochemie	X		X	X	X		
	Biol./Botanik/Zoologie	X		X	X	X		
	Geographie/Geologie	X		X	X	X		
	Pharmazie	X						
Ingenieurwissenschaften	Land- u. Forstw., Ernähr.	X						
	Elektrotechnik						X	
	Maschinenbau						X	
	Bauwesen							
	Textil- u. Hauswirtschaftstechnik, Werken			X				
	Feinwerktechnik							

↑
löschen!

verwandte Fächer werden zusammengefaßt

3. Strukturelle Gliederung und quantitative Entwicklung

Abgesehen davon, daß die Kulturwissenschaften aus traditionellen Gründen überproportional und die Ingenieurwissenschaften beim 4- bis 5jährigen überhaupt nicht und bei dem 3jährigen Studium im Bereich des Maschinenwesens an der Fachhochschule Offenburg vertreten sind, kann das Angebot an Studienplätzen als ausgewogen bezeichnet werden; hervorzuheben ist dabei das hohe Angebot von medizinischen Studienplätzen.

Beim weiteren Ausbau der Hochschulregion Freiburg ist zunächst die regionale Entwicklung der Abiturientenzahlen zu berücksichtigen. Die Fortschreibung der Schulentwicklungspläne für das allgemeinbildende und für das berufliche Schulwesen bis zum Jahre 1985 entsprechend den Planzielen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (unterer Bandbreitenwert) führt in den nächstgelegenen Großkreisen voraussichtlich zu folgendem Anstieg der Abiturientenzahlen:

Stadtkreis/Landkreis	1970	1985
Freiburg	684	800
Breisgau-Hochschwarzwald	105	800
Lörrach	212	700
Emmendingen	82	500
Ortenaukreis	572	1.600
Schwarzwald-Baar-Kreis	339	850

Das regionale Studentenaufkommen der Gesamthochschulregion Freiburg wird vom Arbeitskreis für Bedarfsbemessung nach dem vom Kultusministerium aufgrund der Abiturientenentwicklung berechneten Hochschulzugang auf 17.500 deutsche Studierende im Jahre 1980 und auf knapp 20.000 deutsche Studierende im Jahre 1985 geschätzt (vgl. Anhangstabelle 4f).

Beim Ausbau der Hochschulregion Freiburg muß jedoch neben der regionalen Versorgungsfunktion die überregionale Bedeutung der Universität Freiburg besonders berücksichtigt werden. Im Wintersemester 1970/71 waren an der Universität Freiburg 12.371 Studierende immatrikuliert, darunter 801 Ausländer. Von den 11.570 deutschen Studierenden hatten 4.902 Studierende oder 42,4 % ihren Wohnsitz außerhalb Baden-Württembergs.

Mit dieser hohen "Importquote" liegt Freiburg an der Spitze aller Universitäten Baden-Württembergs. Obwohl in Baden-Württemberg im Landesergebnis langfristig ein Ausgleich zwischen Studentenimport und Studentenexport angestrebt wird, kann ein solcher Bilanzausgleich nicht gleichmäßig innerhalb jeder einzelnen Region verwirklicht werden. Aufgrund der landschaftlich attraktiven Lage Freiburgs mit ihrem hohen Freizeitwert und dem Status der Hochschule innerhalb der Stadt wird auch künftig von einem positiven Wanderungssaldo der Studierenden auszugehen sein. Unter Berücksichtigung des regionalen Studentenaufkommens, der überregionalen Ausstrahlung der Ausbaumöglichkeiten und Ausbaugrenzen einzelner Standorte ist in der Gesamthochschulregion Freiburg an folgenden stufenweisen Ausbau der Kapazitäten zu denken:

Studierende

WS 1970/71	1975	1980	1985
15.488	19.000	22.400	24.300

Die Universität Freiburg kann aufgrund ihrer zentralen Lage im Stadtgebiet mit vertretbarem Aufwand nicht mehr nennenswert erweitert werden. Infolge der besonderen geographischen Situation kann auch außerhalb Freiburgs in zumutbarer Entfernung kein neuer Standort in Betracht gezogen werden. Unter Ausnutzung aller baulichen Reserven und Dispositionen innerhalb der Fächergruppen kann die Universität höchstens auf 13.700 Studienplätze im Jahre 1985 ausgebaut werden.

Bei den Wirtschafts, Rechts- und Sozialwissenschaften kann die Studierendenzahl aufgrund des baulichen Engpasses nicht mehr weiter gesteigert werden,

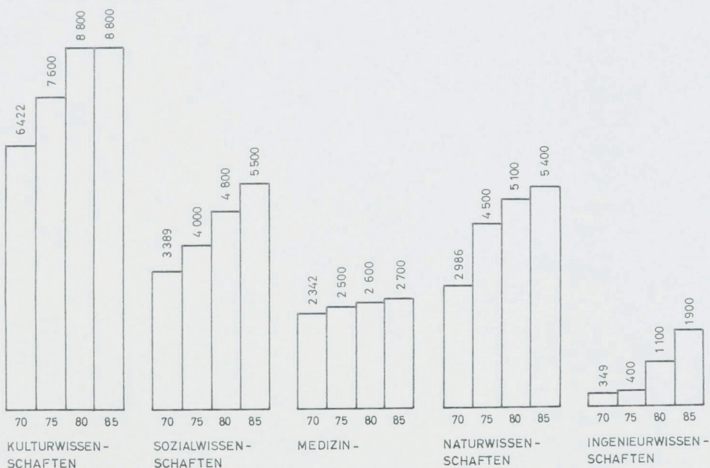
In den geisteswissenschaftlichen Fächern waren im WS 1970/71 bereits 4.269 Studenten immatrikuliert, während langfristig nur 3.600 Studienplätze in diesem Bereich zur Verfügung stehen werden.

Die weitere Nachfrage nach Studienplätzen an der Universität kann im Planungszeitraum bis 1985 nur im Zusammenhang mit einem verstärkten Ausbau im Bereich der Päd. Hochschule in Freiburg gesehen werden. Da an der Päd. Hochschule Freiburg noch entsprechende Erweiterungsmöglichkeiten bestehen, wird hier zur Entlastung der Universität Freiburg ein Ausbau auf 4.000 Studienplätze im Jahre 1985 für erforderlich gehalten. Ferner ist es zur Entlastung der Geisteswissenschaften an der Universität notwendig, daß in diesen Fächern an der Päd. Hochschule ein besonderer Schwerpunkt gesetzt und auch künftig beibehalten wird. Unter diesen Voraussetzungen ist es dann möglich, die Zahl der Studienplätze an Universität und Päd. Hochschule zusammen bei den Geisteswissenschaften auf 5.800 im Jahre 1975 und auf 6.700 in den Jahren 1980 und 1985 zu erhöhen. Im Wintersemester 1970/71 waren an beiden Institutionen rd. 5.700 Studierende in den geisteswissenschaftlichen Fächern immatrikuliert.

Die Päd. Hochschule Lörrach und die Fachhochschule Offenburg sind angesichts der überregionalen Bedeutung der Universität Freiburg vor allem zur Versorgung des regionalen Studentenaufkommens auszubauen. Ferner erhofft man sich durch den Ausbau dieser Einrichtungen wichtige Schrittmacherefunktionen für die Weiterentwicklung dieser Gebiete im Sinne der Landesplanung. Die Päd. Hochschule Lörrach ist dabei aus betriebsökonomischen Gründen möglichst rasch auf die für die Funktionsfähigkeit einer örtlich verhältnismäßig vereinzelt gelegenen Hochschuleinrichtung erforderliche Minimalgröße von 2.000 Studienplätzen zu vergrößern. Die etwa in der Mitte zwischen Freiburg und Karlsruhe gelegene Fachhochschule Offenburg und die Höhere Verwaltungsfachschule Kehl sollen auf insgesamt 4.000 Studienplätze ausgebaut werden, so daß eine möglicherweise später einmal in Frage kommende Gesamthochschule Anknüpfungspunkte finden könnte.

Dementsprechend wird in Offenburg auch das Fächerangebot der Fachhochschule erweitert und neben den bestehenden ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen bis 1980 wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge (Betriebswirtschaftslehre) eingerichtet. Mit diesem 3-jährigen Studiengang im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich wird gleichzeitig das Fächerangebot der Gesamthochschulregion Freiburg auf diesem Gebiet abgerundet.

Graphik 1 : Entwicklung der Zahl der Studierenden in der Gesamthochschulregion Freiburg nach Fächergruppen aufgrund der Planung von 1970 bis 1985



Die Entwicklung der Fächerstruktur in der Gesamthochschulregion Freiburg ist nach den derzeitigen Überlegungen in Grafik 1 für die einzelnen Eckjahre von 1970 bis 1985 zusammenfassend dargestellt. Der Ausbau der einzelnen Institutionen ist im Überblick aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen (vgl. auch Anhangtabelle 4 a):

Institutionen	Studierende			
	WS 1970/71	1975	1980	1985
Universität Freiburg	12.371	12.700	13.300	13.700
Päd. Hochschule Freiburg	1.874	3.000	4.000	4.000
Päd. Hochschule Lörrach	590	1.800	2.000	2.000
Staatl. Hochsch.f.Musik Freiburg	304	500	600	600
Staatl. Höhere Verw.Fachschr. Kehl	.	600	1.000	1.500
Fachhochschule Offenburg	349	400	1.500	2.500
insgesamt	15.488	19.000	22.400	24.300

Aufgrund der Fächerstrukturen der Gesamthochschulregion Freiburg werden sich strukturelle Verflechtungen hauptsächlich auf dem Gebiet der Lehrerbildung ergeben, die an der Universität einen breiten Raum einnimmt und bei den Päd. Hochschulen Freiburg und Lörrach sowie beim Studienseminar Freiburg den ganzen Aufgabenbereich ausfüllt. Neben der Staatl. Hochschule für Musik, die schon heute in den musischen Fächern an der Lehrerbildung beteiligt ist, wird ferner die Fachhochschule Offenburg in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der Regionalkommission insofern an der Ausbildung der Lehrer zu beteiligen sein, als auch in der Gesamthochschulregion Freiburg Lehrer für berufliche Schulen ausgebildet werden sollen, um den durch die Berufspädagogische Hochschule Stuttgart nicht mehr zu befriedigenden Bedarf zu decken. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit zwischen dem naturwissenschaftlichen und medizinischen Fachbereich an der Universität Freiburg einerseits und der Fachhochschule Offenburg andererseits mit zunehmender Verbreiterung des Fächerspektrums der Fachhochschule vertieft werden können. Die Einzelheiten hängen dabei vor allem von den neu zu entwickelnden Studiengängen ab, bei denen jedoch in jedem Einzelfall die Kosten und, in Zusammenschau mit den übrigen Gesamthochschulregionen, die Notwendigkeit des Angebots zu überprüfen ist; dies gilt vor allem

für den auch an anderen Stellen beabsichtigten Studiengang für (Bio) medizinische Technik. Wäre die Höhere Verwaltungsfachschule Kehl angeht, so ist zunächst anzustreben, daß sie über das Stadium einer traditionell verwaltungsinternen Ausbildungsstätte hinausgeführt und der von ihr angebotene Studiengang so fortentwickelt wird, daß eine Durchlässigkeit insbesondere zwischen den sozialwissenschaftlichen Studiengängen der Universität Freiburg und der Höheren Verwaltungsfachschule Kehl ermöglicht wird. In die Zusammenarbeit beider Hochschuleinrichtungen auf dem sozialwissenschaftlichen Gebiet ist auch die Fachhochschule Offenburg im Hinblick auf den dort einzurichtenden wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang einzubeziehen.

4. Organisatorische Fragen

Zwischen der Universität Freiburg, der Musikhochschule Freiburg, der Päd. Hochschule Freiburg und dem Studienseminar Freiburg sind schon jetzt Vorbereitungen für ein engeres Zusammenwirken aufgrund von Vereinbarungen getroffen; die Vereinbarungen sind zum Teil schon abgeschlossen, zum Teil noch in Vorbereitung. Sie sind für den gegenwärtigen Zustand, in dem noch keine gemeinsamen Curricula vorliegen, eine wertvolle Grundlage für die Entwicklung zur Gesamthochschule und lassen genügend Spielraum für die Entwicklung einer neuen Organisationsform, die sich - wie es die Regionalkommission zutreffend sagt - an den Erfordernissen der reformierten Studiengänge ausrichten muß. Die Vereinbarungen sehen jedoch keine Koordinierungsgremien für die gemeinsame Beratung von Problemen vor, die über die einzelne Hochschuleinrichtung hinausreichen. Überdies beschränken sich die Vereinbarungen auf die Freiburger Hochschuleinrichtungen. Die Vereinbarungen können also nur eine 1. Stufe auf der Entwicklung zur Gesamthochschule darstellen. Für die weitere Entwicklung bietet sich in der Gesamthochschulregion Freiburg so günstig wie kaum an anderer Stelle ein Modell mit einem integrierten Kern an, der alle Freiburger Hochschuleinrichtungen (die sämtlich an der Lehrerbildung mitwirken) umfassen würde; dieser Kern würde seinerseits mit den 3 übrigen, recht verschiedenartigen Hochschuleinrichtungen kooperieren müssen.

5. Zusammenfassung

5.1 Folgende Entscheidungen werden empfohlen:

- Der Gesamthochschulregion Freiburg gehören an:

die Universität Freiburg
 die Staatl. Hochschule für Musik Freiburg
 die Päd. Hochschule Freiburg
 das Seminar für Studienreferendare Freiburg
 die Fachhochschule Offenburg
 die Päd. Hochschule Lörrach

sowie nach der Überleitung in den Status einer Fachhochschule

die Höhere Verwaltungsfachschule Kehl.

- Lörrach wird als Hochschulstandort beibehalten und ausgebaut.

5.2 Entscheidungen über die strukturelle Entwicklung sind noch nicht möglich. Sie hängen hauptsächlich von der heute noch offenen Konzeption der Lehrerbildung ab, an der alle Hochschuleinrichtungen der Gesamthochschulregion Freiburg mit Ausnahme der heutigen Höheren Verwaltungsfachschule Kehl mitwirken sollen. Im Zusammenhang mit der strukturellen Entwicklung wird sich ergeben, inwiefern etwa ein integrierter Kern und eine Kooperation der nicht in den Kern einbezogenen Einrichtungen verwirklicht werden können.

Auch der quantitative Ausbau der Einrichtungen und Fächergruppen kann im einzelnen erst in Verbindung mit der strukturellen und organisatorischen Entscheidung festgelegt werden. Er wird wesentlich von dem Umstand beeinflusst, daß die Universität Freiburg nach den örtlichen Begebenheiten nicht mehr nennenswert oder nur mit kaum vertretbarem Aufwand erweitert werden kann. Die Entwicklung der Gesamthochschulregion Freiburg insgesamt hängt im übrigen von den für das ganze Land noch zu treffenden quantitativen Entscheidungen ab.

2.2 Gesamthochschulregion Heidelberg

1. Zusammensetzung

Der Gesamthochschulregion Heidelberg sollen angehören:

die Universität Heidelberg
die Päd. Hochschule Heidelberg
das Seminar für Studienreferendare Heidelberg
die Fachhochschule Heilbronn

Die Gesamthochschulregion Heidelberg umfaßt mit der Universität Heidelberg (einschließlich des Klinikums Mannheim), der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und dem Studienseminar Heidelberg schon jetzt über 15 000 Studierende. Die Hochschuleinrichtungen in Mannheim sollten nicht auch noch einbezogen werden, da eine gemeinsame Gesamthochschulregion Heidelberg-Mannheim im Laufe der Entwicklung zu unüberschaubar groß würde (vgl. Abschn. 2.5).

Die Fachhochschule Heilbronn, geographisch und verkehrstechnisch zwar eher zum Großraum Stuttgart tendierend, ist jedoch entsprechend den Vorstellungen der Regionalkommission gut geeignet, das Fächerangebot der in Heidelberg vorhandenen Hochschuleinrichtungen zu ergänzen und abzurunden. Obgleich die fachlichen Beziehungen zu der aus einer Technischen Hochschule hervorgegangenen Universität Stuttgart breiter sein mögen als zu den Hochschuleinrichtungen in Heidelberg, wäre die Zuordnung der stark auszubauenden Fachhochschule Heilbronn zur Gesamthochschulregion Stuttgart vor allem deswegen nicht zweckmäßig, weil diese durch eine Fülle von verschiedenen Einrichtungen und durch so große Studentenzahlen überlastet ist, daß die Probleme der gegenseitigen Kommunikation und der Organisation - wenn überhaupt - nicht befriedigend gelöst werden können. Auch ist abzusehen, daß mit fortschreitendem Ausbau der Fachhochschule Heilbronn ihr Fächerspektrum so erweitert wird,

daß auch fachlich breitere Beziehungen zu den Heidelberger Hochschuleinrichtungen sich entwickeln können. Schließlich ist die Fachhochschule Heilbronn ~~auch~~ im Hinblick darauf, daß Heilbronn in erster Linie für den Aufbau einer nicht an eine Universität anknüpfenden Gesamthochschule in Betracht kommt (vgl. unten Ziff 3), der Gesamthochschul-Region Heidelberg zuzuordnen, in der sie ein größeres Eigengewicht haben und sich selbständiger entwickeln kann als in der Gesamthochschulregion Stuttgart, in die sie kraft der engeren fachlichen Verbindungen stärker einbezogen würde und später schwerer wieder herausgelöst werden könnte. Damit wird den Vorschlägen der Regionalkommission Heidelberg und Stuttgart Rechnung getragen.

Die Staatliche Hochschule für Musik Heidelberg-Mannheim wird zunächst weder in die Gesamthochschulregion Heidelberg noch in die Gesamthochschulregion Mannheim in gleicher Weise wie die anderen Einrichtungen einbezogen werden können, sie soll vielmehr bis auf weiteres in beiden Gesamthochschulregionen gleichmäßig mitwirken (vgl. Abschn. 2.5).

2. Standortfragen: Besondere Standortprobleme ergeben sich nicht.

Tabelle 1:

HS-Einrichtung	Studenten WS 70/71	Lehrpersonal 70
Uni HD (incl. Klinikum MA)	13 018	1 149
PH HD	1 992	121
Studienseminar HD	306	25
FHS HN	686	61
Staatl.Hochschule f. Musik HD/MA	349	27

Tabelle : 2

35

Übersicht über die in der Regionalkommission Heidelberg
vertretenen Studienfächer¹⁾

Institutionen Fächergruppen Fächer		Un1 Heidelberg	PH Heidelberg	Seminar für Studienreferen- dare Heidelb.	FHS Heilbronn	MHS Heidelberg- Mannheim
Kulturwissenschaften	Evang.Theologie	x	x	x		
	Kath. Theologie		x	x		
	Philosophie	x	x			
	Sprach- u. Literaturwiss.	x	x	x		
	Geschichte	x	x	x		
	Archäologie	x				
	Volks- u. Völkerkunde	x				
	Kunst	x	x			
	Musik	x	x	x		
	Leibeserziehung	x	x	x		x
Sozialwissenschaften	Rechtswissenschaft	x				
	Wirtschaftswiss. EW	x			x	
	Politik/Soziologie	x	x	x		
	Psychologie/Pädagogik	x	x	x		
Medizin	Humanmedizin	x				
	Zahnmedizin	x				
Math.- naturw. wissenschaften	Mathematik	x	x	x		
	Informatik					
	Physik	x	x	x	x (phys. Techn.)	
	Chemie/Biochemie	x	x	x		
	Biol./Botanik/Zoologie	x	x	x		
	Geographie/Geologie	x	x	x		
	Pharmazie		x	x		
	Land- u. Forstw., Ernähr.	ab 1975				
Ingenieurwissenschaften	Elektrotechnik					
	Maschinenbau					
	Bauwesen				x	
	Textil- u. Hauswirt- schaftstechnik, Werken					
	Feinwerktechnik				x	

¹⁾ verwandte Fächer werden zusammengefaßt

3. Strukturelle Gliederung und quantitative Entwicklung

Die Gesamthochschulregion Heidelberg ist - sieht man von der Fachhochschule Heilbronn ab - räumlich verhältnismäßig geschlossen. Die Universität und das Studienseminar liegen im Stadtgebiet von Heidelberg, während die Pädagogische Hochschule in Vorort Neuenheim liegt. Allerdings sind die beiden Schwerpunkte Altstadt und Neuenheimer Feld (Erweiterungsgelände der Universität und Neubau der Päd. Hochschule) so weit voneinander entfernt, daß Lehrveranstaltungen im einen Teil, die an solche im anderen Teil unmittelbar anschließen, praktisch ausgeschlossen sind, da die Studenten nur mit größerer Verzögerung von einem Bereich zum anderen kommen können.

Die Gesamthochschulregion Heidelberg wird in quantitativer Sicht vor allem durch die Universität geprägt, die im Wintersemester 1970/71 mit 13.018 Studierenden an der Spitze aller Hochschulen des Landes lag. Das fachliche Studienangebot ist in Heidelberg bis auf die Ingenieurwissenschaften, aber einschl. Medizin (mit Klinikum Mannheim) umfassend und hat seinen Schwerpunkt vor allem in den Kulturwissenschaften. Das Studienangebot wird im technisch-physikalisch-betriebswirtschaftlichen Bereich noch durch die Fachhochschule Heilbronn ergänzt. Im übrigen sind bei der Beurteilung des Studienangebots der Gesamthochschulregion Heidelberg die engen räumlichen Verflechtungen mit der Gesamthochschulregion Mannheim zu berücksichtigen. In dieser Hinsicht befindet sich im Raum Heidelberg-Mannheim ein besonderer Schwerpunkt in den Sozialwissenschaften und hier wiederum vor allem in den Wirtschaftswissenschaften.

Auf dem wichtigen Gebiet der Lehrerbildung sind alle an ihr beteiligten Institutionen in Heidelberg vorhanden; auch die an der Lehrerbildung mitwirkende Staatliche Hochschule für Musik Heidelberg-Mannheim ist zum Teil in Heidelberg selbst, zum Teil im schnell erreichbaren Mannheim angesiedelt.

Bei der künftigen Entwicklung der Gesamthochschulregion Heidelberg ist neben dem regionalen Abiturienten- und Studentenaufkommen vor allem die starke Verflechtung mit dem südhessischen Raum und dem rheinland-pfälzischen Gebiet um Ludwigshafen zu beachten. Das regionale Abiturienten- und Studentenaufkommen der Gesamthochschulregion Heidelberg kann zudem nur in Verbindung mit der Gesamthochschulregion Mannheim ermittelt werden, da die Gesamthochschulregionen Heidelberg und Mannheim von der Regionalversorgung her gesehen eine Einheit bilden. Hinzu kommt schließlich noch, daß auch die vorerst der Gesamthochschulregion Heidelberg zugeordnete Fachhochschule Heilbronn als möglichen Kern einer künftigen etwa möglichen Gesamthochschule Heilbronn mit eigenem Einzugsbereich zu berücksichtigen ist.

Nach den Schulentwicklungsplänen

für das allgemeinbildende und für das berufliche Schulwesen ist bei einer Fortschreibung entsprechend den Planzielen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (unterer Bandbreitenwert) bis 1985 voraussichtlich mit folgendem Anstieg der Abiturientenzahlen in den Großkreisen in Mannheim und Heidelberg zu rechnen.

Stadtkreis/Landkreis	1970	1985
Mannheim	639	1.300
Heidelberg	576	500
Rhein-Neckar-Kreis	320	2.000
Odenwaldkreis	206	500
Tauberkreis	194	500

In den Großkreisen um Heilbronn zeichnet sich folgende Entwicklung der Abiturientenzahlen ab:

Stadtkreis/Landkreis	1970	1985
Stadtkreis Heilbronn	316	500
Landkreis Heilbronn	116	1.100
Hohenlohekreis	79	400
Schwäbisch Hall	206	600

Die Stadt- und Landkreise Heilbronn sowie der Hohenlohekreis gehörten bisher, was das Lehrerstudium an den Päd. Hochschulen anbetrifft, vor allem zum Einzugsbereich der Päd. Hochschule Ludwigsburg. Hinsichtlich des Studiums an den Universitäten lagen der Hohenlohekreis und der Kreis Schwäbisch Hall vor allem im Einzugsbereich der Universität Tübingen und Stuttgart. Die Abiturienten des Stadt- und Landkreises Heilbronn waren sowohl nach Stuttgart und Tübingen als auch nach Heidelberg orientiert. Der Nordostgürtel des Landes mit den alten Kreisen Taubertbischofsheim, Mergentheim und Crailsheim lag auch im Einzugsfeld der bayerischen Hochschulen in Würzburg und Erlangen-Nürnberg. Bezogen auf den Bereich der Päd. Hochschulen und Universitäten studierten beispielsweise aus dem bisherigen Kreis Taubertbischofsheim nur 51 % und aus dem alten Kreis Mergentheim nur 54 % der Abiturienten in Baden-Württemberg. Rund die Hälfte der Abiturienten dieser Kreise wanderten also zum Studium in andere Bundesländer, vor allem nach Bayern und hier besonders nach Würzburg ab. Mit diesen Abwanderungsquoten stehen Taubertbischofsheim und Mergentheim an der Spitze aller Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs.

Die starke Abwanderungsquote aus dem nordöstlichen Landesteil zeigt deutlich die Unterversorgung dieses Raumes mit Hochschuleinrichtungen. Die künftige Verwaltungsregion Franken verfügt mit 698.500 Einwohnern in Form der Fachhochschule Heilbronn nur über eine einzige Hochschuleinrichtung mit 686 Studierenden im Wintersemester 1970/71 und sehr speziellem Fächergebot.

Würde die Fachhochschule Heilbronn zu einer selbständigen Gesamthochschule weiterentwickelt, so ergäbe sich nach den Berechnungen des Arbeitskreises für Bedarfsbemessung ein Studentenaufkommen von rd. 8.000 deutschen Studierenden im Jahre 1980 und rd. 9.000 Studierende im Jahre 1985. Diese Zahlenangaben zeigen, daß das regionale Studentenaufkommen im Einzugsbereich einer Gesamthochschulregion Heilbronn durchaus die langfristige Verselbständigung rechtfertigen würde. Die Stadt Heilbronn ist als Standort für eine neue Gesamthochschule sehr geeignet. Sie verfügt als Oberzentrum über die infrastrukturelle Leistungsfähigkeit eines Hochschulstandortes und liegt auch landesplanerisch günstig im Mittelpunkt von 6 zusammenlaufenden Entwicklungsachsen. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß Heilbronn

geographisch gesehen im regionalen Versorgungsraum relativ peripär im Westen der Verwaltungsregion Franken liegt. Ob in Heilbronn später entsprechend den hier aufgezeichneten Gesichtspunkten und nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrats tatsächlich eine neue Gesamthochschule zu errichten ist, wird jedoch erst im Verlauf der weiteren Gesamthochschulplanung entschieden werden können.

Wenn man vorerst von einer Zuordnung der Fachhochschule Heilbronn zur Gesamthochschulregion Heidelberg ausgeht, so ergibt sich nach den Berechnungen des Arbeitskreises für Bedarfsbemessung nach dem vom Kultusministerium aufgrund der Abiturientenentwicklung berechneten Hochschulzugang für die Gesamthochschulregionen Heidelberg und Mannheim ein Studentenaufkommen von zusammen rd. 20.000 deutschen Studierenden im Jahre 1980 und rd. 22.000 deutschen Studierenden im Jahre 1985. Bei einer Verselbständigung der Gesamthochschulregion Heilbronn würde sich das Studentenaufkommen der Gesamthochschulregionen Heidelberg und Mannheim nur um etwa 2.000 Studenten vermindern, weil die Aufnahme des Studentenaufkommens der Gesamthochschulregion Heilbronn in Heilbronn vor allem zur Entlastung der Hochschuleinrichtungen in Stuttgart führen würde.

In den Gesamthochschulregionen Mannheim und Heidelberg sind mit zusammen 22.203 Studenten im Wintersemester 1970/71 bereits die Ausbildungszahlen erreicht, die dem langfristigen regionalen Studentenaufkommen dieser Gesamthochschulregionen entsprechen würden. Auch hierin wird deutlich, daß das regionale Studentenaufkommen - unabhängig von der Frage einer exakten Abgrenzung des Einzugsbereichs - nicht als alleiniger Maßstab für den Ausbau einer Gesamthochschulregion dienen kann. Nach Freiburg gehören die Universitäten Heidelberg und Mannheim zu den Universitäten Baden-Württembergs mit der höchsten Importquote an Studierenden. Von den 11.375 deutschen Studenten der Universität Heidelberg im Wintersemester 1970/71 stammten 4.761 oder 41,9 % aus anderen Bundesländern. An der Universität Mannheim hatten 1.702 oder 35,7 % der insgesamt 4.764 deutschen Studierenden ihren Wohnsitz außerhalb Baden-Württembergs. An der Universität Heidelberg ist außerdem der starke Zugang an ausländischen Studierenden zu berücksichtigen. Mit einem Ausländeranteil von 1.643 oder 12,6 % lag die Universität Heidelberg im Wintersemester 1970/71 sowohl absolut als auch relativ an der Spitze aller baden-württembergischen Universitäten. Bereits bei der Gesamthochschulregion Freiburg wurde auf die sich abzeichnende Tendenz zur stärkeren Regionalisierung hingewiesen. Wie bei der Gesamt-

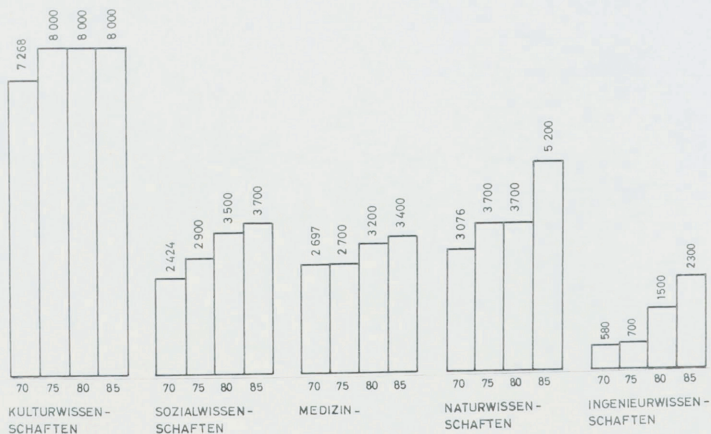
hochschulregion Freiburg ist aber auch in den Gesamthochschulregionen Heidelberg und Mannheim aufgrund der attraktiven Lage und Tradition bzw. aufgrund der räumlichen Verflechtungen mit Ludwigshafen und Rheinland-Pfalz künftig mit einem positiven Wanderungssaldo an Studierenden zu rechnen. Da aus anderen Grenzgebieten des Landes, vor allem im Ostgürtel auch künftig mit Abwanderungen in andere Bundesländer zu rechnen ist, ist die Zuwanderung im Raume Heidelberg-Mannheim durchaus mit dem langfristig angestrebten Ziel eines -Ausgleichs zwischen Import und Export zu vereinbaren. Der Ausbau der Gesamthochschulregion Heidelberg über das eigene regionale Studentenaufkommen hinaus liegt aber auch deshalb nahe, weil sowohl für die Universität als auch für die Päd. Hochschule günstige Erweiterungsmöglichkeiten auf dem Neuenheimer Feld bestehen. Unter Berücksichtigung des erforderlichen starken Ausbaus der Fachhochschule Heilbronn sowohl unter dem Gesichtspunkt der Versorgungsfunktion als auch unter dem Aspekt eines möglichen Ansatzes für eine künftige Gesamthochschulregion sollte in der Gesamthochschulregion Heidelberg ein Ausbau in folgenden Stufen bis zum Jahre 1985 vorgesehen werden:

Studierende WS 1970/71	1975	1980	1985
16.045	18.000	19.900	22.600

Der Ausbauschwerpunkt der Studienplatzkapazität der Universität Heidelberg liegt sowohl unter dem Gesichtspunkt der baulichen Erweiterungsmöglichkeiten als auch aufgrund des Bedarfs auf Landesebene im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächergruppe. Hierfür sollen bis zum Jahre 1985 5.200 Studienplätze zur Verfügung stehen. Im Vergleich zu den 3.076 Studierenden im Wintersemester 1970/71 könnten dann zusätzlich für rd. 2.000 Studenten Studienmöglichkeiten geschaffen werden. Im Gegensatz dazu bestehen bei den Kulturwissenschaften keine und bei den Sozialwissenschaften nur noch geringe Erweiterungsmöglichkeiten. Den Ausgleich dafür kann der Ausbau im Bereich der Päd.Hochschule Heidelberg auf 3.500 Studienplätze im Jahre 1985 bei 1.992 Studierenden im Wintersemester 1970/71 bieten. Von den rd. 3.500 Plätzen sollen langfristig 2.300 Plätze dem kulturwissenschaftlichen Bereich vorbehalten bleiben. Die beschränkten Erweiterungsmöglichkeiten in den Sozialwissenschaften (Wirtschaftswissenschaften) fallen durch das umfangreiche Studienangebot an der Universität Mannheim nicht ins

Gewicht. Zudem ist vorgesehen, die Fachhochschule Heilbronn nicht nur im ingenieurwissenschaftlichen Bereich, sondern auch bei den Sozialwissenschaften (Betriebswirtschaft) stark auszubauen. Als Ansatz einer künftig etwa möglichen Gesamthochschulregion, aber auch aus betriebsökonomischen Gründen sollte die Fachhochschule Heilbronn auf mindestens 3.500 Studienplätze bis zum Jahre 1985 gebracht werden. Nach den derzeitigen Überlegungen sollten daran die Ingenieurwissenschaften mit 2.300 und die Sozialwissenschaften (Betriebswirtschaft) mit 1.200 Studienplätzen partizipieren. Die Erweiterung des Studienangebots auf Studiengänge für Verwaltungsberufe und für Sozialberufe kann zu einem späteren Zeitpunkt in die Überlegungen einbezogen werden.

Graphik 2 : Entwicklung der Zahl der Studierenden in der Gesamthochschulregion Heidelberg nach Fächergruppen aufgrund der Planung von 1970 bis 1985



Die Entwicklung der Fächerstruktur in der Gesamthochschulregion Heidelberg ist nach den jetzigen Vorstellungen in Graphik 2

für die einzelnen Eckjahre von 1970 bis 1985 zusammenfassend dargestellt. Die Entwicklung der einzelnen Institutionen ist im Überblick aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen (vgl. auch Anhang-tabelle 4 a):

Institutionen	Studierende WS 1970/71	1970	1985	1980
Universität Heidelberg	13.018	13.500	14.000	15.200
Päd.Hochsch.Heidelberg	1.992	3.000	3.000	3.500
Staatl.Hochschule f.Musik Heidelberg-Mannheim	349	400	400	400
Fachhochschule Heilbronn	686	1.100	2.500	3.500
zusammen	16.045	18.000	19.900	22.600

Da auf dem wichtigen Gebiet der Lehrerbildung alle an ihr beteiligten Institutionen, auch die Staatliche Hochschule für Musik Heidelberg-Mannheim, direkt vorhanden sind, wird deutlich, daß Ausgangspunkt für ein Zusammenwirken der Hochschuleinrichtungen in der Gesamthochschulregion die Lehrerbildung sein sollte, die auch im Bericht der Regionalkommission einen breiten Raum einnimmt. Nach dem Stand der gegenwärtigen Entwicklung kann jedoch nicht damit gerechnet werden, daß alsbald auf breiter Basis eine integrierte Lehrerbildung nach den Vorstellungen der Regionalkommission zu verwirklichen ist.

Die Entwicklung wird auch hier zunächst den Weg kooperativer Verflechtung einschlagen müssen, in deren Verlauf zu klären sein wird, ob eine integrierte Lehrerbildung zu realisieren ist. Außerhalb der Lehrerbildung sind strukturelle Verflechtungen zwischen der Universität Heidelberg und der Fachhochschule Heilbronn möglich, die mit fortschreitendem Ausbau der Fachhochschule Heilbronn größeren Umfang annehmen können. Allerdings ist gerade bei dem von der Regionalkommission Heidelberg für eine Zusammenarbeit der Universität und der Fachhochschule Heilbronn vorgesehenen Studiengänge der medizinischen Informatik die Frage des Bedarfs besonders sorgfältig zu prüfen, da ähnliche Entwicklungen auch an anderer Stelle angestrebt werden.

4. Organisatorische Fragen

Die Organisation in der Gesamthochschulregion Heidelberg findet in den fachlichen, örtlichen und baulichen Gegebenheiten der Hochschuleinrichtungen in Heidelberg selbst verhältnismäßig gute Voraussetzungen für die Entwicklung zu einer integrierten Gesamthochschule; dies gilt vor allem dann, wenn die Päd. Hochschule den Neubau im Neuenheimer Feld bezogen hat und somit in unmittelbarer Nähe zu wichtigen Teilen der Universität liegen wird. Soweit allerdings die Musikhochschule Heidelberg-Mannheim (insbesondere auch mit ihrer in Mannheim gelegenen Ausbildungsstätte) und das Klinikum Mannheim der Universität Heidelberg in eine Gesamthochschule Heidelberg einzu beziehen sind, müssen wegen der fachlichen Besonderheit und der örtlichen Entfernung eher kooperative Organisationsformen gefunden werden.

Für das Zusammenwirken zwischen den Hochschuleinrichtungen in Heidelberg einerseits und der Fachhochschule Heilbronn andererseits, die mit fortschreitendem Ausbau immer größeres Eigengewicht erlangen wird, ergeben sich ähnliche Probleme wie in den Gesamthochschulregionen Ulm-Ostwürttemberg und Konstanz-Oberschwaben, die beide neben den Schwerpunkten der Universitäten relativ selbständige, mit der Zeit nach immer mehr Selbständigkeit strebende Nebenzentren besitzen. Sind jedoch dort vorläufig noch keine konkreten Möglichkeiten für die Entwicklung eigener Gesamthochschulen in Ravensburg/Weingarten oder in Aalen/Schwäbisch Gmünd gegeben, so müßte bei der Organisation der Gesamthochschulregion Heidelberg auf diese Möglichkeit eher Rücksicht genommen werden.

Insgesamt wird daher für die Gesamthochschulregion Heidelberg eine ziemlich komplexe Organisationsform notwendig sein, die sich nur für den Kern in Heidelberg an das von der Regionalkommission vorgeschlagene Modell anlehnen könnte.

5. Zusammenfassung

5.1 Folgende Entscheidung wird empfohlen:

Der Gesamthochschulregion Heidelberg gehören an:

die Universität Heidelberg
die Päd. Hochschule Heidelberg
das Seminar für Studienreferendare Heidelberg
die Fachhochschule Heilbronn

5.2

Die strukturelle Entwicklung hängt sowohl von der für die in Heidelberg bestehenden Einrichtungen bedeutsamen Lehrerbildungskonzeption wie auch von der Möglichkeit ab, zwischen der Uni. Heidelberg und der Fachhochschule Heilbronn auf naturwissenschaftlich-technisch-betriebswirtschaftlichem Gebiet gemeinsame Studiengänge zu entwickeln. Für die Organisation werden die fachlichen Besonderheiten und die örtlichen Entfernungen des Klinikums Mannheim, der Universität Heidelberg, der Musikhochschule Heidelberg-Mannheim und der Fachhochschule Heilbronn eine komplexe Lösung erforderlich machen. Von der Klärung dieser strukturellen und organisatorischen Fragen hängt auch die Entscheidung über den Ausbau der Standorte und Fächer bis 1985 ab. Insbesondere ~~darf~~ kann über die Errichtung einer Gesamthochschule in Heilbronn erst im Verlaufe der weiteren Planungen entschieden werden.

2.3 Gesamthochschulregion Karlsruhe

1. Zusammensetzung

Der Gesamthochschulregion Karlsruhe sollen angehören:

die Universität Karlsruhe
die staatl. Akademie der bildenden Künste Karlsruhe
die staatl. Hochschule für Musik Karlsruhe
die Päd. Hochschule Karlsruhe
die Fachhochschule Karlsruhe
das Seminar für Studienreferendare an Gymnasien Karlsruhe
das Seminar für Studienreferendare an beruflichen
Schulen Karlsruhe
die Fachhochschule für Wirtschaft Pforzheim
die Fachhochschule für Gestaltung Pforzheim

Die in Karlsruhe befindlichen Hochschuleinrichtungen bilden das Zentrum der Gesamthochschulregion.

Die in Pforzheim liegenden beiden Fachhochschulen müssen, da es in der Verwaltungsregion Nordschwarzwald keine Universität als Entwicklungskern für eine eigene Gesamthochschule gibt, über die Grenzen der Verwaltungsregion hinweg einer Gesamthochschulregion zugeordnet werden. Dafür kommt aufgrund der örtlichen Nachbarschaft Karlsruhe in Betracht. Auch auf fachlicher Ebene sind gute Möglichkeiten für ein Zusammenwirken mit den Hochschuleinrichtungen in Karlsruhe gegeben.

Die Fachhochschule Offenburg ist trotz den vor allem zur Universität und zur Fachhochschule Karlsruhe bestehenden engeren fachlichen Verbindungen nicht der Gesamthochschulregion Karlsruhe, sondern im Hinblick auf die regionale Versorgung und auf die Abrundung des Studienangebots der Gesamthochschulregion Freiburg zuzuordnen (im einzelnen vgl. Abschn. ^{2.1}.....).

2. Standortfragen: Besondere Standortprobleme liegen nicht vor.

Tabelle 1:

	Studenten WS 70/71	Lehrpersonal 1970
Uni KA	7 908	950
Ak.d.bild. Künste KA	192	33
MHS KA	235	15
PH KA	1 635	94
FHS KA	1 503	115
Stud.Sem. (Gymn.) KA	260	22
Stud.Sem. (berufl.Schulen) KA	165	6
FHS (Wirtsch.) Pforzheim	513	31
FHS (Gestaltg.) Pforzheim	186	21

Tabelle 2:

47

Übersicht über die in der Region **Karlsruhe**
vertretenen Studienfächer

Institutionen Fächergruppen Fächer		Uni KA	Akademie d.bild. Künste KA	Hochsch. f. Musik KA	Päd. Hochsch. Karlsruhe
Kulturwissenschaften	Evang. Theologie				X
	Kath. Theologie				X
	Philosophie	X			
	Sprach- u. Literaturwiss.	X			
	Geschichte	X			X
	Archäologie				X
	Volks- u. Völkerkunde				
	Kunst	X	X		X
	Musik	X		X	X
	Leibeserziehung	X			X
Sozialwissensch.	Rechtswissenschaft				
	Wirtschaftswiss.	X			
	Politik/Soziologie				X
	Psychologie/Pädagogik				X
Medizin	Humanmedizin				
	Zahnmedizin				
Mathem. u. Naturwissensch.	Mathematik	X			X
	Informatik	X			
	Physik	X			X
	Chemie/Biochemie	X			X
	Biol./Botanik/Zoologie	X			X
	Geographie/Geologie	X			X
	Pharmazie	X			
	Land- u. Forstw., Ernähr.				
Ingenieurwissenschaften	Elektrotechnik	X			
	Maschinenbau	X			
	Bauwesen	X			
	Textil- u. Hauswirt- schaftstechnik, Werken				X
	Feinwerktechnik				
	Sonstiges				

1) verwandte Fächer werden zusammengefaßt

Tabelle 2:

Übersicht über die in der Region Karlsruhe
vertretenen Studienfächer

(Fortsetzung)

48

Institutionen Fächergruppen Fächer		Fachhochsch. Karlsruhe	Sem. f. Stud.ref. an Gymn. KA	Sem.f. Stud.ref. an berufl. Schulen KA	Fachhochsch. f. Wirtsch. Pforzheim	Fachhochsch. f. Gestaltung Pforzheim
Kulturwissenschaften	Evang.Theologie		X			
	Kath. Theologie		X			
	Philosophie		X			
	Sprach- u. Literaturwiss.		X			
	Geschichte		X	X		
	Archäologie		X	X		
	Volks- u. Völkerkunde					
	Kunst		X			
	Musik		X			X
	Leibeserziehung		X			
Sozialwissenschaften	Rechtswissenschaft					
	Wirtschaftswiss.					
	Politik/Soziologie		X	X	X	
	Psychologie/Pädagogik			X		
Medizin	Humanmedizin					
	Zahnmedizin					
Math. u. Naturwissenschaften	Mathematik		X	X		
	Informatik	X				
	Physik		X	X		
	Chemie/Biochemie		X	X		
	Biol./Botanik/Zoologie		X	X		
	Geographie/Geologie		X			
	Pharmazie			X		
	Land- u. Forstw., Ernährungswiss.					
Ingenieurwissenschaften	Elektrotechnik	X		X		
	Maschinenbau	X		X		
	Bauwesen	X		X		
	Textil- u. Hauswirtschaftstechnik, Werken		X			
	Feinwerktechnik	X				
	Sonstiges			X		

) verwandte Fächer werden zusammengefaßt

3. Strukturelle Gliederung und quantitative Entwicklung

Mit Ausnahme des fachlich begrenzten und sehr speziellen Studienangebots an den Fachhochschulen für Werkkunst und für Wirtschaft in Pforzheim konzentriert sich das Studienangebot der Gesamthochschulregion auf den Standort Karlsruhe. Es trägt einen sehr ausgeprägten Akzent auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften, in denen etwa die Hälfte aller Studienplätze angeboten werden, sowie auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, die ein weiteres Viertel der Kapazitäten in Anspruch nehmen. Kultur- und Sozialwissenschaften machen zusammen nur ein knappes Viertel aus. Medizin fehlt ganz. Diese einseitige Struktur ist in erster Linie historisch dadurch bedingt, daß Karlsruhe Standort der einzigen badischen technischen Hochschule war, die erst seit wenigen Jahren de jure Universität ist und als solche mit breiterem Fächerspektrum ausgebaut werden soll.

Wie bei den übrigen Gesamthochschulregionen des Landes ist in Karlsruhe der weitere Ausbau der Gesamthochschulregion vor allem unter dem Aspekt der steigenden Abiturientenzahlen und der regionalen Versorgung des Studentenaufkommens zu sehen. Nach den Schulentwicklungsplänen für das allgemeinbildende und für das berufliche Schulwesen zeichnet sich bis zum Jahre 1985 unter Berücksichtigung der Planziele der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung (unterer Bandbreitenwert) folgende Entwicklung der Abiturientenzahlen in den umliegenden Großkreisen ab:

Stadtkreis/Landkreis	1970	1985
Karlsruhe Stadt	710	1.150
Karlsruhe, Land	274	1.500
Baden-Baden	128	150
Rastatt	239	900
Pforzheim	309	400
Enzkreis	61	700
Calw	134	500

Das regionale Studentenaufkommen der Gesamthochschulregion Karlsruhe wird vom Arbeitskreis für Bedarfsbemessung nach dem vom Kultusministerium aufgrund der Abiturientenentwicklung berechneten Hochschulzugang auf rd. 16.500 deutsche Studierende im Jahre 1980 und auf rd. 19.000 deutsche Studierende im Jahre 1985 geschätzt. Wegen der Schwerpunktbildung im ingenieurwissenschaftlichen Bereich, wo Karlsruhe neben Stuttgart den gesamten Landesbedarf in den 4- bis 5jährigen Studiengängen auch künftig versorgen sollte, ist ein Ausbau über das regionale Studentenaufkommen hinaus gerechtfertigt.

Hinzu kommt auch in gewissem Umfange die überregionale Ausstrahlung der Universität Karlsruhe. Da in Karlsruhe selbst, aber auch in Pforzheim günstige bauliche Voraussetzungen für die Erweiterung der Hochschuleinrichtungen bestehen, ist es möglich und erscheint es auch notwendig, die Gesamthochschulregion in die Größenordnung der Gesamthochschulregionen Freiburg, Heidelberg und Tübingen hineinzuwachsen zu lassen. Dementsprechend ~~sollen~~ bis zum Jahre 1985 für die Gesamthochschulregion Karlsruhe folgende Ausbaustufen vorgesehen werden:

Studierende
WS 1970/71

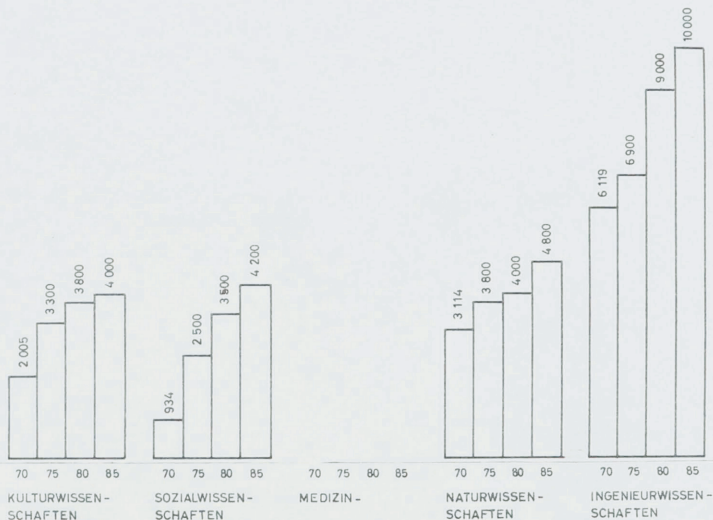
	1975	1980	1985
12.172	16.500	20.300	23.000

In der Gesamthochschulregion Karlsruhe liegt das Hauptgewicht des künftigen Ausbaus im ingenieurwissenschaftlichen Bereich der Universität Karlsruhe.

In den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern, den Sozialwissenschaften und den Kulturwissenschaften ist im Interesse eines ausreichenden und ausgewogenen Studienangebots ebenfalls ein Ausbau an der Universität wünschenswert. In Verbindung mit der Erweiterung der übrigen Hochschuleinrichtungen könnte dadurch in der Gesamthochschulregion Karlsruhe mit Ausnahme

der Medizin und unter besonderer Berücksichtigung der Schwerpunktbildung in den Ingenieurwissenschaften eine sehr günstige Fächerverteilung erreicht werden. Die Päd. Hochschule Karlsruhe wird bereits bis 1975 auf 2.700 Studienplätze ausgebaut, wobei bis 1980/85 noch eine geringfügige Erweiterung auf 3.000 Plätze möglich ist, von denen etwa 2.000 auf die Kulturwissenschaften und etwa 1.000 auf die Naturwissenschaften entfallen sollen. Zusammen mit den für die Universität bis 1985 vorgesehenen 1.000 Studienplätzen und den Studienangeboten der Staatlichen Akademie der bildenden Künste, der Staatlichen Hochschule für Musik sowie der Kunst- und Werkschule Pforzheim könnten im kulturwissenschaftlichen Bereich insgesamt 4.000 Studienplätze bis 1985 bereitgestellt werden. Dem steht bei den Sozialwissenschaften eine Ausbauvorstellung auf 4.200 und bei den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern eine Ausbauvorstellung auf 4.800 bis zum Jahre 1985 gegenüber. In den Sozialwissenschaften fällt neben der Erweiterung der 4- bis 5jährigen Studiengänge an der Universität Karlsruhe von 421 Studierenden im Wintersemester 1970/71 auf 2.200 Studienplätze im Jahre 1985 vor allem der starke Ausbau der 3jährigen betriebswirtschaftlichen Studiengänge an der Fachhochschule für Wirtschaft Pforzheim ins Gewicht. Diese Fachhochschule kann schwerpunktmäßig mehr als ein Drittel des künftigen Landesbedarfs auf diesem Gebiet decken. Bis zum Jahre 1980/81 ist eine Erhöhung auf 2.000 Studienplätze ohne weiteres gerechtfertigt. An den vorgesehenen 4.800 Studienplätzen für die Naturwissenschaft im Jahre 1985 sind die Universität Karlsruhe mit 3.800 und die Pädagogische Hochschule Karlsruhe mit 1.000 Studienplätzen beteiligt. Zur Deckung des großen Landesbedarfs an 3jährigen ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen erscheint es wünschenswert, die Fachhochschule Karlsruhe, die im Wintersemester 1970/71 mit 1.503 Studenten bereits an der Spitze aller Fachhochschulen lag, weiter auszubauen.

Graphik 3 : Entwicklung der Zahl der Studierenden in der
Gesamthochschulregion Karlsruhe
nach Fächergruppen aufgrund der Planung von 1970 bis 1985



Die Entwicklung der Fächerstruktur in der Gesamthochschulregion Karlsruhe ist nach den skizzierten Überlegungen in Graphik 3 für die einzelnen Eckjahre von 1970 bis 1985 zusammenfassend dargestellt.

Die mögliche Entwicklung der einzelnen Institutionen ist im Überblick aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen (vgl. auch Anhangtabelle 4a).

Institutionen	Studierende WS 1970/71	1975	1980	1985
Univ. Karlsruhe	7.908	9.300	12.000	14.000
Päd. Hochschule Karlsruhe	1.635	2.700	3.000	3.000
Staatl. Akad. d. bild. Künste	192	300	300	300
Staatl. Hochschule Musik	235	200	200	300
Fachhochsch. Karlsruhe	1.503	2.200	2.500	3.000
Fachhochschule Pforzheim (Wirtsch.)	513	1.500	2.000	2.000
Fachhochschule Pforzheim (Gestaltg.)	186	300	300	400
Insgesamt	12.172	16.500	20.300	23.000

Schon die Struktur des heutigen Fächerangebotes, daß auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften die Universität und die Fachhochschule Karlsruhe, auf dem Gebiet der Naturwissenschaften insbesondere die Universität und die Päd. Hochschule Karlsruhe sowie auf dem Gebiet der Sozialwissenschaft die Universität Karlsruhe und die Fachhochschule für Wirtschaft Pforzheim verbindet, ergibt zahlreiche Möglichkeiten arbeitsteiliger struktureller Verflechtungen zwischen den bestehenden Einrichtungen. Die Regionalkommission hat beispielhaft im Fach Elektrotechnik das Y-Modell als Strukturmuster für ein integriertes Studium entwickelt. Die Möglichkeiten der Kooperation werden vor allem mit dem stärkeren Ausbau der Kulturwissenschaften und der Sozialwissenschaften erweitert werden können. Auf dem Gebiet der Kulturwissenschaften sind ferner - wenngleich quantitativ nicht sehr stark ins Gewicht fallend - die Studiengänge der 3 künstlerisch ausgerichteten Hochschuleinrichtungen teilweise geeignet, unter Berücksichtigung ihrer fachspezifischen Eigenarten mit anderen Studiengängen verflochten zu werden, so daß auch in diesem Bereich eine größere Durchlässigkeit geschaffen werden kann.

Insgesamt sind in der Gesamthochschulregion Karlsruhe trotz gewisser vorhandener fachlicher Einseitigkeiten, die allerdings im Verlaufe des weiteren Ausbaus mit Ausnahme der Medizin weitgehend beseitigt werden, besonders günstige Voraussetzungen für strukturelle Neuentwicklungen gegeben, die sich nicht nur wie in den meisten anderen Gesamthochschulregionen im wesentlichen auf die Lehrerbildung beziehen, sondern auch den sonst nur in Stuttgart voll ausgebauten Sektor der 4- bis 5jährigen ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge umfassen.

4. Organisatorische Fragen

Für die Organisation in der Gesamthochschulregion Karlsruhe lassen sich drei Richtpunkte erkennen:

Die in Karlsruhe bestehenden Hochschuleinrichtungen sind - abgesehen von der Akademie der bildenden Künste und der Musikhochschule - so sehr für strukturelle Verflechtungen geeignet, daß auch organisatorisch eine Integration möglich sein dürfte.

Die Fachhochschule für Wirtschaft in Pforzheim liegt etwa 25 km von Karlsruhe entfernt und wird daher für eine Integration kaum in Betracht kommen.

Dasselbe gilt wegen ihrer fachlichen Besonderheiten für die Akademie der bildenden Künste und die Musikhochschule in Karlsruhe sowie für die Fachhochschule für Gestaltung in Pforzheim.

Nähere Aussagen hierzu sind jedoch jetzt weder möglich noch auch notwendig, da in der Gesamthochschulregion Karlsruhe ein umfassender Gesamthochschulversuch vorgesehen ist (vgl. Abschn. ...), in dessen Verlauf auch zu den organisatorischen Fragen genauere Ergebnisse zu erwarten sind.

5. Zusammenfassung

5.1 - Folgende Entscheidungen werden empfohlen:

- Der Gesamthochschulregion Karlsruhe gehören an:

- die Universität Karlsruhe
- die Staatl. Akademie der bild. Künste Karlsruhe
- die Staatl. Hochschule für Musik Karlsruhe
- die Päd. Hochschule Karlsruhe
- die Fachhochschule Karlsruhe
- das Seminar für Studienreferendare an Gymnasien Karlsruhe
- das Seminar für Studienreferendare an beruflichen Schulen Karlsruhe
- die Fachhochschule für Wirtschaft Pforzheim
- die Fachhochschule für Gestaltung Pforzheim

- In der GHS-Region Karlsruhe wird ein umfassender GHS-Versuch durch-
geführt

5.2 Inwiefern die in der Gesamthochschulregion Karlsruhe gegebenen zahlreichen Möglichkeiten struktureller Verflechtung genutzt werden und auch zu einer organisatorischen Integration führen können, wird sich im Verlauf des in der Gesamthochschulregion Karlsruhe anzustellenden Gesamthochschulversuchsweisen müssen. Dabei sollten die zu entwickelnden Strukturvorstellungen auch Anhaltspunkte für eine genauere Berechnung des künftigen Bedarfs an Studienplätzen aufgrund neuer Strukturen ergeben.

2.4 Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben

1. Zusammensetzung

Der Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben sollen angehören:

die Universität Konstanz

die Fachhochschule Konstanz

die Päd. Hochschule Weingarten

die Fachhochschule Ravensburg

Die noch im Aufbau begriffene Universität Konstanz bildet, obwohl sie im Wintersemester 70/71 erst etwa 900 Studenten hatte, als einzige Universität in dem Raum südlich der Verbindungslinie zwischen den Universitäten Freiburg und Ulm den Schwerpunkt der Hochschuleinrichtungen. Mit der bevorstehenden Fertigstellung der Baustufen A und B wird dies auch in den verfügbaren Kapazitäten Ausdruck finden. Zu der um die Universität Konstanz zu bildenden Gesamthochschulregion gehört ferner die am gleichen Ort befindliche Fachhochschule.

Die wie Konstanz in der Verwaltungsregion Hochrhein gelegene Päd. Hochschule Lörrach soll jedoch nicht der um die Universität Konstanz zu bildenden Gesamthochschulregion zugeordnet werden, da die Entfernung zur Universität Konstanz mit ca. 110 Kilometer mehr als doppelt so groß ist wie zur Universität Freiburg. Ist schon die Zusammenarbeit zwischen der Universität Freiburg und der Päd. Hochschule Lörrach durch die gegebenen geographischen Verhältnisse erschwert, so wäre sie mit der Universität Konstanz praktisch unmöglich oder doch auf ein solches Minimum beschränkt, das unter dem Gesichtspunkt der Hochschulreform und der Entwicklung zur Gesamthochschule keinen Ertrag erwarten läßt. Dahinter hat die grundsätzlich berechnete Forderung, daß Gesamthochschulregionen und Ver-

waltungsregionen soweit wie möglich deckungsgleich sein sollten, zurückzutreten.

Für die in der Verwaltungsregion Bodensee-Oberschwaben gelegene Päd. Hochschule Weingarten und die Fachhochschule Ravensburg besteht in der Verwaltungsregion keine Universität als Zentrum einer eigenen Gesamthochschulregion. Die Zuordnung zur Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg, deren universitäres Zentrum Ulm trotz größerer Entfernung nahezu ebenso gut erreichbar ist wie Konstanz, kommt nicht in Betracht, da sonst die Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg ein ausgeprägtes Übergewicht erhielte; insbesondere aber bedarf die Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben der Päd. Hochschule Weingarten als wichtige Einrichtung der sonst in ihr noch nicht genügend ausgebauten Lehrerbildung. Diese beiden Hochschuleinrichtungen sind daher der um die Universität Konstanz zu bildenden Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben zuzuordnen.

2. Standortfragen

Die Fachhochschule Ravensburg - bislang nur provisorisch untergebracht - soll im Raum Ravensburg/Weingarten erhalten bleiben, damit die regionale Nachfrage nach technischen Studienplätzen befriedigt werden kann; die Fachhochschule Konstanz ist dazu nicht in der Lage, weil sie, bedingt durch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse, aus dem oberschwäbischen Raum zu schwer zu erreichen ist. Im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit mit der Päd. Hochschule in Weingarten sollen beide Hochschuleinrichtungen künftig möglichst nahe beieinander liegen.

Tabelle 1

<u>HS-Einrichtung</u>	<u>Studenten WS 70/71</u>	<u>Lehr- personal</u>
Uni Konstanz	874	283
FHS Konstanz	1 195	98
FHS Ravensburg	267	28
PH Weingarten	1 303	82

Institutionen Fächergruppen Fächer		Uni Konstanz	FHS Konstanz	FHS Ravensburg	PH Weingarten
Kulturwissenschaften	Evang. Theologie				X
	Kath. Theologie				X
	Philosophie	X			X
	Sprach- u. Literaturwiss.	X			X
	Geschichte	X			X
	Archäologie				X
	Volks- u. Völkerkunde				
	Kunst				
	Musik				X
Sozialwiss.	Leibeserziehung				X
					X
					X
	Rechtswissenschaft	X			
	Wirtschaftswiss.	X			
Medizin	Politik/Soziologie	X			
	Psychologie/Pädagogik	X			X
					X
Naturwissch. u. Med.	Humamedizin				
	Zahnmedizin				
	Mathematik	X			X
	Informatik		X		
	Physik	X		X (phys. Tech.)	X
	Chemie/Biochemie	X			X
	Biol./Botanik/Zoologie	X			X
	Geographie/Geologie				X
Ingenieurwissenschaften	Pharmazie				
	Land- u. Forstw., Ernähr.				
	Elektrotechnik		X		
	Maschinenbau		X		
	Bauwesen		X	X	
	Textil- u. Hauswirt- schaftstechnik, Werken				
	Feinwerktechnik				X

) verwandte Fächer wurden zusammengefaßt

3. Strukturelle Gliederung und quantitative Entwicklung

Nach der Gesamthochschulregion Ulm-OstWürttemberg gehört die Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben mit 3.639 Studierenden im Wintersemester 1970/71 zu den nach dem Fächerangebot am schwächsten ausgebauten Gesamthochschulregionen des Landes.

Mehr als 2/3 der Studierenden in der Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben entfallen auf die Päd. Hochschule Weingarten (1.303 Studierende) und die Fachhochschule Konstanz (1.195 Studierende). An der Universität Konstanz waren im Wintersemester 1970/71 erst 874 Studenten immatrikuliert. In fachlicher Hinsicht ist das Studienangebot der Universität Konstanz vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht wie die klassischen Universitäten einen breiten Fächerkanon bietet, sondern sich auf die Naturwissenschaften mit Schwerpunkt Biologie, auf die Sozialwissenschaften sowie auf einen Teil der Fächer der philosophischen Fakultät konzentriert. Die in Konstanz von der Fachhochschule angebotenen technischen Disziplinen hatten bisher zur Universität wenig Verbindungen. Die Päd. Hochschule Weingarten erstreckt sich bei der Lehrerbildung auf die Bereiche des Grund- und Hauptschullehrerstudiums und des Reallehrerstudiums. Hervorzuheben ist, daß auch die musischen Fächer und die Leibesübungen an der Päd. Hochschule Weingarten vertreten sind. Die Fachhochschule Ravensburg war mit 267 Studierenden im Wintersemester 1970/71 die kleinste Einrichtung der Gesamthochschulregion. Sie bietet mit Maschinenbau und physikalischer Technik jedoch zentrale ingenieurwissenschaftliche Fächer an, die einen guten Ansatz für den weiteren Ausbau der Ingenieurwissenschaften darstellen.

Bei der künftigen Entwicklung der Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben sind sowohl die bereits durch die Planung angelaufenen Maßnahmen der Kapazitätserweiterung als auch die regionale Entwicklung der Abiturientenzahlen und damit die Versorgungsfunktion zu berücksichtigen. Beim Ausbau des Standorts Ravensburg-Weingarten spielt auch die Schrittmacherfunktion in Übereinstimmung mit den landesplanerischen Zielen für dieses Oberzentrum eine wichtige Rolle. Nach den Schulentwicklungsplänen für das allgemeinbildende und für das berufliche Schulwesen zeichnet sich bis zum Jahre 1985 unter Berücksichtigung der Planziele der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (unterer Bandbreitenwert) folgende Entwicklung der Abiturientenzahlen in den umliegenden Großkreisen ab:

Stadtkreis/Landkreis	1970	1985
Konstanz	388	1.000
Ravensburg	365	900
Waldshut	168	500
Bodenseekreis	223	700
Sigmaringen	169	600
Tuttlingen	117	500

Das regionale Studentenaufkommen der Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben wird vom Arbeitskreis für Bedarfsbemessung nach den vom Kultusministerium aufgrund der Abiturientenentwicklung berechneten Hochschulzugang auf rd. 13.000 deutsche Studierende im Jahre 1980 und rd. 15.000 deutsche Studierende im Jahre 1985 geschätzt und dürfte damit in der Größenordnung der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg liegen.

Bei Konstanz ist ebenso wie bei Ulm die Grenzlage zu berücksichtigen, wobei anzunehmen ist, daß ein gewisser Teil der Studierenden durch schweizer Hochschulen, vor allem Basel und St.Gallen, angezogen wird. Beim Standort Konstanz tritt zudem wegen des fehlenden Hinterlandes im Süden das Wohnungsproblem in verschärfter Form auf, so daß mit dem Kapazitätsausbau vor allem auch in hinreichendem Umfang Studentenwohnplätze geschaffen werden müssen. Aufgrund dieser Gesichtspunkte sollte die Zahl der Studienplätze in der Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben wie bei Ulm etwa auf das 4fache des derzeitigen Standes erhöht werden, wobei an folgende Entwicklungsstufen zu denken ist:

Studierende WS 1970/71	1975	1980	1985
3.639	6.400	10.200	13.500

In der Gesamthochschulregion sollte vorgesehen werden, neben dem Standort Konstanz mit 8.000 Studenten im Jahre 1985 auch den Standort Ravensburg-Weingarten mit 5.500 Studierenden bis zum Jahre 1985 verhältnismäßig stark zu erweitern. Zur Entlastung der traditionellen Universitäten des Landes wird die im Aufbau befindliche Universität Konstanz langfristig wesentlich mehr Studierende aufnehmen können und müssen, als ursprünglich im Gründungskonzept vorgesehen war. Das wird teilweise auch dazu zwingen, die ursprünglich vorgesehene optimale Ausstattung der Universität mit Arbeits- und Studienplätzen sowie Personalstellen im Hinblick auf die Überfüllung in den übrigen Landesuniversitäten zu überprüfen und in

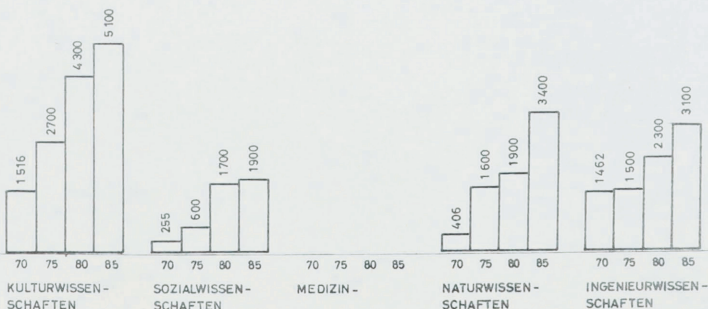
ein angemessenes Verhältnis zu setzen, wobei allerdings das der Universität Konstanz zugrundeliegende Reformprogramm möglichst wenig beeinträchtigt werden sollte. Bei entsprechenden strukturellen und organisatorischen Vorkehrungen müßte es möglich sein, 6.500 Studienplätze bis zum Jahre 1985 bereitzustellen, um damit mehr als doppelt so viel Studierende wie ursprünglich vorgesehen, aufnehmen zu können. Mit 6.500 Studierenden im Jahre 1985 dürfte nach den jetzigen Erkenntnissen aber auch angesichts der geographischen Grenzlage von Konstanz, der Verkehrsverhältnisse und der Infrastruktur der Stadt die Obergrenze erreicht sein. Bei der Fächerentwicklung wird der bereits vorgesehene Schwerpunkt in den Kulturwissenschaften im Hinblick auf die Lehrerbildung weiter verstärkt werden müssen, wobei eine Steigerung der Zahl der Studierenden auf 3.000 bis zum Jahre 1985 vorgesehen werden sollte. Die Erweiterung auf 2.000 Studierende in den Naturwissenschaften sowie auf 1.500 Studierende in den Sozialwissenschaften dürfte in Verbindung mit dem vorgesehenen Studienangebot an der Päd. Hochschule Weingarten bzw. der Fachhochschule Ravensburg auch in diesen Fächergruppen zu einem angemessenen Studienangebot in der Gesamthochschulregion führen.

Die Entwicklung der Hochschuleinrichtungen in Ravensburg und Weingarten muß vor allem der bisher zu verzeichnenden Unterversorgung des ober-schwäbischen Raums mit Studienplätzen abhelfen. Für den Fall, daß in Kempten vom Freistaat Bayern eine Hochschule errichtet werden sollte, müßten die Planungen an beiden Hochschulstandorten aufeinander abgestimmt werden, da sich die Einzugsbereiche überschneiden. Jedoch wird der Standort Ravensburg/Weingarten unabhängig von der Entwicklung im Raum Kempten für die Versorgung des südwestdeutschen Raumes mit Studienplätzen und damit vor allem für die Entlastung der Gesamthochschulregion Tübingen seine eigene Bedeutung behalten. Zunächst steht beim Ausbau des Standorts Ravensburg/Weingarten vor allem die Lehrerbildung im Vordergrund. Hier wird mit der vorgesehenen Entwicklung der Päd. Hochschule Weingarten auf 3.500 Studierende im Jahre 1985 ein eindeutiger Schwerpunkt gesetzt. Im Vergleich zu den 1.303 Studierenden im Wintersemester 1970/71 könnte die Studierendenzahl nahezu verdreifacht werden. Sowohl unter dem Gesichtspunkt eines breiten Angebots an einzelnen Fächern als auch unter betriebsökonomischen Gesichtspunkten könnten dadurch für die Päd. Hochschule Weingarten

sehr günstige Voraussetzungen geschaffen werden. Im Hinblick auf die industrielle Entwicklung im Raum Ravensburg/Weingarten sollte langfristig die Fachhochschule Ravensburg stärker ausgebaut werden als die Fachhochschule Konstanz. Auch vom betriebsökonomischen Standpunkt aus liegt die derzeitige Ausbildungskapazität mit 267 Studierenden im Wintersemester 1970/71 weit unter der optimalen Größe.

Dabei wird auch eine Erweiterung des Fächerangebots auf den sozialwissenschaftlichen (wirtschaftswissenschaftlichen) Bereich für erforderlich gehalten, um auf diesem Gebiet eine gleichmäßige regionale Versorgung in Baden-Württemberg herbeizuführen. Im Hinblick auf die vorgesehene Einrichtung von Ausbildungsgängen für Lehrer an beruflichen Schulen an der Päd. Hochschule Weingarten stellen die an der Fachhochschule Ravensburg künftig vertretenen ingenieurwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen (wirtschaftswissenschaftlichen) Fächer eine notwendige Ergänzung dar.

Graphik 4 : Entwicklung der Zahl der Studierenden in der Gesamthochschulregion Konstanz-O'schwaben nach Fächergruppen aufgrund der Planung von 1970 bis 1985



Die Entwicklung der Fächerstruktur in der Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben ist nach den derzeitigen Überlegungen in Graphik 4 für die einzelnen Eckjahre von 1970 bis 1985 zusammenfassend dargestellt. Die Entwicklung der einzelnen Institutionen ist im Überblick aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen (vgl. auch Anhang-tabelle 4 a):

Institutionen	Studierende WS 1970/71	1975	1980	1985
Universität Konstanz	874	2.900	5.000	6.500
Päd.Hochschule Weingarten	1.303	2.000	2.700	3.500
Fachhochsch.Ravensburg	267	300	1.000	2.000
Fachhochsch.Konstanz	1.195	1.200	1.500	1.500
insgesamt	3.639	6.400	10.200	13.500

Die Hochschuleinrichtungen der Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben werden hauptsächlich auf dem Gebiet der Lehrerbildung zusammenwirken können. Dies ist unabhängig davon, ob es entsprechenden Überlegungen der Regionalkommission zu einer Integration der Lehrerbildung kommt oder nicht. Ein arbeitsteiliges Zusammenwirken zwischen Universität Konstanz und Päd. Hochschule Weingarten kann neben der Zusammenarbeit auf erziehungswissenschaftlichem und didaktischem Gebiet sich zunächst darauf beziehen, daß die Päd. Hochschule Weingarten in den musischen Fächern und der Leibeserziehung die Ausbildung von Lehrern für den Sekundarbereich II übernimmt, für die zwar an der Universität Konstanz keine Ansatzpunkte vorhanden sind, die aber auf der entsprechenden Ausbildung von Lehrern für den Primarbereich und den Sekundarbereich I an der Päd. Hochschule Weingarten aufgebaut werden kann. Ferner sollte auch der Vorschlag der Regionalkommission aufgegriffen werden, Lehrer an beruflichen Schulen in der Gesamthochschulregion auszubilden, um den durch die Berufspädagogische Hochschule Stuttgart allein nicht mehr zu deckenden Bedarf besser befriedigen zu können. Hierfür kommen in erster Linie die Päd. Hochschule Weingarten und die entsprechend aus-gebaute Fachhochschule Ravensburg/Weingarten in Betracht. Auch außerhalb der Lehrerbildung zeichnen sich Möglichkeiten des Zusammenwirkens zwischen den verschiedenen Einrichtungen in der Gesamthochschulregion ab. Die von der Regionalkommission vorgeschlagenen, von der Universität Konstanz und den Fachhochschulen Konstanz und Ravensburg/Weingarten vor allem auf ingenieurwissenschaftlich-technischem Gebiet gemeinsam

einzurichtenden Studiengänge sind zum Teil geeignete Beispiele für das strukturelle Zusammenwirken der genannten Institutionen. Jedoch wird erst aufgrund der Entwicklung der Curricula gesagt werden können, wie groß der Bedarf an Absolventen und wie hoch die dafür zu erbringenden Aufwendungen sein werden.

4. Organisatorische Fragen

Sind die strukturellen Querverbindungen zwischen den Einrichtungen der Gesamthochschulregion zahlreich und entwicklungsfähig, so steht die Entwicklung der Gesamthochschulregion zur Gesamthochschule vor dem organisatorischen Problem, die räumliche Entfernung von Konstanz nach Ravensburg/Weingarten zu bewältigen. Die Organisation hat darauf Rücksicht zu nehmen, daß zunächst die Päd. Hochschule Weingarten zusammen mit der Fachhochschule Ravensburg nicht zu einer eigenständigen Gesamthochschule entwickelt werden soll, weil durch die aus den Universitäten zu entwickelnden Gesamthochschulen und eine in erster Linie in Betracht kommende neue Gesamthochschule in Heilbronn (vgl. Abschn. 2.2.) der Bedarf an Studienplätzen in Baden-Württemberg hinlänglich gedeckt werden kann. Andererseits darf die späterhin etwa sich als notwendig erweisende Entwicklung zu einer eigenständigen Gesamthochschule nicht durch organisatorische Verfestigungen erschwert werden. Diese Entwicklung würde allerdings voraussetzen, daß die infrastrukturelle Leistungsfähigkeit und das übrige kulturelle Angebot in Ravensburg/Weingarten sich so stark entwickeln, daß sie den Anforderungen eines eigenständigen Gesamthochschulstandortes gerecht werden können.

Für die Organisation einer Gesamthochschule mit zwei ausgeprägten Schwerpunkten bestehen bislang noch weniger ausgeformte Vorstellungen als für Gesamthochschulen mit einem einzigen Zentrum. Der für die Gesamthochschulregion Ulm/Ostwürttemberg vorgesehene Gesamtversuch (vgl. Abschnitt ...) soll gerade zu diesem Problem genauere Unterlagen erbringen, auf denen dann auch die Organisation der Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben aufbauen kann. Da die Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben vor ähnlichen organisatorischen Problemen steht wie die Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg, bietet es sich an, den von der Regionalkommission Konstanz-Oberschwaben vorgeschlagenen Forschungs-

auftrag zur Entwicklung geeigneter Organisationsformen für die Gesamthochschulregionen, insbesondere Konstanz-Oberschwaben sicherzustellen.

5. Zusammenfassung

5.1 Folgende Entscheidungen werden empfohlen:

- Der GHS Region Konstanz-Oberschwaben gehören an:
 - die Universität Konstanz
 - die Fachhochschule Konstanz
 - die Fachhochschule Ravensburg
 - die Päd.Hochschule Weingarten
- Die Fachhochschule Ravensburg wird nach Weingarten verlegt.

5.2 Die Entwicklung der Gesamthochschulregion hängt zu einem wesentlichen Teil davon ab, ob es gelingt, im Rahmen der Stufenlehrerausbildung eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den Schwerpunkten Konstanz und Ravensburg/Weingarten zu finden. Organisatorische Festlegungen sind gegenwärtig zu vermeiden, bis vor allem im Verlauf des Gesamthochschulversuches in der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg genauere Erkenntnisse gewonnen werden.

Über die quantitative Entwicklung der Standorte und Fächer für 1985 kann ebenfalls erst im Zusammenhang mit den strukturellen und organisatorischen Lösungen entschieden werden.

2.5 Gesamthochschulregion Mannheim

1. Zusammensetzung

Der Gesamthochschulregion Mannheim sollen angehören:

die Universität Mannheim

die Fachhochschule für Ingenieurwesen Mannheim

die Fachhochschule für Sozialwesen Mannheim

Die Hochschuleinrichtungen in Mannheim sollen, obwohl von Heidelberg nur wenige Kilometer entfernt, nicht der Gesamthochschulregion Heidelberg zugeordnet werden, da diese mit dem Ausbau, wie er gemäß dem 1. Rahmenplan nach dem HBFÜ für das Jahr 1975 vorgesehen ist, schon 17 100 Studienplätze (mit FHS Heilbronn) bzw. 16 000 Studienplätze (ohne FHS Heilbronn) umfassen wird. Zusammen mit den für 1975 vorgesehenen rd. 8 000 Studienplätzen der Mannheimer Hochschuleinrichtungen würde also eine Gesamthochschulregion Heidelberg-Mannheim etwa 25 000 Studienplätze umfassen und damit diejenige Größenordnung überschreiten, bis zu der die organisatorischen Probleme einer Gesamthochschule noch lösbar erscheinen; diese Probleme würden sich bei dem weiteren Ausbau vor allem dann noch verschärfen, wenn im Verlauf einer langfristigen Entwicklung die Hochschuleinrichtungen des Raumes Ludwigshafen entsprechend der landesplanerischen Einheit des Raumes Mannheim-Ludwigshafen (vgl. Staatsvertrag über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckargebiet Ges.Bl. 1969, S. 151, 208) einbezogen und eine über die Landesgrenze hinausgreifende Gesamthochschulregion Heidelberg-Mannheim-Ludwigshafen zu bilden wäre.

Das Klinikum Mannheim der Universität Heidelberg ist bis auf weiteres ohne die Ergänzung durch die medizinische Fakultät und die Naturwissenschaften (insbesondere die vorklinischen Fächer) der Universität Heidelberg nicht lebensfähig; für den insoweit von der Regionalkommission Mannheim ins Auge gefaßten Rückgriff auf die Ausbildungs-

stätten der Universität Mainz sind vorerst keine Grundlagen gegeben. Das Klinikum Mannheim verbleibt daher zunächst bei der Universität Heidelberg und daher in der Gesamthochschulregion Heidelberg; jedoch wäre im Rahmen der mit dem Land Rheinland-Pfalz zu führenden Verhandlungen (vgl. unten Ziff. 4.1.1.) zu prüfen, ob das Klinikum Mannheim u.a. durch die Einbeziehung von Ausbildungsstätten des Raumes Vorderpfalz so gestärkt werden kann, daß später einmal der Gesamthochschule Mannheim sinnvoll zugeordnet werden kann.

Die Staatliche Hochschule für Musik Heidelberg-Mannheim, die erst mit Wirkung vom 1. Januar 1971 aus den vorher nicht staatlichen Hochschulen für Musik und Theater in Heidelberg und in Mannheim gebildet wurde, hat in diesen beiden Städten gleichwertige und ohne einander nicht lebensfähige Ausbildungsstätten; eine erneute Aufteilung der Musikhochschule kommt daher nicht in Betracht. Fachliche Verbindungen bestehen von ihr sowohl zur Universität Mannheim wie zur Universität Heidelberg. Da auch die Staatliche Hochschule für Musik selbst noch nicht entschieden hat, welcher der beiden Gesamthochschulregionen sie als ordentliches Mitglied angehören möchte, soll die Zuordnung der Musikhochschule zunächst offen bleiben, zumal sich für das Zusammenwirken der Kunst- und Musikhochschulen mit den übrigen Hochschuleinrichtungen möglicherweise besondere Formen ergeben können; schließlich ist auch eine Organisationsform denkbar, die eine gleichmäßige Mitwirkung der Musikhochschule in beiden Gesamthochschulregionen erlaubt.

2. Standortfragen:

Besondere Standortprobleme liegen nicht vor.

Tabelle 1:

HS-Einrichtung	Studenten WS 70/71	Lehrpersonal
Uni Mannheim (ohne Klinikum)	5 031	291
FHS Mannheim (Ingenieurwesen)	899	71
FHS Mannheim (Sozialwesen)	228	5
MHS Heidelberg- Mannheim	349	27

Institutionen Fächergruppen Fächer		Universität Mannheim	FHS Mannheim (Ingenieurwesen)	FHS Mannheim (Sozialwesen)
Kulturwissenschaften	Evang. Theologie			
	Kath. Theologie			
	Philosophie	X		
	Sprech- u. Literaturwiss.	X		
	Geschichte	X		
	Archäologie	X		
	Volks- u. Völkerkunde	X		
	Kunst			
Sozialwissenschaften	Musik	X ¹⁾		
	Leibeserziehung			
	Rechtswissenschaft	X		
	Wirtschaftswiss.	X		
	Politik/Soziologie	X		X
	Psychologie/Pädagogik	X		
Medizin	Sozialkunde			X
	Humanmedizin			
	Zahnmedizin			
Math., u. Naturwiss.	Mathematik	X		
	Informatik		X	
	Physik			
	Chemie/Biochemie		X	
	Biol./Botanik/Zoologie			
	Geographie/Geologie			
	Pharmazie			
	Land- u. Forstw., Ernährung			
Ingenieurwissenschaften	Elektrotechnik		X	
	Maschinenbau		X	
	Bauwesen			
	Textil- u. Hauswirtschaftstechnik, Werken			
	Feinwerktechnik			

¹⁾ verwandte Fächer werden zusammengefaßt

2) Chem., Technik

3) Musikwissenschaft

3. Strukturelle Gliederung und quantitative Entwicklung

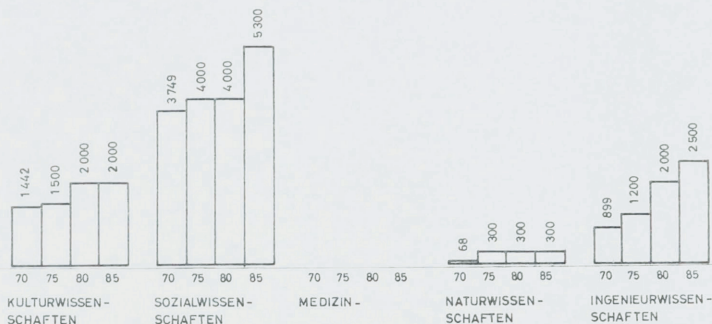
Das Studienangebot in der Gesamthochschulregion Mannheim konzentriert sich auf die 4- bis 5jährigen Studiengänge im sozialwissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Bereich der Universität Mannheim sowie auf die 3jährigen ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge an der Fachhochschule für Ingenieurwesen Mannheim. Daneben besteht noch ein relativ geringes Studienangebot in Mathematik (kein eigener Studiengang). Die Naturwissenschaften im engeren Sinne sind nicht vertreten. Da das Fächerangebot jedoch einerseits im Zusammenhang mit der Gesamthochschulregion Heidelberg zu sehen ist und dort fachlich ergänzt wird, und da es andererseits durch die Abteilungen Landau und Worms der erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz und durch die Abteilung Ludwigshafen der Fachhochschule Rheinland-Pfalz auf den Gebieten der Lehrerbildung und Betriebswirtschaft erweitert werden kann, sind von einer gewissen fachlichen Einseitigkeit hier keine Nachteile zu befürchten. Dementsprechend sollte die in Mannheim vorhandenen und bewährten Schwerpunkte auch bei der weiteren Entwicklung der Gesamthochschulregion beibehalten werden. Insbesondere ist nicht daran gedacht, in der Gesamthochschulregion Mannheim entsprechend dem Vorschlag der Regionalkommission eine volle naturwissenschaftlich-technologische Fakultät zu errichten; die in Baden-Württemberg vorhandenen naturwissenschaftlichen und technischen Fakultäten und Fachbereiche der Universitäten können ohne weiteres so ausgebaut werden, daß sie dem Bedarf entsprechen.

Der Einzugsbereich der Gesamthochschulregion Mannheim kann ebenso wenig wie das Angebot an Studiengängen und Fächergruppen isoliert gesehen werden. Durch ihre räumliche Nähe versorgen die Gesamthochschulen Mannheim und Heidelberg praktisch einen nicht teilbaren Einzugsbereich. Dementsprechend ist eine getrennte Ermittlung des regionalen Studentenaufkommens nicht möglich. Ein Vergleich zwischen dem Gesamtangebot an Studienplätzen und den regionalen Studentenaufkommen ist bei der Gesamthochschulregion Heidelberg angestellt.

Die Entwicklung in der Gesamthochschulregion Mannheim wird dadurch bestimmt, daß die Kapazitäten der bestehenden Studiengänge und Fächergruppen weiter ausgebaut werden. Die Universität Mannheim, deren Studierendenzahl in den letzten Jahren besonders steil auf 5.031 im Wintersemester 1970/71 angestiegen ist, kann im Mannheimer

Schloß auf 6.800 Studienplätze erweitert werden. Im Endausbau stehen dort 2.000 Studienplätze im Bereich Kulturwissenschaft und 4.500 Studienplätze in den Sozialwissenschaften bereit. Der Rest von 300 Plätzen entfällt auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer. Da in der Gesamthochschulregion Heidelberg der ingenieurwissenschaftliche Bereich überhaupt nicht vertreten ist, liegt ein starker Ausbau der Fachhochschule für Ingenieurwesen Mannheim im Interesse eines abgerundeten Studienangebots dieser beiden eng aneinandergrenzenden Gesamthochschulregionen. Mit der vorgesehenen Erweiterung auf 2.500 Studienplätze könnte die Fachhochschule in günstige betriebsökonomische Verhältnisse hineinwachsen. Neben dem bereits angebotenen 3jährigen Studiengang kommt allerdings ein Angebot an 4- bis 5jährigen ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen in den Gesamthochschulregionen Heidelberg und Mannheim vorerst wegen der erforderlichen Schwerpunktbildung in Stuttgart und Karlsruhe nicht in Betracht. An diesen beiden Standorten können die bestehenden Einrichtungen unter Nutzung bereits getätigter Investitionen so ausgebaut werden, wie es dem Bedarf des Landes entspricht. Andererseits wird auch eine Erweiterung des ingenieur-Mannheim durch 3jährige wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge nicht für erforderlich gehalten, weil hier Studienmöglichkeiten an der Abteilung Ludwigshafen der Fachhochschule Rheinland-Pfalz bestehen. Dagegen wird im sozialwissenschaftlichen Bereich in Mannheim ein relativ starker Ausbau der Fachhochschule für Sozialberufe aufgrund des hohen Bedarfs an Sozialpädagogen für erstrebenswert angesehen. Vorerst sollte eine schwerpunktmäßige Entwicklung der beiden bestehenden staatlichen Einrichtungen in Stuttgart und Mannheim auf je 800 Studierende bis zum Jahre 1985 in Betracht gezogen werden.

Graphik 5 : Entwicklung der Zahl der Studierenden in der
Gesamthochschulregion Mannheim
nach Fächergruppen aufgrund der Planung von 1970 bis 1985



Die Entwicklung der Fächerstruktur in der Gesamthochschulregion Mannheim ist nach den dargestellten Überlegungen in Graphik 1 für die einzelnen Eckjahre von 1970 bis 1985 zusammenfassend verdeutlicht. Die Entwickl. der Institutionen in der Gesamthochschulregion Mannheim ist im Überblick auf der nachstehenden Tabelle zu ersehen (vgl. auch Anhangtabelle 4a).

Institutionen	Studierende WS 1970/71	1975	1980	1985
Uni. Mannheim	5.031	5.500	6.800	6.800
Fachhochsch.f. Ingenieurwesen	899	1.200	2.000	2.500
Fachhochsch.f. Sozialberufe <i>weihen</i>	228	300	400	800
insgesamt	6.158	7.000	9.200	10.100

Aufgrund der Fächerstruktur in der Gesamthochschulregion Mannheim zeichnen sich Möglichkeiten für eine Fächerübergreifende Zusammenarbeit vor allem in der Entwicklung von ingenieurwissenschaftlichen Aufbaustudiengängen für wirtschaftswissenschaftliche Absolventen der Universität und umgekehrt von betriebswirtschaftlichen Aufbaustudiengängen für Absolventen der Fachhochschule für Ingenieurwesen ab (vgl. Bericht der Regionalkommission Mannheim, Ziff. 2.11). Ähnliche Entwicklungen erscheinen auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften zwischen der Universität und der Fachhochschule für Sozialwesen möglich. Die im Zuge der allgemeinen strukturellen Entwicklungen im Gesamthochschulbereich zu verbessernde Durchlässigkeit wird es ferner erleichtern, daß Absolventen in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulregion Mannheim ohne großen Zeitverlust in Karlsruhe oder Stuttgart weiterstudieren können.

4. Organisation:

Die organisatorischen Vorstellungen der Regionalkommission Mannheim, zunächst einen Hochschulverbund anzustreben, auf der Grundlage von Verwaltungsvereinbarungen neu zu entwickelnde Studiengänge zu erproben und nur auf dem Gebiet des Haushalts- und Personalwesens eine Einheitsverwaltung einzurichten, kann sofort in Angriff genommen werden, da die zunächst notwendigen Vereinbarungen jetzt schon abgeschlossen werden können, ohne das der Erlaß des BHRG abgewartet werden müßte. Diese offene Organisationsform trägt vor allem aber auch der Notwendigkeit Rechnung, nicht schon jetzt durch verfestigende organisatorische Maßnahmen die Gesamthochschulregion gegenüber einer später möglichen Einbeziehung von Hochschuleinrichtungen des Raumes Ludwigshafen-Vorderpfalz und gegenüber der Bildung einer Gesamthochschule Ludwigshafen-Mannheim abzuschließen. Denn die in der äußersten Norwestecke des Landes Baden-Württemberg gelegene Gesamthochschulregion Mannheim zieht eine große Zahl von Studenten aus Rheinland-Pfalz an, und die im Raum Vorderpfalz gelegenen Hochschuleinrichtungen, insbesondere die Abteilung Ludwigshafen (Schwerpunkt Betriebswirtschaft) der Fachhochschule Rheinland-Pfalz und die Abteilungen Landau und Worms der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz könnten das Lehrangebot der Einrichtungen der Gesamthochschulregion Mannheim wertvoll ergänzen;

das gilt vor allem auf dem Gebiet der Lehrerbildung und auf dem Gebiet der Betriebswirtschaftslehre. Allerdings müssen für eine solche Gesamthochschulregion erst die Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Ohne den Erlaß des BHRG abzuwarten, in dessen Entwurf eine Vorschrift über das Zusammenwirken von Hochschuleinrichtungen über Landesgrenzen hinweg vorgesehen ist, wurde schon jetzt mit dem Kultusministerium des Landes Rheinland-Pfalz vereinbart, daß zwischen der

Regionalkommission Mannheim und ihren Einrichtungen einerseits sowie den für eine Zusammenarbeit in Frage kommenden Hochschuleinrichtungen im Raum Ludwigshafen andererseits vorbereitende Gespräche geführt werden sollen. Sobald jedoch nach Erlass des BHMG die Rechtsgrundlagen feststehen, müssen die dann gegebenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit vordringlich genutzt werden.

5. Zusammenfassung

5.1 Folgende Entscheidungen werden empfohlen:

- Der Gesamthochschulregion Mannheim gehören an:

die Universität Mannheim

die Fachhochschule für Ingenieurwesen Mannheim

die Fachhochschule für Sozialwesen Mannheim

- Die Staatliche Hochschule für Musik Heidelberg-Mannheim wird nicht geteilt; ihre Zuordnung wird zunächst offen gelassen.
- Die Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit mit den Hochschuleinrichtungen des Raumes Ludwigshafen-Vorderpfalz sind fortzusetzen. Dies gilt insbesondere für den Ausbau der Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Ludwigshafen und der Ingenieurwissenschaften an der Fachhochschule für Ingenieurwissenschaften Mannheim.

5.2 Die strukturelle Entwicklung hängt vor allem von zwei Faktoren ab: einmal von den im einzelnen jetzt noch nicht erkennbaren Möglichkeiten, fächerübergreifende Aufbaustudien einer Hochschuleinrichtung für Absolventen einer anderen zu entwickeln; zum anderen von dem Ergebnis der Bemühungen um die Einbeziehung von Hochschuleinrichtungen des Raumes Ludwigshafen-Vorderpfalz. Die Organisationsform kann gerade auch im Hinblick auf diese Entwicklung noch nicht festgelegt werden. Aufgrund der noch zu klärenden Strukturfragen und der erforderlichen Abstimmung beim Ausbau der Fachhochschule für Ingenieurwesen mit Rheinland-Pfalz kann über den quantitativen Ausbau der Gesamthochschulregion Mannheim z.Zt. ebenfalls noch nicht endgültig entschieden werden.

2.6 Die Gesamthochschulregionen im Raum Stuttgart

1. Zusammensetzung

Im Raum Stuttgart (Verwaltungsregion Mittlerer Neckar) sollen mindestens 2 Gesamthochschulregionen gebildet werden. Ob eine dritte Gesamthochschulregion zu bilden ist und wie die Gesamthochschulregionen zusammengesetzt sein sollen, kann noch nicht endgültig entschieden werden.

Die Bildung von zwei oder mehr Gesamthochschulregionen ist notwendig, weil schon heute im Raum Stuttgart mit etwa 20 000 Studenten die Größenordnung erreicht ist, bis zu der eine Gesamthochschule im Wege der akademischen Selbstverwaltung allenfalls organisiert werden könnte; diese Größenordnung wird sehr rasch überschritten sein. Auch die große Zahl und starke Differenziertheit der gegenwärtig bestehenden, in Gesamthochschulen zusammenzufassen den Hochschuleinrichtungen zwingen zu einer organisatorischen Aufteilung. Nur so sind die strukturellen und organisatorischen Gesamthochschulprobleme im Raum Stuttgart zu lösen. Schließlich lassen die geographischen Verhältnisse die Bildung einer einzigen Gesamthochschulregion nicht sinnvoll erscheinen. Die größten räumlichen Entfernungen zwischen Hochschuleinrichtungen betragen (abgesehen von dem nicht aufrecht zu erhaltenden Standort Sigmaringen - vgl. unten Ziff. 2 -) in Nord-Süd-Richtung mehr als 30 Kilometer und in West-Ost-Richtung etwa 15 Kilometer Luftlinie. Die Verkehrsverbindungen zwischen den einzelnen Hochschuleinrichtungen sind jedoch, auch wo die Entfernungen geringer sind, überwiegend ungünstig, können aber mit dem Ausbau des Nahverkehrsnetzes, insbesondere mit dem Bau der S-Bahn zum Teil erheblich verbessert werden. Die Hochschuleinrichtungen verteilen sich hauptsächlich auf 3 räumliche Schwerpunkte in Stuttgart-Zentrum, Stuttgart-Vaihingen und

Stuttgart-Hohenheim. Daneben haben die Päd. Hochschule in Ludwigsburg und die Hochschuleinrichtungen in Esslingen eigenes Gewicht; letztere sind verkehrsgeographisch eher dem Schwerpunkt Stuttgart-Zentrum zuzurechnen, obwohl sie in der Luflinie dem Schwerpunkt Stuttgart-Hohenheim näher liegen.

Die regionale Gliederung muß neben diesen Gesichtspunkten insbesondere die strukturellen Verflechtungsmöglichkeiten berücksichtigen. Darüber sind indessen noch zu wenig aussagekräftige Daten vorhanden, so daß endgültige Entscheidungen verfrüht wären. Damit jedoch die Entwicklung nicht aufgehalten wird, ist der Teilungsprozeß schon jetzt einzuleiten. Daher sind, mit der Aufgabe der weiteren Überprüfung ihrer Zusammensetzung, vorläufig die Gesamthochschulregionen Stuttgart und Stuttgart-Hohenheim zu bilden. Bis weitere Planungsunterlagen vorliegen, sollen diese Gesamthochschulregionen wie folgt zusammengesetzt sein:

Gesamthochschulregion Stuttgart:

- die Universität Stuttgart
- die Staatl. Hochschule für Musik und Darstellende Kunst
Stuttgart
- die Staatl. Akademie der Bildenden Künste Stuttgart
- die Pädagogische Hochschule Esslingen
- die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
- die Berufspädagogische Hochschule Stuttgart
- das Seminar für Studienreferendare Stuttgart I
- das Seminar für Studienreferendare Stuttgart II
- das Seminar für Studienreferendare an beruflichen
Schulen Stuttgart
- das Seminar für Studienreferendare Esslingen
- die Fachhochschule Stuttgart (Bauwesen)

die Fachhochschule Stuttgart (Druck)
 die Fachhochschule Stuttgart (Sozialwesen)
 die Fachhochschule Stuttgart (Bibliothekswesen)
 die Fachhochschule Esslingen

und nach Überleitung in eine Fachhochschule
 die Höhere Verwaltungsfachhochschule Stuttgart.

Gesamthochschulregion Stuttgart-Hohenheim:

die Universität Hohenheim
 die Fachhochschule Nürtingen
 die Fachhochschule Sigmaringen.

Schwerpunkte der zunächst zu bildenden zwei Gesamthochschulregionen sind die Universitäten Stuttgart und Hohenheim.

Der Universität Hohenheim ist aufgrund der fachlichen Verbindungen in erster Linie die Fachhochschule Nürtingen zuzuordnen; ferner die schon bisher der Regionalkommission Stuttgart angehörende Fachhochschule Sigmaringen, deren Zuordnung nach der Verlegung (vgl. unten Ziffer 2.2) überprüft werden muß. Welche anderen Einrichtungen außerdem der Gesamthochschulregion Stuttgart-Hohenheim zugeordnet werden sollen, etwa die Berufspädagogische Hochschule, ist jetzt noch nicht abschließend zu entscheiden.

Diese Entscheidung ist vor allem deswegen noch verfrüht, weil zunächst in Alternative zu dem Vorschlag der Regionalkommission, zwei Gesamthochschulregionen zu bilden, geprüft werden muß, ob durch die Bildung von 3 Gesamthochschulregionen die Probleme besser gelöst werden können:

Der Bericht der Regionalkommission Stuttgart sieht vor, daß der Bereich Stuttgart/Vaihingen/Ludwigsburg nur noch unwesentlich über den schon jetzt für 1975 vorgesehenen Rahmen hinaus ausgebaut werden soll, vor allem aber daß im Bereich der Lehrerbildung in Ludwigsburg und Stuttgart keine weiteren Studienplätze mehr zu schaffen seien; demgegenüber sollte im Bereich Hohenheim-Esslingen die Lehrerbildung sowohl auf dem Gebiet der Kultur- wie der Naturwissenschaften voll ausgebaut werden. Dem steht aber zum einen entgegen, daß in Stuttgart in größerem Umfange Grundinvestitionen für den ingenieurwissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Bereich getätigt sind und die in Gang befindlichen Planungen und Baumaßnahmen bereits zu einem starken Angebot an zusätzlichen Studienplätzen bis 1975 in diesen Bereichen führen; zum anderen ist zu berücksichtigen, daß - zumindest im Bereich der 3-jährigen Studiengänge - das Lehramtsstudium über die vorgesehene Ausbildungskapazität für 7.300 Studierende im Jahre 1985 aus Bedarfsgründen nicht erweitert werden sollte. Dadurch wird es schwierig, dem Vorschlag der Regionalkommission zu folgen, in Stuttgart-Hohenheim einen neuen Schwerpunkt für die Lehrerbildung einzurichten. Eine Dreiteilung des Raumes Stuttgart dagegen würde nicht nur günstigere Größenverhältnisse ermöglichen, sondern auch die eine Kooperation oder gar Integration stark behindernden Verkehrsprobleme wesentlich mildern. Die Bildung von 3 Gesamthochschulregionen könnte - ausgehend von 3 gegebenen, nicht aufhebbaren baulich-geographischen Schwerpunkten - wie folgt vorgesehen werden:

a) Gesamthochschulregion Stuttgart

Schwerpunkt: Lehrerbildung unter Einbeziehung der kulturwissenschaftlichen Studiengänge der Universität Stuttgart,

der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg,
 der Pädagogischen Hochschule Esslingen,
 der Seminare für Studienreferendare I und II
 Stuttgart und Esslingen,
 der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart,
 (s. aber unter c)
 der Akademie für bildende Künste,
 der Hochschule für Musik und Kunst,
 der Höheren Fachschule für Sozialarbeit und
 des Süddeutschen Bibliothekar-Lehrinstituts.

b) Gesamthochschulregion Stuttgart-Vaihingen

Schwerpunkt: Naturwissenschaften und Technik unter Einbeziehung
 der naturwissenschaftlichen und technischen und der technisch-
 betriebswirtschaftlichen Studiengänge der Universität Stuttgart.
 Zuzuordnen wären außerdem

die Fachhochschule Stuttgart (Bauwesen)
 die Fachhochschule Esslingen und
 die Fachhochschule Stuttgart (Druck).

c) Gesamthochschulregion Stuttgart-Hohenheim

Schwerpunkt: Agrarwissenschaften, Ernährungswissenschaften, Lebens-
 mitteltechnologie, Naturwissenschaften, und Aus-
 bau der Wirtschaftswissenschaften unter Einbeziehung der Universität
 Hohenheim mit sämtlichen Einrichtungen und der Fachhochschulen
 Nürtingen, Sigmaringen (teilweise) und eventl. der Berufspädagogischen
 Hochschule Stuttgart.

Diese Gliederung, die noch in mancherlei Weise werden kann
 und die auch in einem frühen Stadium der Beratungen von der Regional-
 kommission erörtert wurde, hätte gegenüber dem im Bericht der Regio-
 nalkommission enthaltenen Vorschlag der Zweigliederung vor allem

den Vorteil, daß der funktionale Zusammenhang der Einrichtungen der Lehrerbildung und der technischen Studienrichtungen der Universität Stuttgart besser gewahrt bliebe. Außerdem wären die Verkehrsprobleme innerhalb der drei Gesamthochschulregionen erheblich reduziert, wenngleich nicht ganz behoben. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß die Bildung von drei Gesamthochschulregionen die Gefahr in sich birgt, daß die einzelne Gesamthochschulregion zu einseitig auf eine bestimmte Fächergruppe (z.B. Ingenieurwissenschaften in Stuttgart-Vaihingen) oder auf ein bestimmtes Berufsfeld (z.B. Lehrerbildung in Stuttgart-Zentrum) hin orientiert wird. Beides muß vermieden werden. Vor allem darf aus der Gesamthochschulregion Stuttgart, in der vorwiegend Lehrer auszubilden wären, nicht eine zweitrangige Gesamthochschule entstehen.

Diese Lösung würde voraussetzen, daß die Gesamthochschulregion Stuttgart etwa so ausgebaut würde, daß die mit der Lehrerbildung verbundenen Fachwissenschaften voll, d.h. auch mit ausgebauten Forschungsmöglichkeiten, vertreten wären; nur so könnte ein genügend qualifizierter Lehrkörper gewonnen werden. Das bedeutet z.B., daß in dieser Gesamthochschule die Naturwissenschaften als besonders kostenträchtiges Element neu eingerichtet werden müßten. Allerdings stünden hierzu die bei einer Verlagerung nach Stuttgart-Vaihingen freiwerdenden installierten Gebäude in Stuttgart-Mitte zur Verfügung.
/teilweise

Während die Gesamthochschulen Vaihingen und Hohenheim jeweils an einem Ort geschlossen errichtet werden könnten, würde die Gesamthochschule Stuttgart auch später noch die Teilbereiche Stuttgart-Mitte, Ludwigsburg und Esslingen umfassen. Eine sinnvolle Integration der lehrerbildenden Studiengänge wäre bei dieser räumlichen Verteilung am ehesten dann erreichbar, wenn - unter Berücksichtigung der haupt-

sächlichen Fachkombinationen der Lehrerbildung - die jeweils zugehörigen Fachgruppen möglichst geschlossen in den einzelnen Teilbereichen angesiedelt werden könnten.

Im bisherigen Verlauf der Planung konnten die Vorzüge der Gliederung in drei Gesamthochschulregionen und die Möglichkeiten, strukturelle Einseitigkeiten durch diese Gliederung zu vermeiden, noch nicht hinreichend analysiert sowie gegen etwa zu erwartende Vorteile struktureller und gegen Nachteile organisatorischer Art abgewogen werden, die die Bildung von nur zwei Gesamthochschulregionen mit sich bringen würde. An dieser Stelle hat die weitere Planung insbesondere auch in der Regionalkommission anzusetzen. Damit jedoch nicht durch vorzeitige organisatorische Festlegungen die notwendigen strukturellen Entwicklungen präjudiziert werden, sind die Hochschuleinrichtungen mit Ausnahme der Universität Hohenheim und der ihr zuzuordnenden Fachhochschulen Nürtingen und Sigmaringen vorläufig in einer Gesamthochschulregion zu belassen. Diese drei Hochschuleinrichtungen, die - wie auch die weitere Entwicklung verlaufen mag - den Kern einer neuen Gesamthochschulregion abgeben, sollen schon jetzt als selbständige, später ggf. zu erweiternde Gesamthochschulregion^{von}, den übrigen Hochschuleinrichtungen abgelöst und organisatorisch zusammengefaßt werden.

2. Standortfragen

- 2.1 Die Fachhochschule Nürtingen (Landbau, Landespflege) ist fachlich aufs engste mit der aus einer landwirtschaftlichen Hochschule hervorgegangenen Universität Hohenheim verbunden. Für die Fachhochschule ist ein Neubau notwendig. Da er nach vorläufigen Berechnungen günstiger in Hohenheim als in Nürtingen errichtet werden kann, weil in Hohenheim

vorhandene oder geplante zentrale Einrichtungen mitbenutzt werden können, soll die Fachhochschule nach Hohenheim verlegt werden, wenn die gegenwärtig laufenden Untersuchungen dies bestätigen. Der für die Stadt Nürtingen durch die Verlegung zu erwartende Verlust erscheint vertretbar, da Nürtingen als aufstrebende Stadt im Vorfeld von Stuttgart ohnehin in rascher Entwicklung begriffen ist und im übrigen Bildungsbereich, insbes. im beruflichen Schulwesen bis 1980 weiterhin eine starke Konzentration von gymnasialen Einrichtungen erfährt.

2.2 Die Fachhochschule Sigmaringen (Haushalts-, Ernährungs- und Bekleidungstechnik), die schon bisher Mitglied der Regionalkommission Stuttgart ist, ist zu klein, als daß sie als selbständige Einrichtung in Sigmaringen erhalten bleiben könnte. Auch der Standort, der für die bei ihrer Gründung als Höhere Fachschule konzipierte heutige Fachhochschule ^{/noch} geeignet war, befriedigt als Standort für eine Hochschuleinrichtung nicht mehr. Da die Fachhochschule bislang nur behelfsmäßig untergebracht ist, wäre in Sigmaringen ein Neubau notwendig. Um aber eine örtliche und fachliche Isolierung zu vermeiden und den Ausbau entsprechend den an eine Fachhochschule zu stellenden Ansprüchen zu ermöglichen, soll sie dahin verlegt werden, wo sie sich aufgrund fachlicher Verbindungen und örtlicher Nachbarschaft zu anderen Hochschuleinrichtungen am besten entwickeln kann. Dafür kommen drei Alternativen in Betracht:

- Verlegung der Abteilung Haushalt- und Ernährungstechnik nach Hohenheim, der Abteilung Bekleidungstechnik nach Reutlingen;
- Verlegung insgesamt nach Weingarten;
- Verlegung insgesamt nach Reutlingen.

Die außerdem diskutierte Verlegung in den Raum Villingen-Schwenningen scheidet aus, weil dort zu geringe fachliche Anknüpfungspunkte bestehen. Die zuvor genannten drei Alternativen werden gegenwärtig insbesondere unter den Aspekten der strukturellen Verflechtung und der Kosten geprüft. Als Ausgleich für den durch die Verlegung der Fachhochschule betroffenen strukturchwachen Raum Sigmaringen wird angestrebt, im Akademieberreich eine vergleichbare Einrichtung in Sigmaringen aufzubauen.

- 2.3 Die Fachhochschule für Bauwesen liegt heute in unmittelbarer Nähe der Hochhäuser K 1 und K 2 der Universität. Der vorhandene Bau ist zu klein, um die steigenden Studentenzahlen aufzunehmen. Die zur Abhilfe notwendigen Baumaßnahmen sind gemeinsam mit den entsprechenden Fachrichtungen der Universität zu planen.

Die außerdem diskutierte Verlegung in den Raum Villingen-Schwenningen scheidet aus, weil dort zu geringe fachliche Anknüpfungspunkte bestehen. Die zuvor genannten drei Alternativen werden gegenwärtig insbesondere unter den Aspekten der strukturellen Verflechtung und der Kosten geprüft. Als Ausgleich für den durch die Verlegung der Fachhochschule betroffenen strukturchwachen Raum Sigmaringen wird angestrebt, im Akademiebereich eine vergleichbare Einrichtung in Sigmaringen aufzubauen.

Mit der fortschreitenden Umsiedlung der ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen der Universität Stuttgart aus dem Stadtzentrum nach Stuttgart-Vaihingen soll auf längere Sicht auch die Fachhochschule für Bauwesen zusammen mit den entsprechenden Disziplinen der Universität nach Stgt.-Vaihingen verlegt und der Neubau dort errichtet werden.

Tabelle 1:

Hochschuleinrichtung	Studenten WS 70/71	Lehrpersonel 1970
Universität Stuttgart	7 976	1051
Hochschule f. Musik	479	55
Akad. f. bild. Kunst	784	80
PH Ludwigsburg	2 280	137
PH Esslingen	1 261	76
BPH Stuttgart	558	26
Seminar f. StudRef. Stuttgart I	177	40
Seminar f. StudRef. Stuttgart II	161	
Seminar f. StudRef. Esslingen	189	17
Sem. f. StuRef. an berufl. Schulen Stgt.	195	7
FHS Stuttgart (Bau)	858	76
FHS Stuttgart (Druck)	261	20
FHS Esslingen	1 169	98
FHS Stuttgart (Bibliothekswesen)	219	12
FHS Stuttgart (Sozialwesen)	139	8
Höhere Verw. Fachsch. Stuttgart	.	.
Universität Hohenheim	1 465	277
FHS Nürtingen	267	25
FHS Sigmaringen	73	14

Tabelle 2:

Übersicht über die in der Region
vertretenen Studienfächer

88

Stuttgart

Fächergruppen Ebenen	Institutionen	Uni	Hochsch.	Kunst	PH	PH	BPH	Sem.f.	Sem.f.	Seminarf.	Sem.f.
		Stgt. I	Musik Stgt.	Phil. Stgt.	Landwirts- Kung.	Ess- Lingen	Stgt.	Stud.ref. Stgt. I	Stud.ref. Stgt. II	Stud.ref. Esslingen	Stud.ref. Landwirts- Schule Stgt.
Kulturwissenschaften	Evangel. Theologie				x	x	x	x	x		
	Kath. Theologie				x	x	x	x	x		
	Philosophie				x	x					
	Sprach- u. Literaturwiss.	x			x	x	x	x	x	x	x
	Geschichte	x			x	x		x	x	x	x
	Archäologie										
	Volks- u. Völkerkunde										
Sozialwissenschaften	Kunst	x ²⁾	x	x	x ³⁾	x ³⁾		x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾	
	Musik				x ³⁾	x ³⁾		x ³⁾	x ³⁾		
	Leibeserziehung				x	x		x	x	x	
	Publizistik/Lehre										
	Rechtswissenschaft										
	Wirtschaftswiss.	x					x				x
	Politik/Soziologie	x			x	x	x	x	x	x	x
Medizin	Psychologie/Pädagogik	x			x	x		x	x	x	x
	Schulrecht										x
Naturwissenschaften	Humanmedizin										
	Zahnmedizin										
	Mathematik	x			x	x	x	x	x	x	x
	Informatik	x									
	Physik	x			x	x	x	x	x	x	x
	Chemie/Biochemie	x			x	x	x	x	x	x	x
	Biol./Botanik/Zoologie	x			x	x	x	x	x	x	x
	Geographie/Geologie	x			x	x		x	x	x	
	Pharmazie										
	Land- u. Forstw., Ernährungswiss.						x				x
Ingenieurwissenschaften	Haushaltswiss.						x				
	Elektrotechnik	x									x
	Maschinenbau	x									x
	Bauwesen	x									x
	Textil- u. Hauswirtschaftstechnik, Werken					x					
	Feinwerktechnik										
	<u>Luftfahrttechnik</u>	x									x

1) verwandte Fächer werden zusammengefaßt

2) Kunstgeschichte

3) Kunst- bzw. Musikerziehung

Tab. 1
Fortsetzung

Übersicht über die im Raum Stuttgart
vertretenen Studiengänge

Institutionen Studienrichtungen		FHS Stgt. (Bau)	FHS Stgt. (Druck)	FHS Essl.	FHS Stgt. (Richt. Soz. u. Hum.)	FHS Stgt. (Soz. u. Hum.)	Hohe Schule Stgt.	Uni Stuttgart	FHS Nürtingen	FHS Sigmaringen
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Evangel. Theologie									
	Kath. Theologie									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Philosophie									
	Sprach- u. Literaturwiss.									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Geschichte									
	Archäologie									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Volks- u. Völkerkunde									
	Kunst									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Musik									
	Leibeserziehung									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Bildungslehre				x					
	Rechtswissenschaft		x				x		x	
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Wirtschaftswiss.						x			
	Politik/Soziologie					x				
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Psychologie/Pädagogik					x				
	Humanmedizin									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Zahnmedizin									
	Mathematik	x								
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Informatik									
	Physik									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Chemie/Biochemie							x		
	Biol./Botanik/Zoologie									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Geographie/Geologie									
	Pharmazie									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Land- u. Forstw., Ernähr.							x	x	x
	hauswirtschaftl.							x		
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Elektrotechnik			x						
	Maschinenbau		x	x						
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Bauwesen	x								
	Textil- u. Hauswirt- schaftstechnik, Werken									
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Feinwerktechnik			x						
	Botanik/Lebenslehre									x
Allgemein wissenschaftliche Studienrichtungen	Luftfahrttechnik									
	Elektrotechnik		x							

1) verwandte Fächer werden zusammengefaßt

3. Fachliche Gliederung und strukturelle Entwicklung

Der Raum Stuttgart liegt, vor allem was die Zahl der Einrichtungen, aber auch die Zahl der Studierenden anbetrifft, an der Spitze aller Gesamthochschulregionen des Landes. Im Wintersemester 1970/71 waren 17.791 Studierende an den 15 Hochschuleinrichtungen immatrikuliert, die nach dem derzeitigen Stand der Gesamthochschulregion Stuttgart und Stuttgart-Hohenheim zugeordnet sind. Von den insgesamt 15 Hochschuleinrichtungen hatten aber allein 10 weniger als 1.000 und allein 7 weniger als 500 Studierende. Das Studienangebot im Raum Stuttgart ist vor allem durch 3 Faktoren geprägt:

- das große und breit gespannte ingenieurwissenschaftliche Angebot sowohl in den 3jährigen als auch in den 4- bis 5-jährigen Studiengängen;
- das weitgehend auf die Päd. Hochschulen konzentrierte, in den Universitäten jedoch verhältnismäßig schwache kulturwissenschaftliche Angebot, vor allem auf dem Gebiet der Lehrerbildung;
- das Angebot von besonders spezialisierten, für das ganze Land bedeutsamen Einrichtungen, wie etwa die Berufspädagogische Hochschule, die Fachhochschule für Druck und das Süddeutsche Bibliothekarlehrinstitut.

Bei der Weiterentwicklung der zum Stuttgarter Raum gehörenden Hochschuleinrichtungen ist vor allem das stark expandierende Abiturienten- und Studentenaufkommen im Einzugsbereich zu berücksichtigen. Dabei spielt sowohl die Bevölkerungsentwicklung eine Rolle als auch der Ausbau der Gymnasien, Realschulen und Berufl. Gymnasien. In den bisherigen Landkreisen Leonberg und Böblingen nahm die Bevölkerung zwischen 1961 und 1970 um mehr als 30 % zu. Damit standen diese beiden Landkreise an der Spitze aller Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs. Mit einem Bevölkerungswachstum von 20 bis 30 % gehörten die bisherigen Landkreise Vaihingen, Ludwigsburg, Backnang, Waiblingen, Esslingen und Nürtingen ebenfalls zur Spitzengruppe des Landes. Nach den Ausbauvorstellungen der Schulentwicklungspläne für das allgemeinbildende und das berufliche Schulwesen ergibt sich unter Berücksichtigung der Planziele der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung

(unterer Bandbreitenwert) bis zum Jahre 1985 voraussichtlich folgende Entwicklung der Abiturientenzahlen in den neuen Großkreisen um Stuttgart:

Stadtkreis/Landkreis	1970	1985
Stuttgart	1.669	2.400
Esslingen	469	1.850
Ludwigsburg	520	1.900
Rems-Murr-Kreis	302	1.500
Böblingen	270	1.450
Calw	134	500

Bis die Fachhochschule Heilbronn durch Vergrößerung und Erweiterung des Fächerangebots zur Gesamthochschule weiterentwickelt werden kann, werden auch der Stadt- und Landkreis Heilbronn, der Hohenlohe-Kreis und der Kreis Schwäbisch Hall teilweise zum Einzugsgebiet der Stuttgarter Hochschulen zu rechnen sein. Für diese Großkreise sieht die voraussichtliche Abiturientenentwicklung wie folgt aus:

Heilbronn Stadt	316	500
Heilbronn Land	116	1.100
Schwäbisch Hall	206	600
Hohenlohe-Kreis	79	400

Das regionale Studentenaufkommen der Gesamthochschulregion Stuttgart wird vom Arbeitskreis für Bedarfsbemessung nach dem vom Kultusministerium aufgrund der Abiturientenentwicklung berechneten Hochschulzugang auf r. 33.000 deutsche Studierende im Jahre 1980 und auf rd. 38.000 deutsche Studierende im Jahre 1985 geschätzt. Dabei ist das im künftigen Einzugsbereich von Heilbronn liegende Studentenaufkommen noch nicht einbezogen. Wenn die Fachhochschule Heilbronn nicht stark weiterentwickelt werden könnte, würde sich der Stuttgarter Einzugsbereich so vergrößern, daß voraussichtlich mit einem Studentenaufkommen von rd. 39.000 deutschen Studierenden im Jahre 1985 zu rechnen wäre. Hieraus wird besonders deutlich, daß es schon im Interesse einer Entlastung des Stuttgarter Raumes notwendig ist, Heilbronn künftig zu einem attraktiven und voll ausgebauten Hochschulstandort weiter zu entwickeln.

Die Universität Stuttgart liegt hinsichtlich der regionalen Versorgungsfunktion an der Spitze aller Universitäten des Landes. Im Wintersemester 1970/71 stammten von den 7.321 deutschen Studierenden nur 818 oder 11,1 % aus anderen Bundesländern. Auf der anderen Seite ist die relativ starke Stellung in der Regionalversorgung auch ein gewisser Ausdruck für die Unterversorgung des Stuttgarter Raums mit universitären Einrichtungen im Vergleich zu anderen Ballungsgebieten des Landes. Die Gesamtentwicklung im Stuttgarter Raum sollte sich weitgehend an den Erfordernissen der Regionalversorgung orientieren, wobei in überregionaler Sicht entsprechend der bisherigen Entwicklung aber ein Wanderungsdefizit als ein Wanderungsüberschuß angenommen werden darf. Unter weitgehender Berücksichtigung des voraussichtlichen regionalen Studentenaufkommens sowie im Hinblick auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Ausbaus der einzelnen Einrichtungen im Zusammenhang mit der Deckung des Landesbedarfs an Studienplätzen in den einzelnen Fächergruppen zeichnet sich etwa folgende Gesamtentwicklung im Stuttgarter Raum ab:

Studierende	1975	1980	1985
WS 1970/71			
17.791	27.500	31.800	36.800

Die aus investitionspolitischen Gründen erforderliche Schwerpunktbildung bei den 4- bis 5jährigen Studiengängen in Karlsruhe und Stuttgart macht eine besond. starke Entwicklung der Ingenieurwissenschaften an der Universität Stuttgart erforderlich, um den Landesbedarf zu decken. Die vorgesehene Erweiterung auf 8.000 Studierende bedeutet im Vergleich zu den 4.164 Studierenden im Wintersemester 1970/71 eine Verdoppelung. Zur Deckung des Landesbedarfs und vor allem des Bedarfs im industriellen Ballungszentrum Stuttgart wird auch ein Ausbau der 3jährigen ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge für erforderlich gehalten. Durch eine Entwicklung der Fachhochschule für Bauwesen auf 2 000 Studierende könnten im Vergleich zum Wintersemester 1970/71 zusätzlich rd. 1 150 Studierende ausgebildet werden.

Die Universität Stuttgart liegt hinsichtlich der regionalen Versorgungsfunktion an der Spitze aller Universitäten des Landes. Im Wintersemester 1970/71 stammten von den 7.321 deutschen Studierenden nur 818 oder 11,1 % aus anderen Bundesländern. Auf der anderen Seite ist die relativ starke Stellung in der Regionalversorgung auch ein gewisser Ausdruck für die Unterversorgung des Stuttgarter Raums mit universitären Einrichtungen im Vergleich zu anderen Ballungsgebieten des Landes. Die Gesamtentwicklung im Stuttgarter Raum sollte sich weitgehend an den Erfordernissen der Regionalversorgung orientieren, wobei in überregionaler Sicht entsprechend der bisherigen Entwicklung aber ein Wanderungsdefizit als ein Wanderungsüberschuß angenommen werden darf. Unter weitgehender Berücksichtigung des voraussichtlichen regionalen Studentenaufkommens sowie im Hinblick auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Ausbaus der einzelnen Einrichtungen im Zusammenhang mit der Deckung des Landesbedarfs an Studienplätzen in den einzelnen Fächergruppen zeichnet sich etwa folgende Gesamtentwicklung im Stuttgarter Raum ab:

Studierende WS 1970/71	1975	1980	1985
17.791	27.500	31.800	36.800

Die aus investitionspolitischen Gründen erforderliche Schwerpunktbildung bei den 4- bis 5jährigen Studiengängen in Karlsruhe und Stuttgart macht eine besond. starke Entwicklung der Ingenieurwissenschaften an der Universität Stuttgart erforderlich, um den Landesbedarf zu decken. Die vorgesehene Erweiterung auf 8.000 Studierende bedeutet im Vergleich zu den 4.164 Studierenden im Wintersemester 1970/71 eine Verdoppelung. Zur Deckung des Landesbedarfs und vor allem des Bedarfs im industriellen Ballungszentrum Stuttgart wird auch ein Ausbau der 3jährigen ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge für erforderlich gehalten. Im Interesse einer engen Kooperation mit der Universität Stuttgart kommt hier insbesondere auf längere Sicht eine Erweiterung der Fachhochschule für Bauwesen durch eine Verlegung nach Stuttgart-Vaihingen in Betracht. Durch eine Entwicklung auf 2.000 Studierende könnten im Vergleich zum Wintersemester 1970/71 zusätzlich rd. 1.150 Studierende ausgebildet werden.

Unter Berücksichtigung der Berufspädagogischen Hochschule (etwa 700 Studienplätze im ingenieurwissenschaftlichen Bereich für die Lehrerbildung) sowie der Fachhochschule für Druck ⁵⁰⁰ (Studienplätze) sind bis zum Jahre 1985 im Stuttgarter Raum insgesamt 14.200 Studierende der Ingenieurwissenschaften zu erwarten. Im Vergleich zu den 6.805 Studierenden im Wintersemester 1970/71 würde sich damit die Ausbildungszahl mehr als verdoppeln.

Auch die naturwissenschaftlichen Fächer sollten in allen Einrichtungen, in denen sie schon heute vertreten sind, entsprechend dem großen Landesbedarf und zur Sicherung eines ausreichenden Studienangebots im Großraum Stuttgart weiterentwickelt werden. So sollen durch Neubaumaßnahmen an der Universität Stuttgart bereits bis zum Jahre 1975 3.500 Studienplätze bereitstehen. Bis zum Jahre 1985 ¹⁵⁰ (nochmals eine Steigerung auf insgesamt 4.000 Studienplätze wünschenswert. Im Vergleich zu den 2.363 Studierenden im Wintersemester 1970/71 könnten somit langfristig rd. 1.600 Studenten mehr ausgebildet werden.

Auch an der Universität Hohenheim, wo im Wintersemester 1970/71 1.354 Studierende in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern (einschl. Landwirtschaft) immatrikuliert waren, wäre bis zum Jahre 1985 eine Erweiterung auf 2.700 Studienplätze anzustreben. Unter Berücksichtigung der Fachhochschule Nürtingen könnten insgesamt 3.000 Studierende an der Universität Hohenheim im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer einschl. der Landwirtschaft unterkommen.

W. G. L. / L. / BPH
Zusammen mit den Einrichtungen der Lehrerbildung (Päd. Hochschule Esslingen, Berufspädagogische Hochschule sowie Päd. Hochschule Ludwigsburg) sollte sich das Angebot in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern im Raum Stuttgart bis 1985 auf 9.900 Studienplätze im Vergleich zu 5.104 Studierenden im Wintersemester 1970/71 erhöhen. Damit würde die Zahl der Studierenden in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern ebenfalls rund verdoppelt.

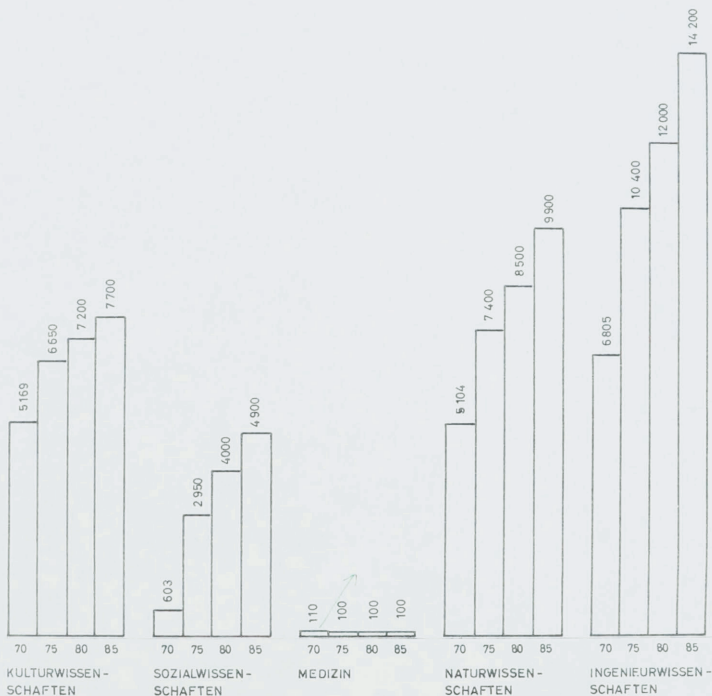
Besonders gravierend ist die bisherige Unterversorgung des Stuttgarter Raumes im Bereich der Sozialwissenschaften. Hier waren im Wintersemester 1970/71 insgesamt nur 603 Studenten immatrikuliert, davon 419 an der Universität Stuttgart. Zur Behebung dieser Unterversorgung ist bei den Sozialwissenschaften die relativ größte Zunahme erforderlich. Sowohl an der Universität Stuttgart als auch im gesamten Stuttgarter Raum sollte die Zahl der Studierenden wesentlich erhöht werden. Bei der Universität Stuttgart würde dies einen Ausbau auf etwa 2.000 Studienplätze bedeuten, wobei der derzeitige, nicht voll ausgebaute Studiengang bis zum Abschluß des 4- bis 5-jährigen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengangs geführt werden sollte. Ferner ist vorgesehen, den an der Fachhochschule Nürtingen bereits eingerichteten 3jährigen Studiengang für Betriebswirtschaftslehre (45 Studierende im Wintersemester 1970/71) weiterzuentwickeln. Schon aus Gründen der Betriebsgröße ist bis zum Jahre 1985 eine Steigerung auf 600 Studierende vorgesehen. Der Ausbau ist hier ebenso wie bei der Fachhochschule für Sozialberufe (800 Studierende bis 1985) und bei der Staatl. Höheren Verwaltungsfachschule (1.500 Studierende bis 1985) sehr stark von der weiteren Entwicklung des Bedarfs abhängig. Bei der Staatl. Höheren Verwaltungsfachschule in Stuttgart, die trotz des Neubaus bereits ^{jetzt} auf Kapazitätsgrenzen stößt, ist vor allem von Belang, für welche öffentliche Bereiche neben dem gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienst die Ausbildung übernommen wird. Ferner hängt die Entscheidung über den Ausbau bei der Fachhochschule für Sozialberufe und bei der Staatl. Höheren Verwaltungsfachschule von der vorgesehenen Schwerpunktbildung in Mannheim und Stuttgart bzw. Kehl und Stuttgart ab.

Bei der Weiterentwicklung der Kulturwissenschaften ist auf der einen Seite die bisherige regionale Unterversorgung im Stuttgarter Raum vor allem mit 4- bis 5jährigen Studiengängen zu berücksichtigen, auf der anderen Seite ist aber auch den zurückhaltenden Ausbauvorstellungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und des Planungsausschusses nach dem Hochschulbauförderungsgesetz auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen. Dementsprechend ist vorgesehen, an der Universität Stuttgart die Zahl der 4- bis 5jährigen Studienplätze bis auf 2.000 im Jahre 1985 zu erhöhen. Im Vergleich zu den 1.030 Studierenden im

Wintersemester 1970/71 bedeutet dies eine Verdoppelung. Demgegenüber würde jedoch der Gesamtausbau im Raume Stuttgart in Grenzen gehalten. Bis zum Jahre 1985 wäre hier eine Erweiterung auf 7.700 Studienplätze bei rd. 5.200 Studierenden im Wintersemester 1970/71 wünschenswert.

Bei den einzelnen Fächergruppen und Institutionen sollte sich die Zahl der Studierenden an den Standorten der jetzigen Universität Stuttgart auf 16.000 bis zum Jahre 1985 erhöhen. Aus der vorläufigen Sicht der derzeitigen Institutionen würde damit die Universität Stuttgart in die Größenordnungen von Heidelberg und Tübingen hineinwachsen. Zusammen mit der Universität Hohenheim werden somit Studienplätze geschaffen, daß die 4- bis 6jährigen Studiengänge im Raume Stuttgart angemessen vertreten wären. Hinsichtlich der Lehrerbildung im Bereich der Päd. Hochschule sollte die Zahl der Studienplätze an der Berufspädagogischen Hochschule und der Päd. Hochschule Esslingen bis an die Kapazitätsgrenze, nämlich 2.800 Studienplätze ausgebaut werden. Bei der Päd. Hochschule Ludwigsburg käme eine Steigerung bis auf 4.500 Studierende im Jahre 1985 in Betracht. Die Päd. Hochschule Ludwigsburg lag bereits im Wintersemester 1970/71 mit 2.280 Studierenden an der Spitze aller Einrichtungen im Bereich der Päd. Hochschulen. Zusammen sollten an den Päd. Hochschulen und der Berufspädagogischen Hochschule im Raume Stuttgart 7.300 Studierende bis 1985 unterkommen. In Verbindung mit dem Ausbau der Päd. Hochschulen in den übrigen Hochschulregionen des Landes könnte damit der Bedarf an Lehrern langfristig ohne weiteres befriedigt werden, so daß über diese Ausbildungszahlen im Stuttgarter Raum nicht hinausgegangen werden sollte.

Graphik 6 : Entwicklung der Zahl der Studierenden in der
Gesamthochschulregion Stuttgart mit Stgt.Hohenheim
nach Fächergruppen aufgrund der Planung von 1970 bis 1985



Die Entwicklung der Fächerstruktur im gesamten Stuttgarter Raum ist nach den jetzigen Vorstellungen in Graphik 6 für die einzelnen Eckjahre von 1970 bis 1985 zusammenfassend dargestellt. Die Entwicklung der einzelnen Institutionen ist im Überblick aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen (vgl. auch Anhangtabelle 4 a):

Institutionen	Studierende WS 1970/71	1975	1980	1985
Universität Stuttgart	7.976	14.000	14.500	16.000
Universität Hohenheim	1.465	2.000	2.100	2.800 ✓
Päd.Hochschule Esslingen	1.261	2.400	2.800	2.800 ✓
Berufspäd.Hochschule Stgt.(ap.BS) 560				
Päd.Hochsch.Ludwigsburg	2.280	3.000	4.000	4.500
Staatl.Hochsch.f.Mus.Stgt.	479	600	600	600
Akad.d.bild.Künste Stgt.	784	900	1.000	1.000
Fachhochsch.(Bauwesen)Stgt.	858	1.000	2.000	2.000
Fachhochsch.(Druck)Stgt.	261	500	500	500
Fachhochsch. Esslingen	1.169	1.200	1.500	3.000
Fachhochschule Nürtingen	267	250	700	900 ✓
Fachhochschule Sigmaringen	73	300	.	. ✓
Fachhochsch.(Soz.Wesen)Stgt.	139	200	800	800
Fachhochsch.(Biblioth.Wes.)Stgt.	219	250	300	400
Staatl.Höh.Verw.Fachsch.Stgt.	.	900	1.000	1.500
Insgesamt	17.791	27.500	31.800	36.800

Durch die starke Expansion der Hochschuleinrichtungen im Stuttgarter Raum auf insgesamt rd. 37.000 Studierende bis zum Jahre 1985 ist eine organisatorische Zusammenfassung zu einer Gesamthochschulregion nicht zweckmäßig. Wenn man davon ausgeht, daß das organisatorische Optimum einer Gesamthochschule zwischen 10.000 und 20.000 Studierenden liegen dürfte, käme eine Aufteilung der Hochschuleinrichtungen im Raume Stuttgart auf 2 oder 3 Gesamthochschulregionen in Frage.

Für die strukturelle Studienreform zeichnen sich in erster Linie auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften Ansätze zur Entwicklung neuer Studienmodelle ab; insofern kann auf die im Bericht der Regionalkommission Stuttgart aufgeführten Beispiele verwiesen werden. Als weiterer Ansatzpunkt hat die Lehrerbildung zu gelten, an der insb. beide Universitäten, 3 Pädagogische Hochschulen und 4 Seminare für Studienreferendare mitwirken. Auf dieser breiten Basis sind gute Voraussetzungen für neue Formen der Lehrerbildung gegeben. Sie ist ein entscheidender Faktor für die weitere regionale Gliederung der Hochschuleinrichtungen im Raum Stuttgart.

4. Organisation

Die Organisation von Gesamthochschulen im Raum Stuttgart wird wegen der großen Zahl und Vielfalt der zusammenzuführenden Einrichtungen und wegen der großen Studentenzahl vor ungewöhnlichen Schwierigkeiten stehen. Nähere Aussagen darüber sind erst dann möglich, wenn die Zahl der Gesamthochschulregionen und die Zuordnung der vorhandenen Einrichtungen zu ihnen festgelegt sind. Es ist jedoch zu erwarten, daß diese Schwierigkeiten eher zu bewältigen sind, wenn nicht nur zwei, sondern drei Gesamthochschulregionen gebildet werden. Unabhängig davon ist aber schon jetzt zu erkennen, daß die Gesamthochschulregionen im Raum Stuttgart die sie gemeinsam berührenden Fragen, die zunächst vor allem in der Zuordnung einzelner Einrichtungen zu den Gesamthochschulregionen liegen werden, rasch und wirksam untereinander klären können. Dafür ist der institutionelle Rahmen eines gemeinsamen beratenden Gremiums zu schaffen, wie es auch von der Regionalkommission Stuttgart empfohlen wird. Es ist jedoch fraglich, ob die vereinigten Regionalkommissionen des Raumes Stuttgart dafür geeignet sind, da die Zahl der Mitglieder für eine dauerhafte und wirksame Arbeit zu groß ist; es erscheint vielmehr zweckmäßiger, aus den beteiligten Regionalkommissionen einen kleinen ständigen Koordinierungsausschuß zu bilden, der jedoch zu bestimmten Einzelfragen Sachverständige hinzuziehen kann, soweit nicht die Vorlagen für den Koordinierungsausschuß aus den Regionalkommissionen sachverständig vorbereitet werden können.

5. Zusammenfassung

5.1 Folgende Entscheidungen werden empfohlen:

- Im Raum Stuttgart werden zunächst 2 Gesamthochschulregionen gebildet.
- Die Universität Hohenheim und die Fachhochschulen Nürtingen und Sigmaringen bilden eine Gesamthochschulregion Stuttgart-Hohenheim, die ggf. zu erweitern ist. *Sigmaringen*
- Die übrigen Hochschuleinrichtungen bleiben vorläufig in einer Gesamthochschulregion; es ist zu prüfen, wie eine weitere Teilung dieser Gesamthochschulregion und ^{ggf.} eine Erweiterung der Gesamthochschulregion Stuttgart-Hohenheim eine zweckmäßigere Gliederung der Hochschuleinrichtungen dieses Raumes bewirken könnten.
- Die Gesamthochschulregionen im Raum Stuttgart werden durch ein gemeinsames Koordinierungsgremium organisatorisch verbunden.
- Die Fachhochschule Nürtingen wird nach Stuttgart-Hohenheim verlegt, sofern die laufenden Untersuchungen ergeben, daß ein Neubau dort rationeller zu errichten ist als in Nürtingen.
- Die Fachhochschule Sigmaringen wird verlegt. Der neue Standort ist insbesondere nach den Gesichtspunkten fachlicher Verbindungen und der Wirtschaftlichkeit zu bestimmen.

Überlegung zu Fachhochschulen: Hohenheim / NT / Sigmaringen / BPH

- 5.2 Die strukturelle Entwicklung findet vor allem auf den Gebieten der Lehrerbildung und der Ausbildung von Ingenieuren Ansatzpunkte für Reformmaßnahmen. Die Organisation muß zunächst offen bleiben, bis wenigstens die Ziele der zu bildenden Gesamthochschulregion und deren Zusammensetzung geklärt sind. Davon sind auch die Entscheidungen über den quantitativen Ausbau der Fächergruppen an den einzelnen Standorten abhängig.

2.7 Gesamthochschulregion Tübingen

1. Zusammensetzung

Der Gesamthochschulregion Tübingen sollen angehören:

die Universität Tübingen
 das Seminar für Studienreferendare Tübingen
 die Päd. Hochschule Reutlingen
 die Fachhochschule Reutlingen
 das Seminar für Studienreferendare Rottweil.
 die Staatl. Hochschule für Musikerziehung Trossingen
 die Fachhochschule Furtwangen

Den Kernbestand der Gesamthochschulregion Tübingen bilden neben der Universität Tübingen die Päd. Hochschule Reutlingen und das Seminar für Studienreferendare Tübingen, die zur Universität günstig gelegen sind.

Hinzu tritt ferner in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Regionalkommissionen Stuttgart und Tübingen die Fachhochschule Reutlingen, deren Schwerpunkt auf dem Gebiet der Textiltechnik liegt. Sie findet zwar fachlich bis jetzt noch wenig Entsprechung in der Gesamthochschulregion Tübingen. Es ist jedoch abzusehen, daß sich die fachlichen Beziehungen zur Universität Tübingen mit dem Ausbau der Fachhochschule verstärken können. Die Zuordnung zur Region Stuttgart, zu der zunächst die stärkeren fachlichen Beziehungen bestehen, kommt nicht in Betracht, da die Gesamthochschulregion Stuttgart wegen der großen Zahl von Einrichtungen vor kaum lösbarer organisatorischen Problemen steht, die durch die Zuordnung benachbarter Hochschuleinrichtungen zu den umliegenden Gesamthochschulregionen gemildert werden sollten. Außerdem ist Tübingen vor allem mit öffentlichen Verkehrsmitteln viel schneller erreichbar als Stuttgart, insbesondere Stuttgart-Vaihingen, wo künftig die meisten für eine Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Reutlingen bedeutsamen Institute der Universität Stuttgart liegen würden. Schließlich sollte die Fachhochschule Reutlingen nicht ohne

Not über die Grenze des Regionalverbandes Neckar-Alb hinweg der Gesamthochschulregion Stuttgart zugeordnet werden.

Das Seminar für Studienreferendare Rottweil ist für die schulpraktische Ausbildung in der Gesamthochschulregion Tübingen, deren Einzugsbereich von Tübingen weit nach Süden reicht, unentbehrlich zur Erschließung genügender Ausbildungsschulen. Geographisch liegt es etwa im Mittelpunkt des Dreiecks Freiburg-Konstanz-Tübingen und ist von Tübingen aus erheblich besser zu erreichen als von Freiburg. Eine Zuordnung zur Gesamthochschulregion Freiburg ist daher nicht zweckmäßig. Der Gesamthochschulregion Bodensee-Oberschwaben sollte das Studienseminar Rottweil nicht zugeordnet werden, da für diese Gesamthochschulregion die schulpraktische Phase der Ausbildung von S_2 -Lehrern am besten im Anschluß an die der Päd. Hochschule Weingarten künftig etwa zu übertragende schulpraktische Ausbildung von P- und S_1 -Lehrern gleichfalls dort zu konzentrieren wäre. Da im Gebiet des Regionalverbandes Schwarzwald-Baar-Heuberg keine Universität als Kern einer eigenen Gesamthochschule besteht und bis auf weiteres auch nicht errichtet werden kann, muß die Zuordnung des Studienseminars Rottweil in jedem Fall über die Grenzen des Regionalverbandes hinaus gehen. Unter diesen Umständen wird das Seminar für Studienreferendare Rottweil entsprechend dem Vorschlag der Regionalkommission Freiburg und Tübingen der Gesamthochschulregion Tübingen zugeordnet.

Die Staatliche Hochschule für Musikerziehung Trossingen ergänzt das Lehrangebot der Gesamthochschulregion Tübingen auf dem musischen Gebiet vor allem für die Lehrerbildung in glücklicher Weise. Die Gesamthochschulregion Freiburg bedarf demgegenüber keiner solchen Ergänzung, da zu ihr schon die Staatliche Hochschule für Musik Freiburg gehört. In der Gesamthochschulregion Bodensee-Oberschwaben

bestehen bereits Ausbildungsmöglichkeiten für musische Fächer im Rahmen der Lehrerbildung in Weingarten, die bei Bedarf auszubauen wären und eine weitere musische Ausbildungsstätte in dieser Gesamthochschulregion entbehrlich machen. Die Staatliche Hochschule für Musikerziehung Trossingen ist daher gleichfalls der Gesamthochschulregion Tübingen zuzuordnen; die Vorschläge der Regionalkommissionen Freiburg und Tübingen stimmen damit überein.

Die Fachhochschule Furtwangen (Schwerpunkte: Feinwerktechnik, Elektronik, Informatik) ist die 3. bestehende Hochschuleinrichtung im Gebiet des Regionalverbandes Schwarzwald-Baar-Heuberg, dessen Schwerpunkt die Stadt Villingen-Schwenningen bildet. Die FHS Furtwangen ist im Hinblick darauf, daß eine jetzt allerdings noch nicht erkennbare Möglichkeit zum Aufbau einer eigenständigen Gesamthochschule im Raum Villingen-Schwenningen, welche an die vorhandenen Hochschuleinrichtungen anknüpft, nicht erschwert werden sollte, zusammen mit dem Seminar für Studienreferendare Rottweil und der Staatl. Hochschule für Musikerziehung Trossingen der Gesamthochschulregion Tübingen zuzuordnen. Daß die Verkehrsverbindungen nach Tübingen und Reutlingen nicht so gut wie diejenigen nach Freiburg sind, fällt nicht entscheidend ins Gewicht, da die Fachhochschule Furtwangen wegen ihrer sehr weitgehenden fachlichen Spezialisierung in jedem Fall mit anderen in Betracht kommenden Einrichtungen nur in einer sehr lockeren Weise wird zusammenarbeiten können, die keinen häufigen Verkehr zwischen den einzelnen Einrichtungen verlangt. Die Fachhochschule Furtwangen ist daher entgegen der Vorstellung der Regionalkommission Freiburg der GHS Region Tübingen zuzuordnen.

Darüber, ob der Sektor Bekleidungstechnik der Fachhochschule Sigmaringen, die bisher in der Regionalkommission Stuttgart mitwirkt, wegen der

fachlichen Verbindungen zur Fachhochschule Reutlingen dorthin verlegt und mit der Fachhochschule Reutlingen zusammengeschlossen werden soll, kann gegenwärtig noch nicht abschließend entschieden werden; zunächst sollte es daher bei der Zuordnung der Fachhochschule Sigmaringen zur Gesamthochschulregion Stuttgart-Hohenheim bewenden (vgl. Abschn. 2.6).

2. Standortfragen: Zum künftigen Standort der Fachhochschule Sigmaringen wird auf Abschn. 2.6 verwiesen. Im übrigen ergeben sich keine besonderen Standortfragen.

Tabelle 1:

HS-Einrichtungen	Studenten WS 70/71	Lehrpersonal 1970
Uni Tübingen	12 738	1067
SS Tübingen	211	29
PH Reutlingen	1 805	122
FHS Reutlingen	422	69
SS Rottweil	263	19
MHS Trossingen	177	8
FHS Furtwangen	602	51

Labelle 2:

Übersicht über die in der Region Tübingen/Reutlingen vertretenen Studienfächer¹⁾

104

Institutionen		Univ. Tübingen	SS Tübingen	PH Reutl.	FHS Reutl.	SS Rottweil	MHS Trossingen	FHS Furtwangen
Fächergruppen	Fächer							
Kulturwissenschaften	Evang. Theologie	x	x	x				
	Kath. Theologie	x	x	x		x		
	Philosophie	x		x				
	Sprach- u. Literaturwiss.	x	x	x		x		
	Geschichte	x	x	x		x		
	Archäologie	x						
	Volks- u. Volkskunde	x						
	Kunst	x	x	x				
	Musik	x	x	x			x	
	Leibeserziehung	x	x	x		x		
Sozialwissen.	Rechtswissenschaft	x						
	Wirtschaftswiss.	x			x			
	Politik/Soziologie	x	x	x		x		
	Psychologie/Pädagogik	x		x				
Medizin	Humanmedizin	x						
	Zahnmedizin	x						
Math- u. Naturwissensch.	Mathematik	x	x	x		x		
	Informatik							x
	Physik	x	x	x		x		
	Chemie/Biochemie	x	x	x	x	x		
	Bot./Botanik/Zoologie	x	x	x		x		
	Geographie/Geologie	x	x	x		x		
	Pharmazie	x						
	Land- u. Forstw., Ernähr.							
Ingenieurwissenschaften	Elektrotechnik							x
	Maschinenbau					x		
	Bauwesen							
	Textil- u. Hauswirt- schaftstechnik, Werken			x	x			
	Feinwerktechnik							x

¹⁾ verwandte Fächer wurden zusammengefaßt

3. Strukturelle Gliederung und quantitative Entwicklung

Die Gesamthochschulregion Tübingen zeichnet sich - mit Ausnahme sehr spezieller ingenieurwissenschaftlicher Fächer in Reutlingen und Furtwangen - durch ein umfassendes, die Medizin einschließendes Fächerangebot aus.

Da die Universität Tübingen z.Zt. allein über 4/5 aller Studienplätze der Gesamthochschulregion verfügt, dominieren ganz eindeutig die 4- bis 6jährigen Studiengänge, die in allen Fächergruppen mit Ausnahme der Ingenieurwissenschaften angeboten werden. Der Schwerpunkt des Fächerangebots liegt bei den Kulturwissenschaften und der Lehrerbildung. Im Wintersemester 1970/71 entfielen rd. 40 % des Fächerangebots der Gesamthochschulregion auf die Kulturwissenschaften. Trotz des breiten Fächerspektrums leidet das Zusammenwirken zwischen den Hochschuleinrichtungen aber darunter, daß sie zum Teil unverhältnismäßig weit voneinander entfernt sind. Das gilt vor allem für die Musikhochschule Trossingen und die Fachhochschule Furtwangen.

Im Gegensatz zur starken überregionalen Ausstrahlung der Universitäten im badischen Landesteil nimmt die Universität Tübingen traditionell vor allem regionale Versorgungsfunktionen für den württembergischen Raum wahr. Das zeigt sich besonders deutlich daran, daß z.Zt. rd. 75 % aller Tübinger Studenten aus Baden-Württemberg stammen. Mit diesem hohen Anteil steht Tübingen nach Stuttgart an zweiter Stelle aller Universitäten Baden-Württembergs. Im Hinblick auf den starken Ausbau der Universitäten in den Gesamthochschulregionen Stuttgart, Ulm und Konstanz dürfte sich die regionale Versorgungsfunktion der Universität Tübingen künftig mit erhöhter Intensität auf den engeren Einzugsbereich beziehen. In ~~dieser~~ Hinsicht ist beim weiteren Ausbau vor allem die regionale Abiturientenentwicklung ein wichtiger Orientierungsmaßstab.

Nach den Schulentwicklungsplänen für das allgemeinbildende und für das berufliche Schulwesen werden die Abiturientenzahlen bei einer Fortschreibung unter Berücksichtigung der Planziele der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung (unterer Bandbreitenwert) bis zum Jahre 1985 in den nächst gelegenen Großkreisen der Gesamthochschulregion Tübingen voraussichtlich wie folgt ansteigen:

Landkreis	1970	1985
Tübingen	240	600
Reutlingen	413	1.000
Zollernalbkreis	207	700
Rottweil	198	550
Freudenstadt	149	400
Böblingen	270	1.450

Das regionale Studentenaufkommen der Gesamthochschulregion Tübingen wird vom Arbeitskreis für Bedarfsbemessung nach dem vom Kultusministerium aufgrund der Abiturientenentwicklung berechneten Hochschulzugang auf rd. 19.000 deutsche Studierende im Jahre 1980 und auf rd. 22.000 deutsche Studierende im Jahre 1985 geschätzt. Aufgrund des regionalen Studentenaufkommens sollte die Gesamthochschulregion Tübingen bis 1985 wie folgt entwickelt werden:

Studierende WS 1970/71	Bedarf an Studienplätzen		
	1975	1980	1985
15.744	19.500	22.200	23.200

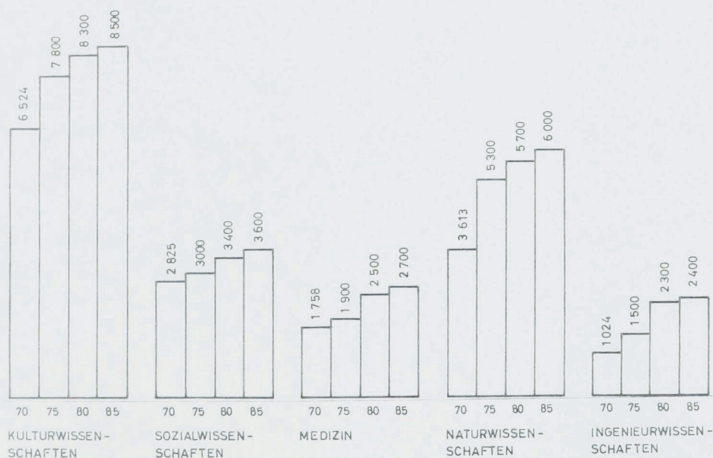
Mit 23.200 Studienplätzen im Jahre 1985 würde die Gesamthochschulregion Tübingen etwa die Größenordnung der Gesamthochschulregionen Freiburg (24.300), Karlsruhe (23.000) und Heidelberg (22.600) erreichen. Die Universität Tübingen lag im Wintersemester 1970/71 mit 12.738 Studierenden an 2. Stelle aller Hochschulen des Landes. Trotz günstiger Voraussetzungen für rein bauliche Erweiterungen kann auch im Zeitraum nach 1985 über 16.000 Studierende an der Universität Tübingen nicht gegangen werden. Diese Studentenzahl bedeutet eine Belastung der Stadt Tübingen, die bereits heute nahezu am Ende ihrer infrastrukturellen Leistungsfähigkeit steht. Das bevölkerungspolitisch ungesunde Zahlenverhältnis von Studenten zur übrigen Bevölkerung kann zudem nicht mehr viel weiter erhöht werden. Um den Bedarf an Studienplätzen in der Gesamthochschulregion zu decken, ist deshalb vorgesehen, die Universität Tübingen durch einen starken Ausbau der Päd. Hochschule Reutlingen auf dem Gebiet der Lehrerbildung zu entlasten. Mit einer Erweiterung auf 4.000 Studierende im

Jahre 1985 könnte in Reutlingen die Zahl der Lehramtsstudenten mehr als verdoppelt werden. Die Päd. Hochschule Reutlingen würde dadurch zusammen mit der Päd. Hochschule Freiburg nach der Päd. Hochschule Ludwigsburg die größte Ausbildungskapazität im Bereich der Päd. Hochschulen erreichen. Aufgrund dieses Ausbaus in Reutlingen sollte die Zahl der Studierenden der Kulturwissenschaften in Tübingen nur noch 5.700 bei 4.993 Studierenden im Wintersemester 1970/71 betragen. Im Bereich der Sozialwissenschaften (Rechts- und Wirtschaftswissenschaften), die im alten Kern der Universität untergebracht sind, stehen im Zeitraum bis 1975 3.000 Studienplätze bei 2.825 Studierenden im Wintersemester 1970/71 zur Verfügung. Darüber hinaus sollte auch aus baulichen Erwägungen nicht gegangen werden. Das Fächerangebot in den Sozialwissenschaften (Wirtschaftswissenschaften) sollte vielmehr dadurch erweitert werden, daß an der Fachhochschule Reutlingen zusätzliche Studiengänge ^{für Betriebswirtschaft} im Zeitraum bis 1980 eingerichtet werden. Um den Bedarf des Landes zu decken, wird ein Ausbau auf 600 Studienplätze im Jahre 1985 für erforderlich gehalten. Ferner ist es notwendig, die Fachhochschule Reutlingen auch im ingenieurwissenschaftlichen Bereich auf 1.400 Studienplätze im Jahre 1985 zu entwickeln, damit sie als einzige Ausbildungsstätte Baden-Württembergs auf dem Gebiet der Textilchemie, Textiltechnik und des Textilmaschinenbaus allen Ansprüchen gerecht werden kann. Ferner wird dadurch die Fachhochschule Reutlingen, an der im Wintersemester 1970/71 422 Studierende immatrikuliert waren, auf eine angemessene Betriebsgröße gebracht. Studienmöglichkeiten in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern sind - abgesehen von der Lehrerbildung an der Päd. Hochschule Reutlingen - in der Gesamthochschulregion nur an der Univ. Tübingen gegeben. Der bereits bestehende Schwerpunkt mit 3.162 Studierenden im Wintersemester 1970/71 soll bis zum Jahre 1975 auf 4.600 Studienplätze weiter ausgebaut werden.

Im Hinblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Verwaltungsregion Schwarzwald-Baar-Heuberg mit dem geplanten Oberzentrum Villingen-Schwenningen als Mittelpunkt sind die in dieser Verwaltungsregion gelegenen Hochschuleinrichtungen (Fa hhochschule Furtwangen, Hochschule für Musikerziehung Trossingen, Studienseminar Rottweil) gemeinsam einer - und zwar der Gesamthochschulregion Tübingen-zugeordnet. Dabei kann die Fachhochschule Furtwangen an ihrem jetzigen Standort auf 900 Studienplätze ^{voraussichtlich} im Jahre 1975 und auf 1.000 Studienplätze bis zum Jahre 1980 gebracht werden. Auch die Leistungsfähigkeit der übrigen Einrichtungen ist zu stärken, so daß die jetzt noch nicht absehbaren Möglichkeiten einer

späteren Weiterentwicklung zu einer eigenen Gesamthochschulregion im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung des Raumes Villingen-Schwenningen nicht verschlossen werden.

Graphik 7 : Entwicklung der Zahl der Studierenden in der Gesamthochschulregion Tübingen nach Fächergruppen aufgrund der Planung von 1970 bis 1985



Die Entwicklung der Fächerstruktur in der Gesamthochschulregion Tübingen, wie sie sich nach den skizzierten Überlegungen ergibt, ist in Graphik 7 für die einzelnen Eckjahre von 1970 bis 1985 zusammenfassend dargestellt. Die Entwicklung der einzelnen Institutionen ist im Überblick auf der nachstehenden Tabelle zu ersehen (vgl. auch Tabelle 4 a):

Institutionen	Studierende			
	WS 1970/71	1975	1980	1985
Univ. Tübingen	12.738	15.200	15.800	16.000
Päd. Hochschule Reutl.	1.805	2.600	3.500	4.000
Musikhochsch. Trossingen	177	200	200	200
Fachhochsch. Reutlingen	422	600	1.700	2.000
Fachhochsch. Furtwangen	602	900	1.000	1.000
insgesamt	15.744	19.500	22.200	23.200

Für das Zusammenwirken zwischen der Universität Tübingen und der Päd. Hochschule Reutlingen ist mit der gemeinsamen Diplomprüfungsordnung für das Fach Pädagogik eine erste Grundlage geschaffen worden. Es ist zu erwarten, daß diese Zusammenarbeit über das Fach Pädagogik hinaus auf die gesamte Lehrerbildung ausgedehnt und daß vor allem die Studienseminare in Tübingen und Rottweil mit einbezogen werden können. Neben der Lehrerbildung erscheinen im Verlauf des weiteren Ausbaus der Fachhochschule Reutlingen weitere Möglichkeiten engerer Zusammenarbeit mit der Universität Tübingen, wo aber auch traditionelle Bindungen zur Textilchemie der Universität bestehen, gegeben. Das gilt vor allem für das Gebiet der Chemie und für die bis 1980 an der Fachhochschule Reutlingen neu einzurichtenden Studiengänge in Sozialwissenschaften (Betriebswirtschaft). Der weitere Ausbau der Fachhochschule Reutlingen sollte hier so erfolgen, daß die Voraussetzungen für die Durchlässigkeit zwischen der Fachhochschule Reutlingen und der Universität Tübingen geschaffen werden können. Demgegenüber wird mit der fachlich stark spezialisierten und örtlich ziemlich abgelegenen Fachhochschule Furtwangen nur eine lockere Kooperation realisierbar sein.

4. Organisatorische Fragen

Die Organisation einer künftigen Gesamthochschule Tübingen-Reutlingen wird, auch wenn sich die von der Regionalkommission angestrebte Zusammenlegung einander entsprechender Fächer in einheitlichen Fachbereichen grundsätzlich als zweckmäßig erweisen sollte, auf die örtlichen Gegebenheiten Rücksicht nehmen müssen. Die Zusammenlegung der Fachbereiche wäre, wie die Regionalkommission richtig sieht, in jedem Fall eine nur langfristig zu lösende Aufgabe. Ob eine Zusammenlegung von Fachbereichen, d.h. eine Integration überhaupt in Betracht kommt, bedarf sehr sorgfältiger Analyse aufgrund der Entwicklung der künftigen Curricula. Sie wäre nicht ohne die Verlegung von einzelnen Fachbereichen von Tübingen nach Reutlingen möglich. Da diese Verlegung aber nur Erfolg haben kann, wenn sie von der Bereitschaft der Beteiligten getragen wird, erscheint es vorläufig nicht realisierbar, Teile der historisch gewachsenen Universität Tübingen auszugliedern und nach Reutlingen zu verlagern. Die Organisation wird im übrigen davon ausgehen müssen, daß zunächst vor allem zwischen der Universität Tübingen, dem Studienseminar Tübingen und der Päd. Hochschule Reutlingen auf dem Gebiet der Lehrerbildung zu kooperieren sein wird. Für die Fachhochschule Reutlingen erscheint es notwendig, besonders darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie erst im Verlauf des weiteren Ausbaus zu einer näheren Zusammenarbeit mit der Universität Tübingen wird beitragen können.

Für die Einbeziehung der drei Hochschuleinrichtungen im Raum Schwarzwald-Baar-Heuberg ist eine Organisationsform zu finden, die ihnen insgesamt relative Selbständigkeit beläßt, was zum einen wegen der Entfernung nach Tübingen/Reutlingen notwendig

-Mt

und zum anderen im Hinblick darauf wünschenswert ist, daß in Villingen/Schwenningen, dem einzigen Oberzentrum des Landes ohne Hochschuleinrichtung später etwa eine eigenständige Gesamthochschule errichtet werden sollte.

5. Zusammenfassung

5.1 Folgende Entscheidung wird empfohlen:

Der Gesamthochschulregion Tübingen gehören an:

die Universität Tübingen
das Seminar für Studienreferendare Tübingen
die Päd. Hochschule Reutlingen
die Fachhochschule Reutlingen
das Seminar für Studienreferendare Rottweil
die Staatl.Hochschule f. Musikerziehung Trossingen
die Fachhochschule Furtwangen.

- 5.2 Die strukturelle Entwicklung hängt entscheidend von der künftigen Konzeption der Lehrerbildung ab, da diese das Gesamtbild der Gesamthochschulregion prägt. Die Organisation sollte zunächst den abgestuften Möglichkeiten der Kooperation, insbesondere aber der räumlichen Entfernung zu den Hochschuleinrichtungen im Raum Schwarzwald-Baar-Heuberg Rechnung tragen. Auch die Entscheidungen über den quantitativen Ausbau der Gesamthochschulregion in den einzelnen Fächern und Standorten bis 1985, insbesondere im Bereich der Lehrerbildung, hängen von der Klärung der strukturellen organisatorischen Grundsatzfragen ab. Vor allem ist die quantitative Entwicklung im Raume Schwarzwald-Baar-Heuberg noch nicht klar absehbar.

2.8 Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg1. Zusammensetzung

Der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg sollen die in den Verwaltungsregionen Donau-Iller und Ostwürttemberg gelegenen Hochschuleinrichtungen angehören. Das sind in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der Regionalkommission Ostwürttemberg:

- die Universität Ulm
- die Fachhochschule Ulm
- die Fachhochschule Biberach
- die Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd
- die Fachhochschule Schwäbisch Gmünd
- die Fachhochschule Aalen

Zusammen mit der Fachhochschule Ulm bildet die Universität Ulm den Kern der Gesamthochschulregion.

Die Fachhochschule Biberach ist - auch wenn der Standort Biberach je auf die Dauer beibehalten werden sollte (vgl. unten) - der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg und nicht der Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben zuzuordnen. Zwar sind die Entfernung und die Qualität der Verkehrsverbindungen von Biberach nach Ulm einerseits und nach Ravensburg/Weingarten andererseits praktisch gleich, jedoch ist die Entfernung zum universitären Zentrum der Region Konstanz-Oberschwaben in Konstanz so viel größer und die Verbindung so viel schlechter, daß eine Zusammenarbeit und damit eine Zuordnung in diese Richtung ausscheidet.

Die Päd. Hochschule und die, mehr künstlerisch ausgerichtete Fachhochschule Schwäbisch Gmünd sind zwar die einzigen Hochschuleinrichtungen in der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg, die

in den Kulturwissenschaften Studienplätze anbieten und auch künftig anbieten sollen; sie fänden daher eher in der Gesamthochschulregion Stuttgart fachliche Entsprechungen. Auch die günstigeren Verkehrsverbindungen in den Raum Stuttgart legen eine Zuordnung zur Gesamthochschulregion Stuttgart nahe. Da aber einerseits der Raum Stuttgart ohnehin mit 3 Päd. Hochschulen gut ausgestattet ist und andererseits die Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg ohne die Päd. Hochschule Schwäbisch Gmünd auf dem Gebiet der Lehrerbildung unterversorgt wäre, soll die Päd. Hochschule Schwäbisch Gmünd der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg zugeordnet werden. Ihre Aufgabe wird es vor allem auch sein, durch das kulturwissenschaftliche Studienangebot das im übrigen einseitig naturwissenschaftlich-technisch-medizinisch ausgerichtete Gesamtstudienangebot der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg in sich auszugleichen. Da schließlich auch die Fachhochschule Aalen der Universität Ulm und damit der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg zuzuordnen ist (vgl. unten) und Gesamthochschuleinrichtungen eines landesplanerisch als Einheit anzusehenden Raumes nicht ohne Not verschiedenen Gesamthochschulregionen zugeordnet werden sollen, hat eine Zuordnung sowohl der Päd. Hochschule als auch der Fachhochschule Schwäbisch Gmünd zur Gesamthochschulregion Stuttgart zugunsten der Zuordnung zur Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg auszuscheiden.

Die fachlichen Verbindungen der Fachhochschule Aalen zu den übrigen Hochschuleinrichtungen der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg, insbesondere zur Universität und zur Fachhochschule in Ulm sind verhältnismäßig schmal; demgegenüber wären die fachlichen Grundlagen für eine Zusammenarbeit mit der Universität Stuttgart (Technische Hochschule) wesentlich breiter. Die Verkehrsverbindungen

von Aalen sowohl nach Stuttgart als auch nach Ulm sind zwar nicht so gut, daß eine quantitativ umfangreiche Zusammenarbeit ermöglicht wird; daran wird sich auch durch die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Stuttgart-Aalen und durch den Bau der Autobahn Würzburg-Ulm nichts wesentliches ändern, weil die Entfernungen zu groß sind. Da aber eine Isolierung der Fachhochschule Aalen außerhalb der Gesamthochschulregion Stuttgart und Ulm-Ostwürttemberg nicht in Betracht kommt, sollte aus landesplanerischen Gründen die bisherige Zuordnung der Fachhochschule Aalen zur Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg aufrecht erhalten bleiben, weil diese gegenüber dem Ballungsgebiet des mittleren Neckarraumes eine Einheit ist und nur dann ein entlastendes Gegengewicht bilden kann, wenn sie in sich geschlossen bleibt. Die Zuordnung zur Region Ostwürttemberg macht es jedoch notwendig, daß Studiengänge und -pläne überregional so aufeinander abgestimmt werden, daß diejenigen Studenten der Fachhochschule Aalen, die einen in der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg nicht erreichbaren Studienabschluß anstreben, ihn in einer anderen Gesamthochschulregion (insbesondere etwa Stuttgart) ohne Zeitverlust erreichen können.

Die Aufteilung der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg und die Bildung von zwei Gesamthochschulen, wie sie von der Regionalkommission angeregt werden, kommen nicht in Betracht, da neben dem Ausbau der bestehenden Universitäten mit den ihnen zugeordneten Hochschuleinrichtungen zu Gesamthochschulen eine weitere Gesamthochschule ohne Anknüpfung an eine bestehende Universität bis auf weiteres nur in Heilbronn errichtet werden soll.

2. Standortfragen

Die Fachhochschule Biberach ist nur provisorisch untergebracht und bedarf eines Neubaus. Da die Frage des Standortes bei der Gründung im Jahre 1964 noch nicht unter dem Aspekt der Gesamthochschule gesehen werden konnte, ist sie von Neuem zu entscheiden. Die Anforderungen, die heute von einer Einrichtung des Gesamthochschulbereichs an die Standortqualität gestellt werden müssen, sind erheblich größer, als seinerzeit für eine Ingenieurschule angenommen werden konnte. Würde der Standort Biberach beibehalten, so verbliebe es bei einer weitgehend isolierten Fachhochschule für Bauwesen, die die Gefahr der Einseitigkeit und damit Zweitranigkeit in sich trüge. Demgegenüber würden bei einer Verlegung nach Ulm auf das Gelände der Universität durch die unmittelbare örtliche Nachbarschaft verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen deren gegenseitige Befruchtung und interdisziplinäre Entwicklung stark gefördert. Dem kommt gerade in Zukunft besondere Bedeutung zu, da in die schon immer enge Wechselwirkung zwischen Naturwissenschaften und Technik in steigendem Maße die Medizin mit einbezogen wird. Eine Beeinträchtigung der Entwicklung der Stadt Biberach und ihrer Umgebung durch die Verlegung der Ingenieurschule kann etwa durch die Einrichtung einer Technikerschule im Zusammenhang mit dem dortigen beruflichen Bildungszentrum und durch andere struktur- und entwicklungsfördernde Maßnahmen ausgeglichen werden. Insgesamt betrachtet sollte die seltene Gelegenheit, ohne zusätzliche Aufwendungen neue, auch von der Regionalkommission in ihrem Bericht beispielhaft dargestellte Möglichkeiten interdisziplinärer Lehre, Forschung und Entwicklung zu schaffen, genutzt werden. In Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsrat, der Regionalkommission und der Fachhochschule Biberach selbst soll diese daher nach Ulm verlegt werden.

Tabelle 1

HS-Ein- richtung	Studenten WS 70/71	Lehr- personal 1970		
Uni Ulm	132	264		
FHS Ulm	704	64		
FHS Aalen	709	54		
FHS Biberach	242	28		
PH S.Gmünd	1 164	80		
FHS S. Gmünd	253	23		

Tabelle 2:

Übersicht über die in der Anglistik in Baden-Württemberg vertretenen Studienfächer

Institutionen		Uni Ulm	FHS Ulm	FHS Biberach	FHS Aalen	PH Schwäbisch Gmünd	FHS Schwäbisch Gmünd
Fächergruppen	Fächer						
Kulturwissenschaften	Evang.Theologie					X	
	Kath. Theologie					X	
	Philosophie						
	Sprach- u. Literaturwiss.					X	
	Geschichte					X	
	Archäologie						
	Volks- u. Völkerkunde						
	Kunst					X	
	Musik					X	X
	Leibeserziehung					X	
Sozialwiss.	Rechtswissenschaft						
	Wirtschaftswiss.						
	Politik/Soziologie					X	
	Psychologie/Pädagogik					X	
Medizin	Humanmedizin	X					
	Zahnmedizin						
Mathem.- Naturwissensch.	Mathematik	X				X	
	Informatik		X				
	Physik	X				X	
	Chemie/Biochemie				X	X	
	Biol./Botanik/Zoologie					X	
	Geographie/Geologie					X	
	Pharmazie						
	Land- u. Forstw., Ernähr.						
Ingenieurwissenschaften	Elektrotechnik		X		X		
	Maschinenbau		X		X		
	Bauwesen		X	X			
	Textil- u. Hauswirtschaftstechnik, Werken					X	
	Feinwerktechnik		X		X		

) verwandte Fächer werden zusammengefaßt

3. Strukturelle Gliederung und quantitative Entwicklung

In der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg verteilte sich die Gesamtzahl von 3.217 Studierenden im Wintersemester 1970/71 auf insgesamt 7 Ausbildungseinrichtungen. Mehr als 3/4 der Ausbildungskapazitäten entfallen dabei auf die Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd (1.164 Studierende) und die etwa gleich großen Fachhochschulen in Aalen (709 Studierende) und Ulm (704 Studierende). Aufgrund der bisherigen institutionellen Verteilung der Studierenden befindet sich das Studienangebot der Gesamthochschulregion in zweierlei Hinsicht im Ungleichgewicht:

- Der Standort Ulm als Kern der Hochschulregion verfügt insbesondere im Hinblick auf seine Funktion als Oberzentrum über zu wenig Studienplätze.
- Das Fächerangebot bezieht sich fast ausschließlich auf die Kulturwissenschaften und die Ingenieurwissenschaften. Der Bereich der Sozialwissenschaften ist überhaupt nicht vertreten.

Im Vergleich zum eigenen Abiturienten- und Studentenaufkommen ist die Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg deutlich unterversorgt. Hinzu kommt, daß die Abiturientenzahlen künftig durch den Abbau des regionalen Bildungsgefälles im Rahmen der Schulentwicklungspläne für das allgemeinbildende und für das berufliche Schulwesen stark ansteigen wird. Berücksichtigt man die Planziele der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (unterer Bandbreitenwert) für eine Fortschreibung der Schulentwicklungspläne bis 1985, so ist mit folgendem Anstieg der Abiturientenzahlen in dem umliegenden Großkreisen zu rechnen:

Stadtkreis/Landkreis	1970	1985
Ulm	365	400
Alb-Donau-Kreis	142	700
Biberach	233	800
Göppingen	331	800
Heidenheim	189	600
Ostalbkreis	492	1.200

Das regionale Studentenaufkommen der Gesamthochschulregion Ulm-Ost-württemberg wird vom Arbeitskreis für Bedarfsbemessung nach dem vom Kultusministerium aufgrund der Abiturientenentwicklung berechneten Hochschulzugang auf 13.500 deutsche Studierende im Jahre 1980 und auf rd. 15.000 deutsche Studierende im Jahre 1985 geschätzt.

Dabei ist allerdings noch zu berücksichtigen, daß die Verkehrsachse München-Augsburg-Ulm-Stuttgart sowohl Studentenwanderungen zur Gesamthochschulregion Stuttgart als auch zu den Universitäten Ulm und Augsburg (Neugründung) begünstigt. Neben dem Südstreifen am Bodensee und Hochrhein gehört auch der Ostgürtel des Landes zu den Gebieten Baden-Württembergs mit relativ hohem "Studentenexport". Die Abwanderungsquoten liegen in allen Kreisen - mit Ausnahme des jetzigen Kreises Schwäbisch Gmünd - über 20 % der dort beheimateten Studirenden. Mit dem Ausbau der einzelnen Einrichtungen in der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg und mit der Erweiterung des Fächerangebots dürfte sich die Abwanderungstendenz der Studierenden in diesem Raum künftig stark verringern oder gar in eine Zuwanderung aus Bayern im Zusammenhang mit dem dort angestrebten Planungsverbund verkehren. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wird aufgrund des hohen regionalen Studentenaufkommens ein Ausbau der Gesamthochschulregion auf das 4fache der derzeitigen Ausbildungskapazitäten für erforderlich gehalten. Aufgrund der Erweiterungsmöglichkeiten an den einzelnen Standorten ist dabei an folgende Entwicklungsstufen bis 1985 zu denken:

Studierende WS 1970/71

	1975	1980	1985
3.217	6.400	10.000	13.500

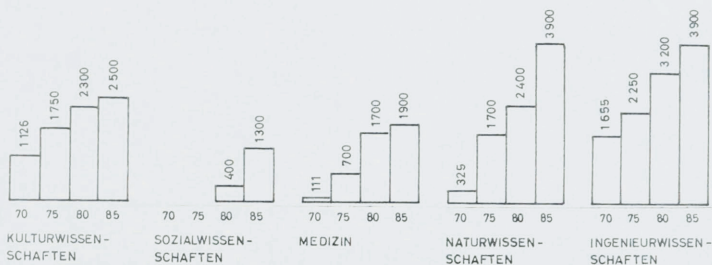
Für die Universität Ulm bieten sich auf dem Universitätsgelände Eselsberg günstige Erweiterungsmöglichkeiten. Da dem Ausbau der Universitäten Freiburg, Tübingen und Mannheim aus verschiedenen Gründen enge Grenzen gesetzt sind, sollten die bestehenden Erweiterungsmöglichkeiten an den jungen Universitäten stark genutzt werden, um Studienplätze für die steigende Zahl an Universitätsstudenten im Land bereitzustellen. Die Expansion der Universität Ulm ist dabei jedoch auf die Infrastruktur der Stadt, insbesondere auch auf die Wohnmöglichkeiten für die Studierenden abzustimmen. Durch einen starken Ausbau der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer und der Medizin auf 2.800 bzw. 1.900 Studierende im Jahre 1985 sowie durch Erweiterung des bestehenden Fächerangebots auf den

sozial-wissenschaftlichen Bereich im Zeitraum nach 1975 wäre die Erhöhung der Ausbildungskapazität auf insgesamt 6.000 Studienplätze im Jahre 1985 an der Universität Ulm denkbar.

Das Gelände Eselsberg bietet auch noch genügend Platz, um die Fachhochschule Biberach mit dem Fächerangebot Bauwesen nach Ulm zu verlegen, was insbesondere einer Abrundung des ingenieurwissenschaftlichen Fächerangebots der Fachhochschule Ulm (Elektrotechnik, Maschinenbau) zu-statten käme und die Kooperation mit der Universität Ulm erleichtern würde.

Nach Verlegung und Ausbau der Fachhochschule Biberach auf 1.700 Studierende bis 1985 sollten somit in Ulm insgesamt 2.800 Studienplätze für die Ingenieurwissenschaften im Fachhochschulbereich bereitgestellt werden. Die Fachhochschule Aalen kann ebenso wie die Fachhochschule Ulm an ihrem jetzigen Standort bis zu 1.100 Studierende aufnehmen. Die Frage eines weiteren Ausbaus im Hinblick auf die regionale Versorgung muß vorerst noch offen bleiben und im Zusammenhang mit der Landesplanung später überprüft werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1985 der ingenieurwissenschaftliche Bereich in der Gesamthochschulregion Ulm nach dem beschriebenen ^{wünschenswerten} Ausbau mit 3.900 von insgesamt 13.500 Studienplätzen angemessen vertreten sein wird. Die Päd.Hochschule Schwäb. Gmünd, die in der Gesamthochschulregion neben der Werkkunstschule Schwäbisch Gmünd als einzige Einrichtung Studienplätze in den kulturwissenschaftlichen Fächern anbietet, sollte sowohl im Interesse eines ausgewogenen Fächerangebots als auch aus Gründen einer optimalen Betriebsgröße ~~weiter~~ ausgebaut werden. Im Wintersemester 1970/71 studierten an der Päd. Hochschule Schwäbisch Gmünd 1.164 Studierende. Bis zum Jahre 1985 wird ein Ausbau auf 3.200 Studierende für erstrebenswert gehalten.

Graphik 8 : Entwicklung der Zahl der Studierenden in der
Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg
nach Fächergruppen aufgrund der Planung von 1970 bis 1985



Die Entwicklung der Fächerstruktur in der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg ist nach den derzeitigen Überlegungen in Graphik 8 für die einzelnen Eckjahre von 1970 bis 1985 zusammenfassend dargestellt. Die Entwicklungen der einzelnen Institutionen ist im Überblick aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen; (vgl. auch Anhangtabelle 4 a).

Institutionen	Studierende			
	WS 1970/71	1975	1980	1985
Univ. Ulm	145	1.900	3.500	6.000
Päd.Hochsch. Schwäb.Gmünd	1.164	2.000	3.000	3.200
Fachhochschule Ulm	704	850	1.100	1.100
Fachhochschule Biberach	242	300	1.000	1.700
Fachhochschule Aalen	709	1.100	1.100	1.100
Fachhochschule Schwäb.Gmünd	253	250	300	400
insgesamt	3.217	6.400	10.000	13.500

Während in der Gesamthochschulregion in allen Fächergruppen Studienplätze in angemessenem Umfang bereitgestellt werden können, gilt das nicht in gleicher Weise für die 3jährigen sowie 4- bis 6jährigen Studiengänge. In den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fächern und in der Medizin konzentriert sich das Angebot an Studienplätzen auf 4- bis 6jährige¹⁾ Studiengänge im universitären Bereich. Das gleiche gilt für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer mit Ausnahme der Lehrerbildung. Bei den Ingenieurwissenschaften und den Kulturwissenschaften konzentriert sich dagegen das Angebot an Studienplätzen ausschließlich auf den Bereich der Fachhochschulen und der Päd. Hochschulen mit 3jährigen Studiengängen. Da es nicht vertretbar ist, die Gesamthochschulregion auf allen Bereichen so auszubauen, daß in jeder Fächergruppe jeweils der Abschluß des 4- bis 6jährigen Studiums abgelegt werden kann, sind die Studierenden in solchen Fällen darauf angewiesen, in einer anderen Gesamthochschulregion weiter zu studieren. Das ist jedoch nur zumutbar, wenn dadurch kein erheblicher Verlust an Studienzeiten in Kauf genommen werden muß. Die Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg ist aus diesem Grunde beispielhaft dafür, daß Studiengänge und Studienpläne über die einzelnen Gesamthochschulregionen hinaus sorgfältig aufeinander abgestimmt werden müssen.

Ein engeres Zusammenwirken innerhalb der Region erscheint vor allem auf den nicht fachspezifischen Gebieten der Lehrerbildung, der daran beteiligten Einrichtungen und auf den Gebieten der Naturwissenschaften, der Medizin und der Technik für die Universität und die Fachhochschulen Aalen, Biberach und Ulm wünschenswert und möglich. Dabei kommt nicht nur der Ausbau der Päd. Hochschule Schwäbisch Gmünd der Lehrerbildung zugute; auch die Universität Ulm^{wird} mit fortschreitendem Ausbau vor allem auf naturwissenschaftlichen Gebiet Lehrer auszubilden haben. Jedoch ist die von der Regionalkommission vorgeschlagene Ausbildung von Lehrern an beruflichen Schulen bis auf weiteres zurückzustellen, weil sie neben dem Schwerpunkt der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart (später Esslingen) aus Gründen besserer regionaler Verteilung in erster Linie von den Gesamthochschulregionen Freiburg und Konstanz-Oberschwaben übernommen werden soll.

1) Für Medizin gilt dies unter der Einschränkung, daß in gewissem Umfang 3-jährige Studiengänge für nichtärztliche med. Berufe vorgesehen sind.

4. Organisatorische Fragen

Die geographischen, fachlichen und institutionellen Gegebenheiten der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg stellen die Organisation im Hinblick auf die Entwicklung zur Gesamthochschule vor besondere Schwierigkeiten. Wie es die Regionalkommission vorschlägt, liegt es nahe, in Ulm und in Aalen/Schwäbisch Gmünd zwei Kerne zu bilden und sie organisatorisch so miteinander zu verklammern, daß sie wirksam miteinander kooperieren können. Wie weit jedoch die beiden Kerne jeweils in sich integriert werden können, wird sich erst im Lauf der Entwicklung der neuen Curricula erweisen; die fachlichen Beziehungen zwischen den Hochschuleinrichtungen erscheinen nicht in jedem Fall so eng, daß eine Integration möglich ist.

Um diese auch für andere Gesamthochschulregionen beispielhaften Probleme zu klären, soll entsprechend dem Antrag der Regionalkommission in der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg ein umfassender Gesamthochschulversuch vorgenommen werden. In diesem Rahmen wird es insbesondere notwendig sein, Curricula unter besonderer Berücksichtigung der der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg eigenen Verhältnisse sowie ein dafür geeignetes Organisationskonzept zu entwickeln. Dabei kann teilweise an ^{die} Vorschläge der Regionalkommission angeknüpft werden. Jedoch ist bei den Curricula (unabhängig von ihrem Versuchscharakter) der Bedarf im Rahmen des Landes zu prüfen. Bei dem Konzept der Organisation ist darauf zu achten, daß sie trotz der geographischen, fachlichen und institutionellen Komplexität der Gesamthochschulregion so einfach und durchsichtig bleibt, daß sie allen Beteiligten ein wirksames und handliches Instrumentarium für die Selbstverwaltung gibt; der Vorschlag der Regionalkommission scheint diesem Anspruch noch nicht ganz zu entsprechen (im einzelnen vgl. Abschn. ...).

5. Zusammenfassung

5.1 Folgende Entscheidungen werden empfohlen:

- Der Gesamthochschulregion Ulm-Ostwürttemberg gehören an:

die Universität Ulm
die Fachhochschule Ulm
die Fachhochschule Biberach
die Päd. Hochschule Schwäbisch Gmünd
die Fachhochschule Schwäbisch Gmünd
die Fachhochschule Aalen.

- Die Fachhochschule Biberach wird nach Ulm verlegt.
- In der Gesamthochschule Ulm-Ostwürttemberg wird ein umfassender Gesamthochschulversuch durchgeführt (vgl. Abschn. ...).

5.2 Die strukturelle und organisatorische Entwicklung ist angesichts der schwierigen örtlichen Verhältnisse in der Gesamthochschulregion in Ostwürttemberg jetzt noch nicht abzusehen, es ist aber zu erwarten, daß der Gesamthochschulversuch Ergebnisse hierzu zeitigen wird. Die quantitative Entwicklung in der Gesamthochschulregion wird sich ebenfalls erst im Zusammenhang mit dem strukturellen und organisatorischen Versuch fixieren lassen. Das gilt insbesondere für das vorgesehene arbeitsteilige Studienangebot in den einzelnen Studiengängen und Fächergruppen.